

Smart Power.
Nachhaltige Lösungen
für die Energiezukunft.

VERBUND AG
Geschäftsbericht 2017

Inhalt

Drei-Jahres-Vergleich	6
Organe der Gesellschaft	7
Bericht des Aufsichtsrats	10
Lagebericht	13
Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage	14
Bericht über Umwelt, Forschung, Entwicklung und Soziales	30
Bericht über die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten	46
Bericht über Zweigniederlassungen	48
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	49
Aktionärsstruktur und Angaben zum Kapital	50
Bericht über die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	52
Jahresabschluss	55
Bilanz	56
Gewinn- und Verlustrechnung	57
Entwicklung des Anlagevermögens	58
Entwicklung der Abschreibungen des Anlagevermögens	60
Fristigkeitspiegel	62
Anhang – Erläuterungen	66
Angaben zu den Beteiligungen gemäß § 238 Abs. 1 Z. 4 UGB	84
Bestätigungsvermerk	86
Glossar	93

Rundungshinweis: Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Drei-Jahres-Vergleich

	in Mio. €, %		
	2015	2016	2017
Umsatzerlöse	435,0	420,9	282,0
Ergebnis vor Zinsaufwendungen und Steuern (EBIT)	166,2	356,8	-33,5
Ergebnis vor Steuern	39,4	267,0	-113,8
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	143,7	272,5	-167,1
Bilanzgewinn	121,6	100,8	145,9
Bilanzsumme	5.536,7	5.473,8	4.690,7
Anlagevermögen	5.082,2	4.871,3	4.384,3
Investitionen in Sachanlagen	0,9	0,7	1,3
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1,7	1,5	1,4
Eigenkapital	2.314,3	2.465,2	2.197,4
Umsatzrentabilität (ROS)	38,2 %	84,8 %	-11,9 %
Eigenkapitalrentabilität (ROE)	1,7 %	11,5 %	-4,6 %
Gesamtkapitalrentabilität (ROI)	2,6 %	6,4 %	-0,6 %
Return on Capital Employed (ROCE)	2,3 %	5,3 %	-0,5 %
Eigenkapitalquote	41,8 %	45,0 %	46,8 %
Schuldentilgungsdauer	26,1	6,5	6,3
Nettogeldfluss aus operativer Tätigkeit	428,2	126,6	281,4
Gearing	114,2 %	107,7 %	103,9 %
Nettoumlaufvermögen (Working Capital)	-400,2	-227,7	-140,1
Nettoverschuldung	2.643,4	2.653,8	2.283,2
Kurzfristige Schulden	585,9	915,4	598,2
Kurzfristiges Vermögen	185,6	687,8	458,1
Höchstkurs	17,3	15,8	21,8
Tiefstkurs	11,6	10,0	14,7
Letztkurs	11,9	15,2	20,1
(Vorgeschlagene) Dividende je Aktie	0,35	0,29	0,42
Dividendenrendite	2,95 %	1,91 %	2,08 %
Betriebswirtschaftlicher Personalstand	152,7	140	123
Stromabgabe Konzern (GWh)¹	55.238	58.855	63.264

¹ inklusive Systembedarf

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Name	Geburtsjahr	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Generaldirektor Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber Vorsitzender	1956	1.1.2009	31.12.2018
Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Johann Sereinig Vorsitzender-Stellvertreter	1952	1.1.1994	31.12.2018
Vorstandsdirektor Dr. Peter F. Kollmann	1962	1.1.2014	31.12.2018
Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. Dr. Günther Rabensteiner	1953	1.4.2011	31.12.2018

Aufsichtsrat

Name	Geburtsjahr	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Dr. Gilbert Frizberg Vorsitzender	1956	16.3.2000	5.4.2017
Dr. Gerhard Roiss Vorsitzender (ab 5.4.2017) Aufsichtsrat der SULZER AG Schweiz (Verwaltungsrat)	1952	5.4.2017	o. HV 2020
Prof. Dipl.-Ing. Dr. Michael Süß 1. Vorsitzender-Stellvertreter Aufsichtsrat der Herrenknecht AG (Mitglied) und der Oerlikon AG (Verwaltungsratspräsident); Renova AG (Asset Director); Süß Management Systems und Süß Film (Gesellschafter)	1963	22.4.2015	o. HV 2020
Mag. Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß 2. Vorsitzender-Stellvertreterin CEO der Fronius International GmbH; Mitglied des Board of Trustees des Institute of Science and Technology; Aufsichtsrat der Wels Betriebsabsiedlung-GmbH (Vorsitzende)	1970	22.4.2015	o. HV 2020
Mag. Harald Kaszanits Kabinettschef des Vizekanzlers und Bundesministers; Generalsekretär Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (bis 30.9.2017); Wirtschaftskammer Österreich (ab 1.10.2017)	1963	7.4.2010	o. HV 2020
Mag. Dr. Martin Krajcsir	1963	9.4.2014	5.4.2017
Dipl.-Ing. Dr. Peter Layr Sprecher des Vorstands der EVN AG (bis 30.9.2017); Vorsitzender des Aufsichtsrats der Netz Niederösterreich GmbH, der Rohöl-Aufsuchungs AG und der RAG-Beteiligungs-AG (bis 30.9.2017)	1953	13.4.2011	o. HV 2020

Name	Geburtsjahr	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Mag. Werner Muhm Aufsichtsrat der Wiener Städtischen Versicherung, der AWH Beteiligungsges.m.b.H., der KA Finanz AG; Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank; Vorstand der Leopold Museum Privatstiftung; stv. Vorsitzender des Kuratoriums der Österr. Nationalbibliothek	1950	22.4.2015	o. HV 2020
Dr. Susanne Riess Vorsitzende des Vorstands der Bausparkasse Wüstenrot AG; Aufsichtsrat der Wüstenrot Versicherungs-AG (Vorsitzende), der Wüstenrot stambena šteditonica d.d., Kroatien (Vorsitzende), der Wüstenrot životno osiguranje d.d., Kroatien (Vorsitzende), der Wüstenrot Fundamenta-Lakáskassa Zrt., Ungarn (Stv. Vorsitzende), der Wüstenrot stavebná sporiteľňa a.s., Slowakei (Stv. Vorsitzende), der Wüstenrot poisťovňa a.s., Slowakei (Stv. Vorsitzende), und in der IHAG Privatbank Zürich (Verwaltungsratsmitglied)	1961	22.4.2015	o. HV 2020
Mag. Jürgen Roth Geschäftsführender Gesellschafter der Tank Roth GmbH; Aufsichtsrat des ICS Internationalisierungcenter Steiermark GmbH (Vorsitzender) und der ELG (Erdöl-Lagergesellschaft m.b.H.)	1973	22.4.2015	o. HV 2020
Christa Wagner Geschäftsführende Gesellschafterin der Josko Immobilien GmbH; Aufsichtsrat der Eurosun a.s; Gesellschafterin der Josko Holding Gesellschaft m.b.H.	1960	7.4.2010	o. HV 2020
Dipl.-Ing. Peter Weinelt Generaldirektor der Wiener Stadtwerke GmbH; Aufsichtsrat der Wien Wien Energie GmbH (Vorsitzender); Aufsichtsrat der Wiener Netze GmbH (Vorsitzender)	1966	5.4.2017	o. HV 2020

Hinsichtlich der (Neben-)Funktionen sind Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften und in anderen wesentlichen Gesellschaften angeführt. Soweit zutreffend, sind hauptberufliche Funktionen angegeben.

Arbeitnehmervertreter

Name	Geburtsjahr	Datum der Erstbestellung	
Anton Aichinger Vorsitzender der Konzernvertretung der Arbeitnehmer	1955	seit 25.10.2006	von der Arbeitnehmervertretung entsendet
Kurt Christof Zentralbetriebsratsvorsitzender Aufsichtsrat der Stadtwerke Voitsberg GmbH und der Sparkasse Voitsberg/Köflach Bankaktiengesellschaft	1964	seit 8.3.2004	von der Arbeitnehmervertretung entsendet
Dr. Isabella Hönlinger Betriebsratsvorsitzende	1971	seit 1.9.2016	von der Arbeitnehmervertretung entsendet
Ing. Wolfgang Liebscher Zentralbetriebsratsvorsitzender	1966	seit 1.11.2013	von der Arbeitnehmervertretung entsendet
Dipl.-Ing. Hans Pfau Betriebsratsvorsitzender	1953	seit 1.9.2016	von der Arbeitnehmervertretung entsendet

Die Entsendung der Arbeitnehmervertreter durch die Konzernvertretung gilt unbefristet und kann jederzeit widerrufen werden.

Bericht des Aufsichtsrats

VERBUND, Österreichs führendem Stromunternehmen, gelang es auch im Geschäftsjahr 2017, die profitable und nachhaltige Entwicklung fortzusetzen und trotz weiterhin volatiler Marktbedingungen erneut ein gutes Ergebnis zu erzielen. Der Aufsichtsrat hat diese positive Entwicklung aktiv begleitet und unterstützt.

Erfüllung der Aufgaben. Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2017 in fünf Plenarsitzungen die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Befugnisse wahrgenommen. Dabei betrug die Anwesenheitsrate aller Aufsichtsratsmitglieder insgesamt 93 %. Der Vorsitzende hat zudem regelmäßig in wichtigen Angelegenheiten Kontakt mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats gehalten. Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung und über die Lage und die Strategie des Unternehmens, einschließlich der wesentlichen Konzerngesellschaften, sowie über die Risikolage und das Risikomanagement mündlich und schriftlich informiert.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere die Struktur, die Geschäftsprozesse und die Strategie des Unternehmens hinterfragt und hat sowohl die Einleitung eines Strategieprozesses als auch die Überarbeitung der Geschäftsordnung für den Vorstand und im Rahmen der Corporate Governance einzelne Prozessevaluierungen veranlasst. Weiters hat der Aufsichtsrat entsprechend der Berichterstattung des Vorstands dessen Geschäftsführung überwacht. Die Kontrolle fand in einer offenen und konstruktiven Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat statt. Zudem gab es regelmäßig Gespräche zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und Mitgliedern des Vorstands, insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden.

Unter den wichtigsten Entscheidungen des Aufsichtsrats im abgelaufenen Geschäftsjahr sind neben der Feststellung des Jahresabschlusses und der Genehmigung des Konzernbudgets vor allem die Zustimmung zur Stilllegung des Kohlekraftwerks Mellach sowie zum Verkauf von Anteilen an der E-Mobility Provider Austria GmbH und der SMATRICS GmbH & Co KG ebenso hervorzuheben wie eine umfassende Nachfolgeplanung insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Vorstandsaus-schreibung.

Wechsel des Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Dr. Gilbert Frizberg ist nach 17-jähriger Zugehörigkeit, davon zehn Jahre als Vorsitzender, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. An seiner Stelle wurde in der Hauptversammlung am 5.4.2017 Dr. Gerhard Roiss in den Aufsichtsrat und anschließend einstimmig zu dessen Vorsitzenden gewählt. Anstelle des ausgeschiedenen Mag. Dr. Martin Krajcsir wurde Dipl.-Ing. Peter Weinelt in den Aufsichtsrat gewählt.

Corporate Governance Kodex, Ausschüsse des Aufsichtsrats. Als eines der führenden börsennotierten Unternehmen bekannte sich VERBUND schon früh zur Einhaltung des Österreichischen Corporate Governance Kodex. Der Aufsichtsrat sieht sich dem Kodex verpflichtet und ist bestrebt, den Bestimmungen, die den Aufsichtsrat betreffen, konsequent zu entsprechen. In diesem Sinn werden die Regeln, welche die Zusammenarbeit des Aufsichtsrats mit dem Vorstand sowie den Aufsichtsrat selbst betreffen, grundsätzlich eingehalten.

Gemäß der Anforderung des Kodex (Regel 36) führte der Aufsichtsrat im Berichtsjahr wieder eine Selbstevaluierung seiner Tätigkeit, vor allem seiner Organisation und Arbeitsweise, durch. Die Evaluierung wurde mit einem umfangreichen schriftlichen Fragebogen, der von den Mitgliedern beantwortet wurde, vorgenommen. Die Ergebnisse der Auswertung erörterte der Aufsichtsrat in der darauffolgenden Sitzung. Der Aufsichtsrat setzte sich im Zusammenhang mit der Genehmigung von Verträgen mit

Unternehmen, die einzelnen Mitgliedern nahestehen, erneut auch eingehend mit möglichen Interessenkollisionen auseinander. Dabei stellte er keine Interessenkonflikte fest, die über einzelne Sitzungen hinausgehende Maßnahmen erfordern.

Der Arbeitsausschuss des Aufsichtsrats hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen (insbesondere zur Vorbereitung der Plenarsitzungen) ab. Der Prüfungsausschuss hielt drei Sitzungen ab. Er befasste sich dabei vor allem mit dem Halbjahresabschluss und der Vorbereitung der Beschlussfassung über den Jahresabschluss bzw. mit der Bestellung und der Arbeit des Abschlussprüfers. Darüber hinaus beschäftigte er sich eingehend mit dem Chancen- und Risikomanagement und dem Kontroll- und Revisionsystem sowie mit den Prüfungen durch die Interne Revision. Entsprechend dem Corporate Governance Kodex und der Geschäftsordnung waren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Nominierungsausschuss und ein Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats eingerichtet. Der Präsidial- und Vergütungsausschuss trat zu drei Sitzungen zusammen, welche insbesondere die Zielvereinbarungen und die variablen Vergütungen des Vorstands zum Gegenstand hatten. Der Nominierungsausschuss hielt zwei Sitzungen ab, zur Vorbereitung von Wahlen in den Aufsichtsrat und zur Vorbereitung der Vorstandsausschreibung im Jahr 2018. Zusätzlich richtete der Aufsichtsrat für die Begleitung der Überarbeitung der Konzernstrategie temporär einen eigenen Strategieausschuss ein, der im Berichtsjahr vier Sitzungen abhielt.

Weitere Informationen über die Zusammensetzung, die Arbeitsweise und die Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder sind dem konsolidierten Corporate Governance Bericht 2017 zu entnehmen.

Jahresabschluss und Konzernabschluss. Der Jahresabschluss mit dem Lagebericht sowie der nach International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellte Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2017 wurden vom Abschlussprüfer, der Deloitte Audit Wirtschaftsprüfung GmbH, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer hat den zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss gemäß Artikel 11 der Abschlussprüfer-VO gelegt und über das Ergebnis der Abschlussprüfung schriftlich berichtet. Er hat festgestellt, dass der Vorstand die verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht hat, dass Buchführung, Jahresabschluss und Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns vermitteln. Weiters hat er bestätigt, dass Lagebericht und Konzernlagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss stehen.

Nach eingehender Prüfung und Erörterung im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsrat hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2017 gebilligt, wodurch dieser gemäß § 96 (4) Aktiengesetz festgestellt ist. Der Lagebericht des Vorstands wurde genehmigt, dem Vorschlag zur Gewinnverteilung wurde zugestimmt. Den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht hat der Aufsichtsrat ebenso zustimmend zur Kenntnis genommen wie den vom Vorstand vorgelegten konsolidierten Corporate Governance Bericht und den gesonderten nichtfinanziellen Bericht. Es gab keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Abschließend spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank für den hohen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2017 aus. Den Aktionären, Kunden und Partnern dankt der Aufsichtsrat für ihr Vertrauen.

Wien, im März 2018

Dr. Gerhard Roiss
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Lagebericht

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2017 führten gestiegene Rohstoffpreise für Öl, Gas und Kohle zu wieder steigenden Stromgroßhandelspreisen. Die in 2017 eingetretene Erholung der Strompreise darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stromgroßhandelspreise weiterhin deutlich unter den Vollkosten neuer Kraftwerke liegen.

Auch führten europaweit tiefe Temperaturen Anfang des Jahres 2017 sowie ein wieder kräftigeres Wirtschaftswachstum zu Stromverbrauchszuwächsen in den VERBUND-Kernmärkten Österreich und Deutschland. Durch den in 2017 anhaltenden – massiv geförderten – Ausbau der neuen erneuerbaren Energien fiel auch der Angebotszuwachs wiederholt deutlich kräftiger aus.

Die CO₂-Preise verharrten lange auf niedrigem Niveau, bis Mitte 2017 die Hoffnungen auf eine wirkungsvolle Reform des EU-ETS und eine Diskussion über die Einführung eines CO₂-Mindestpreises die Preise allmählich nach oben ziehen ließen.

Die dezentrale geförderte Stromerzeugung stellte in Kombination mit der Marktliberalisierung und dem Unbundling viele traditionelle Marktlogiken auf den Kopf. Die Digitalisierung, die zunehmende Automatisierung entlang der Wertschöpfungsstufen, die intelligente Steuerung und Messtechnik, bidirektional kommunikationsfähige Netzkomponenten, Data Analytics und Big Data verändern Geschäftsmodelle und -prozesse nochmals grundlegend.

VERBUND hat sich aufgrund seiner klaren strategischen Positionierung und der konsequent umgesetzten Maßnahmen im Zuge der Restrukturierungsprogramme der letzten Jahre auf die durch die Energie-wende grundlegend veränderten Rahmenbedingungen rechtzeitig eingestellt und die Basis für eine nachhaltige, profitable Unternehmensentwicklung geschaffen. Dadurch kann VERBUND die sich bietenden Chancen im Energiesektor aktiv nutzen und den weiteren Entwicklungen mit Zuversicht entgegenblicken.

Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Weltwirtschaft in stabiler Wachstumsphase

Die globale Wirtschaftsleistung legte in 2017 um 3,7% zu, nach 3,2% noch ein Jahr zuvor. Sowohl in den USA (+2,3%) wie auch in Japan (+1,8%) und im Euroraum (+2,4%) fiel der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg in 2017 wieder kräftiger aus als im Vorjahr (alle Daten gemäß der Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Jänner 2018).

Die chinesische Wirtschaft wuchs mit 6,8% in 2017 dank expansiver Wirtschaftspolitik wieder ansehnlich. Der Aufschwung in diesen großen Volkswirtschaften regte zusammen mit dem Anstieg der Rohstoffpreise auch die Konjunktur in den Schwellenländern insgesamt an. Russland und Brasilien scheinen die tiefe Rezession ebenfalls überwunden zu haben. Die Wirtschaft in diesen Ländern wuchs in 2017 wieder.

Die konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft führte zu einer Beschleunigung des Welthandels.

Im Euroraum legte gemäß IWF-Prognose die gesamtwirtschaftliche Produktion in 2017 um 2,4% zu, nach 1,8% noch im Jahr zuvor. Die auflebende Dynamik im Welthandel und das Abklingen der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern begünstigten die Exporte. Darüber hinaus profitierten die Unternehmen auch von der soliden Binnennachfrage. Niedrige Zinsen und verbesserte Kreditbedingungen stimulierten die Investitionstätigkeit. Allerdings stellt die mögliche Gefahr von Handelsbarrieren erhebliche Abwärtsrisiken dar. Das Expansionstempo der Schwergewichte Deutschland, Frankreich,

Italien und der Niederlande beschleunigte sich. Die spanische Volkswirtschaft konnte das kräftige Expansionstempo annähernd fortsetzen.

In Österreich nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 um real 3,0% zu nach 1,5% im Vorjahr (WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2017). Die Erholung des globalen Außenhandels sorgte für starke Impulse. Das Exportgeschäft war 2017 auch die bestimmende Säule der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Der gute Konjunkturverlauf im Euroraum mit Aufwind in den Kernländern und an der Peripherie sorgte für deutlich mehr Unterstützung. Aufgrund der starken Exportnachfrage weiteten die österreichischen Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen kräftig aus. Aber auch die Bauinvestitionen legten 2017 deutlich kräftiger zu als noch ein Jahr zuvor.

Eine robuste Inlandsnachfrage im Jahr 2017 war auch dem privaten Konsum zu verdanken. Dabei wurde die nachlassende Wirkung der Steuerreform 2016 auf den privaten Konsum durch die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt – die positive gesamtwirtschaftliche Einkommenseffekte auslöste – kompensiert.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Stromverbrauch in Österreich gestiegen

Österreichs Stromverbrauch stieg im Jahr 2017 nach ersten Daten der E-Control¹ um 1,4% auf 71.121 GWh (gesamte Elektrizitätsversorgung, Inlandsstromverbrauch ohne Verbrauch für Pumpspeicherung). Gründe dafür waren ein deutlich kälterer Winter und das höhere Wirtschaftswachstum. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft sank 2017 aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Wasserdargebots um 1,9%. Dabei war die Stromerzeugung in Laufkraftwerken um 1,2% niedriger, und in Speicherkraftwerken wurde um 3,2% weniger produziert.

Die Stromproduktion in thermischen Kraftwerken stieg 2017 kräftig (+13,6%). Vor allem Gaskraftwerke erzeugten 2017 deutlich mehr Strom als noch ein Jahr zuvor. Allein im Jänner 2017 führte ein unterdurchschnittliches Wasserdargebot zu einer um knapp 13% niedrigeren Stromproduktion aus Laufwasserkraftwerken. Gleichzeitig stieg der Strombedarf in Österreich aufgrund der Kälte um 7,5%. Die thermischen Kraftwerke glichen die Stromlücke aus. Auch führte die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien im Marktgebiet Deutschland/Österreich zu einem erhöhten Einsatz von Gaskraftwerken zur Netzstabilisierung und für das Engpassmanagement.

Die „sonstige Erzeugung“ erhöhte sich um 11,1%. Die „sonstige Erzeugung“ umfasst die Stromproduktion aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern (ohne Biomasse – diese fällt unter die thermische Erzeugung) sowie aus den in der Statistik noch nicht zuordenbaren Anlagen. Insgesamt stieg die Stromproduktion in Österreich 2017 um 4,1%.

Sowohl die Stromimporte (+11,4%) als auch die Stromexporte (+18,8%) sind 2017 gestiegen. Der Importsaldo erreichte rund 6.500 GWh. Dies stellt ein Minus von etwa 600 GWh oder –8,6% gegenüber dem Vorjahr dar. Damit lag die Auslandsabhängigkeit der österreichischen Stromversorgung im Jahr 2017 bei knapp 9% nach knapp 10% im Jahr 2016.

Ölpreis: Am Jahresende deutlich über 60-\$/bbl-Marke

Das Barrel der Sorte Brent (Frontmonat) kostete 2017 durchschnittlich 54,7 \$/bbl, gegenüber 45,1 \$/bbl im Jahr 2016. Dies entspricht einem Preisanstieg von 21,3%.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2017 wurde Rohöl der Sorte Brent (Frontmonat) zwischen 54 \$/bbl und 57 \$/bbl gehandelt, ehe die Aussicht auf ein anhaltendes Überangebot an Rohöl auf dem Weltmarkt die Preise bis auf 44,8 \$/bbl Ende Juni 2017 drückte. In der Folge erholte sich der

¹ Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft

Preis für Rohöl kontinuierlich. Dieser Preisanstieg wurde durch das Zusammentreffen einer etwas höheren Nachfrage mit einem leicht gesunkenem Angebot verursacht. Neben einem Rückgang der amerikanischen Ölförderung konnte die OPEC die Umsetzungsquote der vereinbarten Förderkürzungen verbessern. Zudem kam es zu Produktionsausfällen im Irak. Gegen Ende des Berichtsjahres sorgten das ständige Wiederaufflammen von geopolitischen Spannungen sowie die am 30.11.2017 beschlossene Verlängerung des Förderkürzungsabkommens für einen zusätzlichen Preisauftrieb. Die Ölproduzenten stimmten einer ursprünglich bis März 2018 geplanten Verlängerung der Förderbeschränkung bis Ende 2018 zu. Das Barrel der Sorte Brent (Frontmonat) ging zu Ende des Jahres 2017 mit rund 67 \$/bbl aus dem Markt. Damit war Rohöl so teuer wie seit zweieinhalb Jahren nicht mehr.

Preisanstieg bei Gas

Am europäischen Handelspunkt NCG lagen die Spotnotierungen im Jahresdurchschnitt 2017 bei 17,5 €/MWh und damit um 3,3 €/MWh über dem Vorjahreswert. Im Terminhandel wurden Lieferkontrakte für das kommende Jahr (NCG-Frontjahr) mit 17,3 €/MWh abgerechnet. Das sind 1,6 €/MWh mehr, als 2016 für das NCG-Frontjahr bezahlt werden musste.

Die Gaspreise stiegen infolge der höheren Ölpreise und der stärkeren Nachfrage. Auch die LNG-Preise wurden durch die wachsende Nachfrage und den Ölpreis in die Höhe getrieben. Trotz der hohen asiatischen Preise nahm der Zufluss von LNG nach Europa zu.

Kohle: Kräftige Erholung nach 2016er-Tief

Die Steinkohleförderung ging 2016 weltweit um 3,8% auf 6,7 Mrd. t zurück. Maßgeblich dafür verantwortlich war die Entwicklung der Steinkohleproduktion in China (-185 Mio. t) und den USA (-147 Mio. t). In den USA spielte der Shale Gas Boom eine Rolle. In China begann die Zentralregierung, unsichere und teure Bergwerke zu schließen. Die Importe Chinas stiegen dadurch auf 124 Mio. t und wurden insbesondere zum Ausgleich der Produktionskürzungen als Folge von Arbeitszeitbeschränkungen genutzt. Damit war auch die Talfahrt der Kohlepreise beendet.

Gegenüber dem Tiefststand im Februar 2016 hat sich der Preis für Kesselkohle bis Ende des Jahres 2017 mehr als verdoppelt. Im Jahresdurchschnitt 2017 war Steinkohle am Terminmarkt (ARA-Frontjahr, Eurobasis) um 33,1% teurer als im Vorjahr. Die Kohlepreise am Spotmarkt lagen 2017 um 39,1% über den jahresdurchschnittlichen Notierungen der Vorjahres (Eurobasis).

EU reformiert Emissionshandel

Seit Jahresbeginn 2017 handelten die CO₂-Zertifikatepreise (EUA mit Liefertermin Dezember 2018) zwischen 5 €/t CO₂ und 6 €/t CO₂, ehe neuerliche Unsicherheiten zur Reform des Emissionshandels – am 4.4.2017 begannen die Trilogverhandlungen – den Preis wieder unter 5 €/t drückten. Danach führte eine zunehmend optimistischere Stimmung in Bezug auf eine Reform des EU-Emissionshandels (EU-ETS) zu wieder steigenden CO₂-Preisen. Der Emissionsrechte-Benchmark-Kontrakt EUA Dec 2018 (European Union Allowance, EUA) ging Ende 2017 mit 8,2 €/t aus dem Markt.

Am 9.11.2017 einigten sich Rat und EU-Parlament nach langen Verhandlungen auf einen gemeinsamen Text für eine neue Emissionshandelsrichtlinie. Geplant sind u. a. deutlich schärfere Klimaziele für die dem EU-ETS unterliegenden Anlagen der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie. Die Menge an Treibhausgasen, die sie emittieren dürfen, soll zwischen 2021 und 2030 jährlich um 2,2% – und damit stärker als bisher – sinken. Gleichzeitig werden Verschmutzungsrechte vom Markt genommen, um das

Angebot zu verknappen. Diese Aktivitäten sollen dazu beitragen, dass die rund 11.000 beteiligten Anlagen in Europa bis 2030 mindestens 43 % weniger CO₂ und andere Klimagase ausstoßen als 2005.

Im abgelaufenen Jahr 2017 wurde auch die Diskussion um einen europaweiten Mindestpreis für Verschmutzungsrechte lauter. In Vereinigtem Königreich ist ein solcher Carbon Price Floor bereits seit einigen Jahren eingeführt. In Frankreich wurde eine Einführung in Kooperation mit anderen Mitgliedstaaten oder auch national für französische Kohlekraftwerke diskutiert. In Holland hat die Regierung die Einführung eines CO₂-Mindestpreises in Höhe von 18 €/t ab 2020, steigend auf 43 €/t bis 2030, vorgeschlagen.

Stromgroßhandelspreise stiegen wieder an

Der durchschnittliche Preis am Spotmarkt der europäischen Strombörse EPEX SPOT für sofortige Grundlaststromlieferungen (Base) im Marktgebiet Deutschland/Österreich lag im Jahr 2017 mit 34,2 €/MWh um 17,8% über jenem des Vorjahres. Der Preis für Spitzenenergie (Peak) lag mit 42,7 €/MWh um 21,2% über dem Mittelwert von 2016.

Der kräftige Anstieg war auf die Kälteperiode zu Anfang des Jahres 2017 zurückzuführen, als eine geringe Windausbeute in Deutschland und europaweit tiefe Temperaturen den Spotmarktpreis am deutsch-österreichischen Strommarkt auf ein hohes Niveau trieben. Der Day Ahead stieß in der zweiten Jännerhälfte 2017 kurzfristig in den dreistelligen Eurobereich vor. Auch Anfang Februar 2017 sorgten wenig Wind und tiefe Temperaturen für hohe Notierungen. Zudem wirkten wieder steigende Brennstoff- und CO₂-Preise stützend.

Am Terminmarkt der European Energy Exchange (EEX) wurde 2017 für das Marktgebiet Deutschland/Österreich Grundlast für 2018 (Frontjahr-Base) im Durchschnitt mit 32,4 €/MWh und Spitzenenergie (Frontjahr-Peak) mit 40,5 €/MWh gehandelt. Im Jahr 2016 waren für Frontjahr-Base-Kontrakte durchschnittlich 26,6 €/MWh und für Frontjahr-Peak noch 33,5 €/MWh zu zahlen. Die Gründe des Preisanstiegs sind in gestiegenen CO₂-, Gas- und Kohlepreisen zu sehen.

Die European Energy Exchange (EEX) führte vor dem Hintergrund einer möglichen Spaltung der deutsch-österreichischen Preiszone im ersten Halbjahr 2017 zusätzlich zur bestehenden Phelix-Produktpalette für die deutsch-österreichische Preiszone Terminprodukte für Deutschland (Phelix-DE-Futures) und Österreich (Phelix-AT-Futures) ein.

VERBUND vermarktet den Großteil der Stromerzeugung im Voraus am Terminmarkt, um kurzfristige Absatz- und Preisrisiken zu reduzieren. Die Preisentwicklung auf dem Terminmarkt im Jahr 2017 hatte nur einen untergeordneten Einfluss auf die Erlöse in der Berichtsperiode. Sie wird sich jedoch auf die Ergebnisse der Folgeperioden auswirken.

Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Unter dem Titel „Saubere Energie für alle Europäer“ legte die Europäische Kommission Ende 2016 ein umfassendes Regulierungspaket für den Stromsektor vor, das im Laufe des Jahres 2017 intensiv verhandelt wurde. Eine Einigung zur Reform des Emissionshandelssystems wurde nach intensiven Diskussionen im November 2017 beschlossen. In Österreich standen die Aufspaltung der gemeinsamen Preiszone mit Deutschland, die Erarbeitung der Energie- und Klimastrategie, die Reform des Tarifierungssystems sowie der Beschluss des Ökostrompakets im Vordergrund.

EU-Energiepolitik

„Clean Energy for all Europeans“ – Verhandlungen zum umfassenden Legislativpaket gestartet

Am 30.11.2016 legte die EU-Kommission ein umfassendes Legislativpaket für den Energiesektor vor. Folgende Themenbereiche sind erfasst: Einführung eines Governance-Rahmens, Neuausrichtung der Regeln für erneuerbare Energien (Förderung, Marktintegration), Verbesserung der Energiehandelsmärkte (Regelenergiemarkt, Intraday-/Day-ahead-/Terminmärkte), Abbau von Marktbarrieren (Preisobergrenzen, regulierte Endkundenpreise), Regeln für Kapazitätsmechanismen, Stärkung der regionalen Kooperation (insbesondere von Übertragungsnetzbetreibern), Regeln für Verteilnetzbetreiber, Stärkung der europäischen Regulierungsbehörde ACER (Agency for the Cooperation of Energy Regulators), neue Regeln für die Festsetzung von Preiszonen, Unterstützung der Elektromobilität, Regeln für neue Marktteilnehmer (Aggregatoren, Local Energy Communities), Rechtsrahmen für Demand Response, Klarstellung des Rechtsrahmens für Speicher, Verbesserungen für Endkunden bei Angebots- und Rechnungslegung und Regeln für die Eigenerzeugung. Außerdem wurden Vorschläge für eine überarbeitete Energieeffizienz- und Gebäudeeffizienzrichtlinie vorgelegt.

2017 stand ganz im Zeichen des formalen Gesetzgebungsprozesses zum Clean Energy Package. Insbesondere bei der Energieeffizienzrichtlinie, der Binnenmarkttrichtlinie und -verordnung sowie der Erneuerbare-Energien-Richtlinie wurden Fortschritte bei den Verhandlungen gemacht. Aufgrund der inhaltlichen, aber auch politischen Komplexität der Themen ist zu erwarten, dass eine Reihe der obigen Dossiers erst mit der österreichischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 zum Abschluss kommen wird.

Reform des EU-Emissionshandelssystems

Im November 2017 konnte im Rahmen des EU-Gesetzgebungsprozesses eine Einigung bei der Reform des EU-Emissionshandels erzielt werden. Die Reform hatte einerseits zum Ziel, den EU-Emissionshandel zu stärken und andererseits den Zertifikateüberschuss abzubauen. Dies soll insbesondere durch eine verstärkte Reduktion (-2,2% statt bisher -1,7%) der jährlich ausgegebenen Zertifikatmenge erfolgen. Zudem sollen bis Ende 2023 doppelt so viele Überschusszertifikate wie ursprünglich vorgesehen (jährlich 24% statt 12%) aus dem Markt genommen und in die Marktstabilitätsreserve übertragen werden. Andererseits sollte die energieintensive europäische Industrie vor Standortnachteilen durch ein ambitioniertes Klimaregime geschützt werden, was durch die Weiterführung von umfassenden Carbon-Leakage-Schutzbestimmungen und die Einrichtung eines Modernisierungsfonds für wirtschaftsschwache Mitgliedstaaten erreicht werden soll.

Deutsch-österreichische Strompreiszone

Die Regulierungsbehörden von Deutschland (DE) und Österreich (AT), die Bundesnetzagentur und die E-Control, kamen überein, ab 1.10.2018 eine Grenzbewirtschaftung an der Grenze DE/AT einzuführen. Ziel dieser Vereinbarung ist die Einbindung der Grenze DE/AT in die regionale zentralwesteuropäische Kooperation (CWE) zur lastflussbasierten Kapazitätsvergabe. Der Stromaustausch erfolgt über das sogenannte Market Coupling im Rahmen des Stromhandels an den jeweiligen Day-ahead-Börsen. Als langfristige Mindestaustauschkapazität sind 4.900 MW vorgesehen. Ob diese bilaterale Regelung in den laufenden rechtlichen europäischen Prozessen (u. a. ACER- und Bidding-Zone-Review-Prozess) hält, ist derzeit noch in Diskussion.

VERBUND wird sich – wie bisher – intensiv auf nationaler und europäischer Ebene für den Erhalt der deutsch-österreichischen Strompreiszone einsetzen und hat darüber hinaus aber auch vorsorgliche

Vorbereitungen für eine eventuelle Preiszonentrennung (Anpassung der Handelssysteme, Anpassung der Verträge/der Beschaffung, Vorbereitung der Systeme und Ressourcen für Grenzhandel) getroffen.

Gesetzliche Neuerungen für den Energiesektor in Deutschland

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017 in Kraft getreten

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017 ist am 1.1.2017 mit zahlreichen Änderungen gegenüber dem EEG 2014 in Kraft getreten. Damit kommt es zu wesentlichen Änderungen bei der Förderung und der EEG-Umlagepflicht. Zu den wichtigsten Änderungen, die das EEG 2017 bei der Förderung erneuerbarer Energien bringt, gehören insbesondere die folgenden Punkte:

- Grundlagen des EEG-Ausschreibungsverfahrens und Ausnahmeregelungen
- Änderung der Sanktionierung einer unterlassenen Registrierung von EEG-Anlagen bei der Bundesnetzagentur
- Modifizierung der Förderung von Windenergieanlagen durch das EEG 2017
- EEG-Anlagenbegriff von Solaranlagen und Umgang mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 4.11.2015
- Auswirkungen des modifizierten Abweichungsverbots auf alte und neue Einspeiseverträge
- Änderungen bei der Direktvermarktung und der Einspeisevergütung in Ausnahmefällen
- Auswirkungen der gleichzeitigen Inanspruchnahme von EEG-Förderung und Stromsteuerprivilegierungen
- Änderungen bei der Verringerung des Zahlungsanspruchs bei negativen Preisen an der Strombörse
- Förderänderungen bei bestehenden Biomasse- und Windenergieanlagen
- Ertüchtigungen von Wasserkraftanlagen nach dem EEG 2017
- Änderungen bei der EEG-Umlagepflicht, insbesondere bei der Eigenversorgung
- Einführung der regionalen Grünstromvermarktung

Bundesnetzagentur reduziert Reservebedarf

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 31.5.2017 ihren „Bericht zur Ermittlung des Bedarfs an Netzstabilitätsanlagen gemäß § 13k EnWG“ vorgelegt. Darin hat die BNetzA den ursprünglich in der Sicherheitsanalyse der Übertragungsnetzbetreiber vom Februar 2017 ausgewiesenen Bedarf an Netzstabilitätsanlagen (in Höhe von 2 GW) dem Grunde nach bestätigt, seine Höhe nun aber auf 1,2 GW reduziert. Damit reagiert die BNetzA auf die Kritik der EU-Kommission.

Grünbuch Energieeffizienz – Auswertungsbericht der Konsultation veröffentlicht

Im Herbst 2016 hat die deutsche Bundesregierung einen breit angelegten Konsultationsprozess zu ihrem Grünbuch Energieeffizienz gestartet. Anfang Juni 2017 wurde nun der Auswertungsbericht dazu veröffentlicht.

Wichtigste Themen in den Antworten zur Konsultation waren die Sektorkoppelung, die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Effizienzpolitik und Efficiency First. Dabei sollten künftig die klassischen Zielgrößen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit verstärkt im Vordergrund stehen und nicht hinter den reinen Effizienzaspekten zurückstehen.

Das Thema CO₂-Bepreisung wurde ebenso angesprochen wie die Möglichkeit, das Emissionshandelssystem auf weitere Sektoren auszuweiten. Aber auch Forderungen nach einer Ausweitung des

Ordnungsrechts sowohl im Neubau als auch im Gebäudebestand fanden sich in einzelnen Stellungnahmen.

Änderung der Stromnetzzugangsverordnung (StromNZV)

In Deutschland gab es bislang keine gesetzliche Festschreibung der deutschen Stromgebotszone. Sie ist vielmehr historisch gewachsen und zeichnet sich durch ihre Einheitlichkeit aus, die für gleiche Bedingungen beim Netzzugang, der Stromerzeugung und dem Strombezug im gesamten Bundesgebiet sorgt.

Mit der am 23.12.2017 in Kraft getretenen Novelle der Stromnetzzugangsverordnung (StromNZV) werden nun Betreiber von Übertragungsnetzen rechtlich verpflichtet, Handelstransaktionen innerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland ohne Kapazitätsvergabe in der Weise zu ermöglichen, dass das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eine einheitliche Gebotszone bildet.

Die Novelle ist als Reaktion auf eine im Entwurf vorliegende EU-Verordnung zu sehen. Dieser sieht eine Kompetenzübertragung an die EU-Kommission – und damit die Möglichkeit für die EU-Kommission, eine Gebotszonenaufteilung im Alleingang festzulegen – vor.

Gesetzliche Neuerungen für den Energiesektor in Österreich

Integrierte Energie- und Klimastrategie

Mit dem durchgeführten Konsultationsprozess zum „Grünbuch für eine integrierte Energie- und Klimastrategie“ setzte die Bundesregierung 2016 einen ersten wichtigen Schritt zur energiepolitischen Ausrichtung 2030. 2017 wurden die Arbeiten an der Energie- und Klimastrategie in den federführenden Ressorts weitergeführt. Aufgrund der Neuwahlen im Oktober 2017 wurde kein Bericht veröffentlicht, da Fragen von zentraler Bedeutung für die weitere Ausrichtung der zukünftigen österreichischen Energie- und Klimapolitik von der neuen Bundesregierung zu beantworten sind.

Ökostrompaket 2017

Nach intensiven politischen Diskussionen wurde Mitte 2017 das Ökostrompaket der Bundesregierung beschlossen. Kernstück des Pakets ist die sogenannte kleine Ökostromnovelle, mit der insbesondere für die Windkraft zusätzliche Fördermittel zum Abbau der entstandenen Projektwarteschlangen zur Verfügung gestellt wurden. Zusätzlich wurden das Fördervolumen und die Förderintensitäten für die kleine Wasserkraft angehoben. Durch eine Anpassung im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) wird zukünftig die gemeinschaftliche Nutzung von Erzeugungsanlagen (insbesondere Photovoltaikanlagen) in Mehrparteienhäusern ermöglicht.

„TARIFE 2.0“ – Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur im Strombereich

Mit diesem Positionspapier vom April 2017 geht die Energie-Control Austria (ECA) auf die veränderten Herausforderungen an das Stromsystem – wie eine zunehmend dezentrale und volatile Erzeugung sowie eine rasch steigende Digitalisierung – ein. Kernpunkt des ECA-Papiers ist eine stärkere Betonung der Leistungsanteile bei den Tarifkomponenten sowie eine Berücksichtigung von Flexibilitätsleistungen für Netz- bzw. Systemdienlichkeit. Eine neue Struktur der Netzentgelte ist aus Sicht der ECA mit Jahresbeginn 2019 notwendig.

Novelle zum Datenschutzgesetz

Ein Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 wurde im Sommer 2017 verabschiedet. Mit der Novelle wird nicht nur EU-Recht umgesetzt, sondern auch den Erfahrungen in der Praxis mit den geltenden Daten-

schutzbestimmungen Rechnung getragen. Das Gesetz führt die direkt anwendbare Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der EU näher aus und soll ab dem 25.5.2018 gemeinsam mit dieser zur Anwendung kommen.

Finanzen

Einflussfaktoren auf das Ergebnis

Großhandelspreise für Strom

VERBUND kontrahierte den Großteil der eigenen Erzeugung des Jahres 2017 bereits 2016 am Terminmarkt. Die Preise für Frontjahr-Base erreichten 2016 im Jahresdurchschnitt 26,6 €/MWh, Frontjahr-Peak wurde 2016 mit durchschnittlich 33,5 €/MWh gehandelt. Damit lagen die Terminmarktpreise um jeweils 14,2% unter dem Vorjahresniveau. Das Preisniveau am Stromterminmarkt folgte im Wesentlichen der Entwicklung der Brennstoff- und CO₂-Preise. Am Terminmarkt gaben die Rohstoffpreise für Öl, Gas und Kohle in 2016 im Vergleich zu 2015 neuerlich nach, und die CO₂-Preise brachen regelrecht ein. Überkapazitäten auf dem europäischen Strommarkt sowie der Zubau Erneuerbarer-Energien-Anlagen übten zusätzlichen Druck auf den Terminmarkt aus.

Am Spotmarkt lagen die Preise auf dem Großhandelsmarkt für Strom im Jahr 2017 deutlich über Vorjahresniveau. Die Preise für Grundlast stiegen um durchschnittlich 17,8% auf 34,2 €/MWh, jene für Spitzenlast um 21,2% auf 42,7 €/MWh. Der kräftige Anstieg ist v. a. auf die Kälteperiode zu Anfang des Jahres 2017 zurückzuführen, als eine geringe Windausbeute in Deutschland und europaweit tiefe Temperaturen den Spotmarktpreis am deutsch-österreichischen Strommarkt auf ein hohes Niveau trieben. Der Day-ahead-Preis stieß in der zweiten Jännerhälfte 2017 in den dreistelligen Eurobereich vor. Auch Anfang Februar 2017 sorgten wenig Wind und tiefe Temperaturen für anhaltend hohe Notierungen. Zudem wirkten wieder steigende Brennstoff- und CO₂-Preise stützend.

Entwicklung der Wasserführung

Die Wasserführung der Flüsse ist für VERBUND von besonderer Bedeutung, da rund 90% des Stroms aus Wasserkraft produziert werden. Sie wird mit dem Erzeugungskoeffizienten gemessen: Der Wert 1,00 steht für den langjährigen Durchschnitt. Im Berichtsjahr 2017 lag der Erzeugungskoeffizient der Lauf- und Laufsweillkraftwerke mit 0,99 leicht unter dem Niveau des langjährigen Durchschnitts und um 1 Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert. Die einzelnen Quartale stellten sich wie folgt dar: Quartal 1: 0,92, Quartal 2: 0,86, Quartal 3: 1,07 und Quartal 4: 1,15.

Stromaufbringung und -absatz

Die Eigenerzeugung von VERBUND stieg in den Quartalen 1-4/2017 um 871 GWh bzw. 2,7% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2016 auf 32.866 GWh. Die Erzeugung aus Wasserkraft ging im Vergleich zur Vorjahresperiode um 122 GWh zurück. Der Erzeugungskoeffizient der Laufwasserkraftwerke lag mit 0,99 um 1% unter dem Vergleichswert des Vorjahres und dem langjährigen Durchschnitt. Die Erzeugung der Jahresspeicherkraftwerke stieg vor allem wegen des deutlich gesteigerten Wälzbetriebs trotz geringerer Zuflüsse und eines Speicheraufbaus um 1,1% an.

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen von VERBUND produzierten in den Quartalen 1-4/2017 – vor allem aufgrund des höheren Windaufkommens – um 117 GWh mehr Strom. Die Photovoltaikparks in Spanien wurden mit Wirkung vom 12.12.2016 veräußert.

Die Erzeugung aus Wärmekraft stieg in den Quartalen 1-4/2017 um 876 GWh. Das Gas-Kombikraftwerk Mellach produzierte 2017 – bedingt durch den im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Einsatz für das Engpassmanagement – um 825 GWh mehr Strom. Das Steinkohlekraftwerk Mellach hatte eine um 51 GWh höhere Erzeugung.

Der Bezug von Fremdstrom für den Handel und Vertrieb stieg um 2.761 GWh. Der Fremdbezug von Strom für die Verlust- und Regelenenergie stieg in der Berichtsperiode um 777 GWh.

Stromaufbringung Konzern			in GWh
	2016	2017	Veränderung
Wasserkraft ¹	29.809	29.687	-0,4%
Wind/Sonne	835	952	14,0%
Wärmekraft	1.351	2.227	64,8%
Eigenerzeugung	31.995	32.866	2,7%
Fremdbezug Handel	22.875	25.635	12,1%
Fremdbezug Verlust- und Regelenenergie	3.986	4.763	19,5%
Stromaufbringung	58.855	63.264	7,5%

¹ inkl. Bezugsrechten

Der Stromabsatz von VERBUND ist in den Quartalen 1-4/2017 um 3.330 GWh gestiegen. Die an Endkunden gelieferten Strommengen stiegen um 639 GWh. Dabei wurde der leichte Rückgang im Auslandsgeschäft durch eine deutliche Steigerung der Abgabe an Inlandskunden mehr als ausgeglichen. Im Privatkundenbereich belief sich der Kundenstock per 31.12.2017 auf rund 447.000 Strom- und Gaskunden. Der Absatz an Weiterverteiler stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1.851 GWh. Gründe dafür sind ein deutlicher Anstieg bei den Engpassmanagementlieferungen der Austrian Power Grid AG (APG) und höhere Absatzmengen an deutsche Stadtwerke.

Die Stromlieferungen an Handelsunternehmen stiegen um 840 GWh. Dabei konnten Rückgänge loco Frankreich durch Steigerungen in Deutschland und Österreich ausgeglichen werden. Der Eigenbedarf an Strom stieg um 1.012 GWh. Diese Entwicklung ist auf eine deutliche Steigerung der Erzeugung aus dem Wälzbetrieb zurückzuführen.

Stromabsatz und Eigenbedarf Konzern			in GWh
	2016	2017	Veränderung
Endkunden	11.255	11.894	5,7%
Weiterverteiler	25.906	27.757	7,1%
Händler	18.028	18.867	4,7%
Stromabsatz	55.189	58.518	6,0%
Eigenbedarf	2.639	3.651	38,4%
Regelenenergie	1.028	1.095	6,5%
Summe aus Stromabsatz und Eigenbedarf	58.855	63.264	7,5%

VERBUND setzte 2017 rund 54% des verkauften Stroms auf dem österreichischen Markt ab. Der deutsche Markt bildete mit rund 87% der im Ausland abgesetzten Mengen den Schwerpunkt der internationalen

Handels- und Vertriebsaktivitäten. Das wesentliche Wachstum fand auch auf diesen beiden Märkten statt.

Stromabsatz nach Ländern

	2016	2017	Veränderung
Österreich	29.107	31.559	8,4 %
Deutschland	21.394	23.485	9,8 %
Frankreich	3.847	2.599	-32,4 %
Rumänien	437	719	64,7 %
Schweiz	236	0	-
Sonstige	169	156	-7,6 %
Stromabsatz	55.189	58.518	6,0 %

in GWh

Ertragslage

Umsatz und Ergebnis

	Einheit	2016	2017
Umsatzerlöse	Tsd. €	420.886,4	281.990,7
Ergebnis vor Zinsaufwendungen und Steuern (EBIT)	Tsd. €	356.755,4	-33.524,4
Ergebnis vor Steuern	Tsd. €	267.005,3	-113.750,4
Jahresüberschuss	Tsd. €	272.506,8	-167.079,2
Bilanzgewinn	Tsd. €	100.750,5	145.914,6
Eigenkapitalrentabilität (ROE)	%	11,5	-4,6
Gesamtkapitalrentabilität (ROI)	%	6,4	-0,6
Return on Capital Employed (ROCE)	%	5,3	-0,5
Umsatzrentabilität (ROS)	%	84,8	-11,9

Umsatzerlöse

Die Abnahme der Umsatzerlöse aus Stromlieferungen um 36,4% ist hauptsächlich durch die mit 1.1.2017 erfolgte Anwendung des sogenannten Rückläufermodells bedingt. In diesem Modell wird das Ausfallrisiko mit den Netzbetreibern neu geregelt. Ab 2017 trägt das Ausfallrisiko hauptsächlich der Netzbetreiber. Durch die dadurch geänderten Rahmenbedingungen werden daher ab 2017 die Netzbezüge und die dazugehörigen Netzerlöse in der Gewinn- und Verlustrechnung saldiert ausgewiesen (2017: 135.489,8 Tsd. €). Im Vorjahr wurden noch 131.706,7 Tsd. € weiterverrechnete Netzbezüge in den Stromerlösen ausgewiesen.

Bei den Erlösen aus Gaslieferungen kam diese Regelung auch zum Ansatz. Hier wurden in 2017 20.086,7 Tsd. € Netzerlöse saldiert (nicht saldierte weiterverrechnete Netztarifvorschriften im Vorjahr: 11.779,5 Tsd. €). Das führte zu einem Rückgang bei den Umsatzerlösen aus Gaslieferungen um 23,3%. Bereinigt man das Vorjahr um die weiterverrechneten Netzerlöse, sind die Umsatzerlöse aus Gaslieferungen um 51,7% gestiegen.

In Summe ergab sich somit eine Reduktion der Umsatzerlöse um 138.896,6 Tsd. € bzw. 33,0%. Bereinigt man das Vorjahr um die weiterverrechneten Netzbezüge ergibt sich eine Steigerung um 1,7%.

Aufwand für Strombezug

Der Strombezugsaufwand (ohne Netzanteil) sank um 9,6% auf 142,0 Tsd. €. Die für den Strombezug benötigten Netzgebühren werden ab 2017, wie bei den Umsatzerlösen erläutert, saldiert dargestellt. Im Vorjahr befanden sich noch 131.706,7 Tsd. € im Strombezug. Insgesamt verringerte sich der Aufwand für Strombezug somit um 146.862,8 Tsd. € bzw. 50,8%. Bereinigt man das Vorjahr um die weiterverrechneten Netzbezüge ergibt sich eine Reduktion um 6,0%.

Aufwand für Gasbezug

Der Gasbezugsaufwand (ohne Netzanteil) stieg um 56,6% auf 13.907,1 Tsd. €. Die für den Gasbezug benötigten Netzgebühren werden ab 2017, wie bei den Umsatzerlösen erläutert, saldiert dargestellt. Im Vorjahr befanden sich noch 11.779,5 Tsd. € im Gasbezug. Insgesamt verringerte sich der Aufwand für Gasbezug somit um 6.752,7 Tsd. € bzw. 32,7%. Bereinigt man das Vorjahr um die weiterverrechneten Netzbezüge ergibt sich eine Steigerung um 56,6%.

Personalaufwand

Der Personalaufwand sank um 2.055,6 Tsd. € bzw. 8,0% auf 23.702,1 Tsd. €. Erhöhend wirkten sich die kollektivvertragliche Anpassung der Gehälter und Nebenkosten um 1,3% bis 1,55% und die kollektivvertraglich vorgeschriebenen Biennien aus, vermindern wirkten der geringere betriebswirtschaftliche Personalstand um 17 auf 123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Aufwendungen für das Sozialkapital stiegen um 190,5 Tsd. €.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 1.109,3 Tsd. € bzw. 3,2% auf 33.976,2 Tsd. €. Diese Reduktion ist im Wesentlichen durch niedrigere Werbe- und Repräsentationsaufwendungen (278,3 Tsd. €) sowie durch den Rückgang von konzerninternen Verrechnungen zustande gekommen.

Ergebnis vor Steuern

Auf Basis der oben beschriebenen Einflussfaktoren und des im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechterten Finanzergebnisses in Höhe von -152.553,2 Tsd. € (Vorjahr: 239.433,3 Tsd. €) sank das Ergebnis vor Steuern von 267.005,3 Tsd. € auf -113.750,4 Tsd. €. Das Finanzergebnis veränderte sich im Wesentlichen aufgrund von in Summe niedriger Beteiligungserträge in Höhe von 382.592,5 Tsd. € (Vorjahr: 437.913,3 Tsd. €), wovon 215.414,7 Tsd. € (Vorjahr: 187.133,7 Tsd. €) die Auflösung einer Rückstellung im Zusammenhang mit einer Beteiligung betrafen. Dem standen keine negativen Ergebnisübernahmen (Vorjahr: 5.460,2 Tsd. €) gegenüber. Zusätzlich gab es hohe Abschreibungen und Vorsorgen für den Beteiligungsbereich in Höhe von 526.037,5 Tsd. € (Vorjahr: 167.032,8 Tsd. €). Zuschreibungen zu Beteiligungen wurden 2017 in Höhe von 27.363,6 Tsd. € (Vorjahr: 5.796,2 Tsd. €) durchgeführt.

Vermögenslage

Vermögenskennzahlen

	Einheit	2016	2017
Anlagevermögen	Tsd. €	4.871.318,4	4.384.286,2
Umlaufvermögen	Tsd. €	296.688,8	71.070,5
Nettoumlaufvermögen (Working Capital)	Tsd. €	-227.684,2	-140.109,1
Nettoverschuldung (Net Debt)	Tsd. €	2.653.776,5	2.283.190,1
Eigenkapital	Tsd. €	2.465.181,0	2.197.351,3
Kurzfristige Schulden	Tsd. €	915.435,2	598.230,5
Kurzfristiges Vermögen	Tsd. €	687.751,0	458.121,4
Durchschnittlich eingesetztes Kapital	Tsd. €	5.062.423,2	4.799.622,1
Eigenkapitalquote	%	45,0	46,8

Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen stiegen um 12.640,2 Tsd. €. Die Zugänge betrafen vor allem ein Strombezugsrecht in Höhe von 13.069,4 Tsd. €, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie elektrische Anlagen in Höhe von 1.021,8 Tsd. €. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 1.727,3 Tsd. €.

Die Position der Finanzanlagen verringerte sich im Beteiligungsbereich um 501.464,8 Tsd. €, einerseits durch die Zuschreibung des Ansatzes an einer ausländischen Beteiligung (12.080,9 Tsd. €) und aus Zuschreibungen von österreichischen Beteiligungen (15.282,7 Tsd. €), andererseits durch den Abgang einer inländischen Beteiligung in Höhe von 1.484,6 Tsd. € sowie die Rückzahlung von Gesellschafterzuschüssen einer inländischen Tochtergesellschaft in Höhe von 2.981,5 Tsd. €. Außerdem kam es zu der Aufstockung an einer ausländischen Beteiligung in Höhe von 1.675,2 Tsd. € sowie der Abschreibung ausländischer Beteiligungen in Höhe 526.037,5 Tsd. €.

Die sonstigen Finanzanlagen stiegen in Summe um 1.792,5 Tsd. €. Den Gewährungen von Ausleihungen im Ausmaß von 410.000,0 Tsd. € standen Rückzahlungen von Ausleihungen in Höhe von 408.332,4 Tsd. € gegenüber. Der Wertansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erhöhte sich durch Zuschreibungen in Höhe von 124,9 Tsd. €.

Umlaufvermögen

Der Abbau des Umlaufvermögens um 225.618,2 Tsd. € auf 71.070,5 Tsd. € resultierte im Wesentlichen aus der Wandlung von in 2016 gewährten kurzfristigen Zwischenfinanzierungen an Tochtergesellschaften in langfristige Ausleihungen (220.000,0 Tsd. €). Gegenläufig erhöhten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 19.022,5 Tsd. €. Die übrigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen verringerten sich um 25.229,4 Tsd. €, wovon 20.463,7 Tsd. € die Verringerung noch nicht fälliger Körperschaftsteuerumlagen betreffen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital sank aufgrund des Jahresfehlbetrags und der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2016 um 267.829,7 Tsd. € auf 2.197.351,3 Tsd. €. Die Eigenkapitalquote stieg dennoch von 45,0% auf 46,8%.

Verbindlichkeiten

Die lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten sanken um 343.794,6 Tsd. € auf 2.290.742,8 Tsd. €. Im Geschäftsjahr 2017 wurden Tilgungen bei Kreditinstituten in Höhe von 298.237,4 Tsd. € getätigt. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen kam es zu einem Abbau in Höhe von 61.982,6 Tsd. € im Zuge der konzerninternen Verrechnungen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 25.940,7 Tsd. €.

Finanzlage

Finanzierungsstrategie

Die Finanzierungsstrategie von VERBUND besteht in einem volatilen und wenig planbaren energiewirtschaftlichen Umfeld aus drei Säulen: 1. Absicherung der Liquidität und Sicherstellung geeigneter Liquiditätsreserven, 2. Absicherung eines langfristig soliden Ratings sowie 3. Optimierung der Kapitalstruktur.

Absicherung der Liquidität und Sicherstellung geeigneter Liquiditätsreserven

Die jederzeitige Absicherung der Liquidität hat für VERBUND – insbesondere in einem schwierigen Marktumfeld – oberste Priorität. Per 31.12.2017 verfügte die VERBUND AG über einen syndizierten Kredit in Höhe von 500,0 Mio. €, welcher nicht gezogen wurde. Dieser Kredit hat eine Laufzeit bis 2019 mit zusätzlich zweimaliger Verlängerungsmöglichkeit für je ein Jahr. Er wurde am 15.10.2014 mit zwölf nationalen und internationalen Banken mit guter Bonität abgeschlossen. Der VERBUND AG stehen Ende 2017 zusätzlich nicht kommittierte Kreditlinien in Höhe von rund 546,0 Mio. € zur Verfügung. Diese Linien waren per 31.12.2017 zur Gänze ungenutzt.

Absicherung eines langfristig soliden Ratings

Je besser die Bonität eines Unternehmens ist, desto umfassender, einfacher und kostengünstiger ist der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Ein solides Rating eröffnet der VERBUND AG unterschiedliche Finanzierungsinstrumente – auch am Kapitalmarkt. Die Kreditwürdigkeit der VERBUND AG wurde zum 31.12.2017 mit einem Langfristrating von „BBB+ mit stabilem Ausblick“ (Standard & Poor's/S&P) bzw. „Baa2 mit positivem Ausblick“ (Moody's) bewertet. Die Ratingeinstufung bei S&P wurde im Dezember 2017 von „BBB“ auf „BBB+ mit stabilem Ausblick“ angehoben. Moody's hat sein Rating in 2017 auf „Baa2“ belassen, allerdings im Dezember den Ausblick von „stabil“ auf „positiv“ angehoben.

Langfristig strebt die VERBUND AG ein solides Rating in der Kategorie A an. Daher fokussiert die VERBUND AG bei der Konzernsteuerung unter anderem auf die Optimierung des Free Cashflows und auf die zwei wesentlichen ratingrelevanten Kennzahlen FFO/Net Debt und RCF/Net Debt.

Finanzierungsmaßnahmen

Zur Finanzierung des laufenden Investitionsprogramms und zur weiteren Entschuldung des Konzerns konnte die VERBUND AG auch 2017 auf seine starke Innenfinanzierungskraft zurückgreifen. Im Jahr 2017 wurden keine langfristigen Fremdmittel aufgenommen. Im Rahmen eines aktiven Liability-managements unterzieht die VERBUND AG seine Finanzverbindlichkeiten permanent einem Monito-

ring, um Möglichkeiten zur Optimierung des Zinsaufwands (z. B. durch vorzeitige Tilgungen) zu evaluieren.

Der 2014 begebene Green Bond in Höhe von 500,0 Mio. € (endfällig 2024, Kupon 1,5 % p. a.) wurde 2017 neuerlich auf freiwilliger Basis von der oekom research AG, einer der weltweit führenden unabhängigen Ratingagenturen im nachhaltigen Anlagesegment, mit sehr positivem Ergebnis verifiziert. Es handelt sich dabei um den ersten Green Bond eines Unternehmens im deutschsprachigen Raum.

Finanzkennzahlen

	Einheit	2016	2017
Nettogeldfluss aus operativer Tätigkeit	Tsd. €	126.591,0	281.399,4
Nettogeldfluss aus Investitionstätigkeit	Tsd. €	-170.475,6	179.331,3
Nettogeldfluss aus Finanzierungstätigkeit	Tsd. €	43.882,1	-460.730,5
Finanzergebnis	Tsd. €	239.433,3	-152.553,2
Gearing (Nettoverschuldungsgrad)	%	107,7	103,9
Schuldentilgungsdauer	Jahre	6,5	6,3

Das Finanzergebnis verschlechterte sich zum Vorjahr um 391.986,5 Tsd. € auf minus 152.553,2 Tsd. €. Hauptverantwortlich dafür war, dass es im Geschäftsjahr zu höheren Abschreibungen von Beteiligungen in Höhe von 526.037,5 Tsd. € (Vorjahr: 167.032,8 Tsd. €) kam. Im Gegensatz dazu konnten Vorsorgen für den Beteiligungsbereich neuerlich um 215.414,8 Tsd. € verringert werden (Vorjahr: 187.133,7 Tsd. €). Die Beteiligungserträge aus Ausschüttungen sanken um 83.601,8 Tsd. € auf 167.177,7 Tsd. €. Im Jahr 2017 kam es zu keinen Verlustübernahmen (Vorjahr: 5.460,2 Tsd. €). Im Bereich der Beteiligungen gab es zudem Zuschreibungen in Höhe von 27.363,6 Tsd. € (Vorjahr: 5.796,21 Tsd. €) und Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen in Höhe von 965,5 Tsd. € (Vorjahr: 2.518,5 Tsd. €). Das Zinsergebnis verbesserte sich um 8.417,0 Tsd. €, während sich die Erträge aus Ausleihungen um 11.559,4 Tsd. € verringerten.

Der Abbau der verzinslichen Nettoverschuldung um 370.586,4 Tsd. € und der gleichzeitige Abbau des Eigenkapitals um 267.829,7 Tsd. € führten zu einer Verringerung des Gearings um 3,7 Prozentpunkte auf 103,9%. Durch weiterhin hohen Mittelzufluss aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit in Höhe von 396.323,6 Tsd. € bei gleichzeitigem Abbau der Schulden um 17,1 % reduzierte sich die Schuldentilgungsdauer von im Vorjahr 6,5 auf 6,3 Jahre.

Die Zusammensetzung des Kassenbestands und der Guthaben bei Kreditinstituten (Fonds der flüssigen Mittel) kann der Anhangläuterung (5) entnommen werden.

Geldflussrechnung

(1) Nettogeldfluss aus operativer Tätigkeit

Der Nettogeldfluss aus der operativen Tätigkeit wird nach der indirekten Methode ermittelt und führte zu einem Mittelzufluss in Höhe von 281.399,4 Tsd. € (Vorjahr: Mittelzufluss 126.591,0 Tsd. €).

Die Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Forderungen ist vor allem dem Abbau der aktiven Steuerlatenzen in Höhe von 66.045,2 Tsd. € sowie dem Abbau der sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 3.436,5 Tsd. € zu verdanken. Der Abbau der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 22.761,0 Tsd. € ist überwiegend durch geringere offene Steuerumlagen als im Vorjahr verursacht. Zusätzlich wurde eine kurzfristige Veranlagung bei verbundenen Unternehmen mit 30.000,0 Tsd. € zahlungswirksam getilgt. Die Forderungen aus Stromlieferungen stiegen um 19.843,7 Tsd. €.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Verbindlichkeiten resultierte hauptsächlich aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten aus dem Stromgeschäft.

Die Veränderung der kurzfristigen Rückstellungen sowie der Steuerschulden ist vorwiegend durch die Auflösung einer Rückstellung im Zusammenhang mit einer Beteiligung in Höhe von 215.414,8 Tsd. € und den Ansatz von Körperschaftsteuerrückstellungen, inklusive der Vorsorge für die Nachversteuerung ausländischer Verluste in Höhe von 46.143,2 Tsd. €, bedingt.

(2) Nettogeldfluss aus Investitionstätigkeit

Beim Nettogeldfluss aus Investitionstätigkeit ergab sich insgesamt ein Mittelzufluss in Höhe von 179.331,3 Tsd. € (Vorjahr: Mittelabfluss 170.475,6 Tsd. €), der insbesondere aus der Tilgung von Ausleihungen in Höhe von 408.332,4 Tsd.€, dem Verkauf einer Beteiligung in Höhe von 2.450,0 Tsd. € und aus der Rückzahlung von Gesellschafterzuschüssen in Höhe von 2.981,5 Tsd. € resultiert. Dem stehen die Gewährungen von Ausleihungen (gekürzt um die Umwandlung von kurzfristigen Veranlagungen aus dem Vorjahr) in Höhe von 220.000,0 Tsd. € sowie der Zugang von einer Beteiligung in Höhe von 1.675,2 Tsd. € gegenüber.

Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen handelte es sich vorwiegend um Investitionen in Rechte in Höhe von 11.719,4 Tsd. €, in Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 459,5 Tsd. € und in elektrische Anlagen in Höhe von 312,1 Tsd. €.

(3) Nettogeldfluss aus Finanzierungstätigkeit

Im Rahmen der für das Geschäftsjahr 2016 beschlossenen Dividendenausschüttung wurden 100.750,5 Tsd. € an die Aktionäre zur Auszahlung gebracht. Das entsprach einer Dividende von 0,29 € je Aktie. Im Rahmen des Konzernclearings kam es zu einem Mittelabfluss in Höhe von 61.742,6 Tsd. € (Vorjahr: Mittelzufluss 280.884,7 Tsd. €).

Im Geschäftsjahr 2017 erfolgten endfällige Tilgungen in Höhe von 254.534,6 Tsd. € und planmäßige Ratentilgungen in Höhe von 43.702,8 Tsd. €.

Geldflussrechnung		in Tsd. €	
	Erläuterung	2016	2017
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		272.506,8	- 167.079,2
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		1.861,3	1.727,3
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen		161.118,6	498.549,1
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigem Vermögen		- 2.519,2	- 975,3
Veränderung der langfristigen Rückstellungen und der latenten Steuerschulden		- 2.206,6	- 2.759,8
Erträge aus der Auflösung von Baukostenbeiträgen		- 35,1	- 35,1
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge		- 3.953,6	- 4.361,3
Veränderung der Vorräte		59,3	58,5
Veränderung der Leistungsforderungen sowie der sonstigen Forderungen ¹		21.993,7	102.573,1
Veränderung der Leistungsverbindlichkeiten sowie der sonstigen Verbindlichkeiten ²		- 181.288,2	23.954,2
Veränderung der kurzfristigen Rückstellungen		- 140.946,0	- 170.252,3
Nettogeldfluss aus operativer Tätigkeit	(1)	126.591,0	281.399,4
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		- 8.960,4	- 12.788,6
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen		11,8	31,1
Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagen		- 443.737,4	- 221.675,2
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen		282.210,4	413.763,9
Nettogeldfluss aus Investitionstätigkeit	(2)	- 170.475,6	179.331,3
Ein- bzw. Auszahlungen aus Geldmarktgeschäften		0,0	0,0
Aufnahme von langfristigen Krediten		0,0	0,0
Auszahlungen für die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten (exklusive Geldmarktgeschäfte)		- 115.407,1	- 298.237,3
Ein- bzw. Auszahlungen aus der Zu- bzw. Abnahme der Konzernclearingsalden		280.884,7	- 61.742,6
Gezahlte Dividenden und Ergebnisverrechnungen		- 121.595,5	- 100.750,5
Nettogeldfluss aus Finanzierungstätigkeit	(3)	43.882,1	- 460.730,5
Veränderung Kassenbestand und liquide Mittel		- 2,5	0,2
Kassenbestand und liquide Mittel per 1.1.		18,6	16,1
Kassenbestand und liquide Mittel per 31.12.³		16,1	16,3

¹ inkl. aktiver Rechnungsabgrenzungsposten und aktiver latente Steuern // ² inkl. sonstiger passiver Rechnungsabgrenzungsposten // ³ Erläuterung im Anhang (5)

Bericht über Umwelt, Forschung, Entwicklung und Soziales

Umwelt

Im Normalbetrieb gehen von den VERBUND-Anlagen keine wesentlichen Risiken mit potenziell negativen Auswirkungen auf die Umwelt aus. Durch die rechtskonforme Betriebsführung der Anlagen hält VERBUND die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser Risiken so gering wie möglich. Für Extremereignisse (starkes Hochwasser, Erdbeben etc.) gibt es konkrete Notfallpläne und ein Krisenmanagementteam.

Zertifizierung von Umweltmanagementsystemen

VERBUND hat bei Erzeugungs- und Netzanlagen sowie großen Verwaltungsstandorten Umweltmanagementsysteme nach ISO 14001 implementiert. Seit 2017 sind aufgrund der erfolgreich durchgeführten Audits in der Werksgruppe „Grenzkraftwerke“ sämtliche von VERBUND betriebenen Wasserkraftwerke nach dem ISO-14001-Standard extern zertifiziert.

Die thermischen Erzeugungsanlagen in Mellach sind zusätzlich nach der EMAS-Verordnung validiert. Für diese Anlagen wird jährlich eine eigene Umwelterklärung auf der VERBUND-Website veröffentlicht. Neue Anlagen werden nach Inbetriebnahme möglichst rasch in das Umweltmanagementsystem eingebunden und beim darauffolgenden Audit in den Geltungsbereich des Zertifikats aufgenommen.

Treibhausgasemissionen

Aufgrund des hohen Anteils erneuerbarer Energieträger an der Erzeugung (93%) zählt VERBUND zu den umweltfreundlichsten Energieunternehmen in Europa. Die Konzentration auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist entscheidend für die Reduktion und Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Entsprechend dem Klimaschutzabkommen von Paris aus 2015 wird weltweit die Reduktion der THG-Emissionen auf ein Niveau angestrebt, welches die globale Erwärmung unter 2 Grad (besser noch unter 1,5 Grad) beschränken soll. Das Ziel von VERBUND, die THG-Emissionen ausgehend vom Basisjahr (2011: 5 Mio. t CO₂e) bis zum Jahr 2021 um 90 % zu reduzieren, umfasst Scope 1, Scope 2 marketbased und Scope 3 energiebezogene Aktivitäten und Flugreisen. Dieses Ziel wurde im Oktober 2016 von der Science Based Targets Initiative als wissenschaftsbasiert bestätigt – d. h., es entspricht den globalen Vorgaben.

Im Jahr 2017 hat sich der langfristige Trend rückläufiger THG-Emissionen bei VERBUND fortgesetzt, obwohl im Vergleich zum Vorjahr mehr Emissionen entstanden sind. Dies liegt daran, dass die Emissionen im Jahr 2016 sehr niedrig waren und im Jahr 2017 durch die deutlich höheren Mengen aus thermischer Erzeugung für das Engpassmanagement wieder anstiegen.

Das strategische Ziel von VERBUND ist es, bis 2020 die VERBUND-spezifischen direkten Treibhausgasemissionen (Scope 1) unter 10 g CO₂e pro kWh Gesamtstromerzeugung zu senken. Im Jahr 2017 lag dieser Wert nur mehr bei 41 g CO₂e/kWh. VERBUND liegt damit schon jetzt weit unter dem spezifischen Wert des österreichischen Produktionsmix 2016 mit 139 g CO₂/kWh und noch weiter unter dem deutschen mit 513 g CO₂/kWh. Diese Werte zeigen, wie erfolgreich VERBUND auf seinem Weg zur Dekarbonisierung der Stromerzeugung ist.

Emissionsvermeidung durch erneuerbare Erzeugung

Durch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern bei VERBUND – anstelle der thermischen Erzeugung – wurden im Berichtsjahr 23,7 Mio. t CO₂ vermieden. Die Berechnung erfolgte auf Basis des durchschnittlichen Emissionswerts der thermischen Erzeugung nach ENTSO-E.

Emissionen in die Luft

Vor allem der Einsatz des Gas-Dampf-Kombinationskraftwerks Mellach für das Engpassmanagement (Netzstützungsbetrieb) mit häufigen An- und Abfahrten sowie Lastwechseln führte zu einer Steigerung der Emissionen von Kohlenmonoxid (CO) auf die doppelte Menge und von Stickstoffoxiden (NO_x) um etwa 22%. Die Staubemissionen aus dem Betrieb des Steinkohlekraftwerks Mellach stiegen auf 12 t (2016: 6 t). Sie blieben jedoch weit unter der Summe von 50 t im Jahr 2015, worin noch die Staubemissionen des letzten Betriebsjahres des Steinkohlekraftwerks Dürnrohr inkludiert sind.

Naturschutz und Biodiversität

Bezüglich aktueller Beispiele für Investitionen in Ökologie und Artenvielfalt – wie den Bau von Fischwanderhilfen zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit von Fließgewässern und Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern – verweisen wir auf das Kapitel „Erneuerbare Erzeugung“ im Integrierten Konzerngeschäftsbericht. Die vielfältigen bereits gesetzten und noch geplanten Maßnahmen von VERBUND in den Bereichen Naturschutz und Biodiversität werden auch auf den Webseiten der LIFE-Projekte und auf der VERBUND-Website beschrieben.

2017 wurden bei Kraftwerken an der Donau in Österreich und am Inn in Bayern insgesamt fünf Fischwanderhilfen fertiggestellt, womit insgesamt 56 Fischwanderhilfen in Betrieb sind.

Bezüglich detaillierter Umweltinformationen sowie weiterer Angaben zu Erzeugung, Materialeinsatz, Energieverbrauch, Abfällen und Nebenprodukte und weiterer Umweltkennzahlen verweisen wir auf den Integrierten Konzerngeschäftsbericht 2017.

Innovation, Forschung und Entwicklung

Kennzahlen F&E

	Einheit	2015	2016	2017
Anzahl der F&E-Projekte	Anzahl	65	68	85
Projektvolumen gesamt ¹	Mio. €	144,5	139,1	179,8
davon EU-Projekte ¹	Mio. €	92,2	93,6	111,7
VERBUND-Anteil gesamt ¹	Mio. €	16,2	22,1	53,5
Jährliche VERBUND-Aufwendungen	Mio. €	4,2	5,5	9,0

¹über die gesamte Laufzeit der Projekte

Die Energiewende ist in Europa voll im Gang, und die Mobilitätswende nimmt Fahrt auf. Unsere Gesellschaft bewegt sich konsequent auf eine stärker elektrifizierte Welt zu. Zu den vorrangigen VERBUND-Zielen zählt die maßgebliche Mitgestaltung einer klimafreundlichen und effizienten Energiezukunft. Innovation, Forschung und Entwicklung spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Chancen durch die Blockchain-Technologie

Die Blockchain-Technologie birgt Chancen – auch für den Elektrizitätssektor. Im Rahmen eines ersten Pilotprojekts hat VERBUND 2017 erfolgreich Know-how zu den Anwendungsfeldern in den Energiemärkten aufgebaut. Nun sind mehrere weitere Pilotprojekte in Umsetzung.

So wird im Rahmen des ENERCHAIN-Konsortiums ein Technologiestandard für die Abwicklung von OTC-Transaktionen im europäischen Stromgroßhandel entwickelt. Zusätzlich startete VERBUND gemeinsam mit der Salzburg AG zwei Blockchain-Pilotprojekte für private PV-Anlagen auf Mehrparteienhäusern (Mieterstrom) und dezentrale Speicheroptimierung. Nicht zuletzt analysiert VERBUND in einer Eurelectric-Arbeitsgruppe mehrere energiewirtschaftliche Blockchain-Anwendungen.

Weitere Meilensteine für Elektromobilität

VERBUND arbeitet an europäischen und österreichischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten zur Elektrifizierung des Mobilitätssektors mit. Dazu kommt die Entwicklung neuer Services für Industrie und Gewerbe. Mittels Sektorkoppelung werden Potenziale zum Umbau des Energiesystems gehoben.

Zwei Projekte schließen an erfolgreich abgeschlossene E-Mobility-Projekte an. Sie tragen maßgeblich zum zügigen Ausbau der Schnellladekorridore für Elektroautos bei und knüpfen an internationale Ladenetze in den Nachbarländern an. Im Rahmen des Projekts EVA+ werden 20 weitere Schnellladestationen bis Ende 2018 in Österreich installiert und mit dem italienischen Schnellladenetz verbunden. Klimaschonende Alternativen im Mobilitätssektor werden für Privatkunden zudem immer attraktiver. Daher setzt das Projekt Ultra-E parallel dazu gänzlich neue Maßstäbe und ermöglicht der nächsten Generation von Elektrofahrzeugen das Laden für Langstreckenfahrten. Dafür werden bis Ende 2018 25 Ultraschnellladestationen mit einer Ladeleistung von bis zu 350 kW installiert – davon 21 Stationen in Deutschland, Belgien und den Niederlanden sowie 4 in Österreich. Dieses Hochleistungsladenetzwerk wird parallel zum 50-kW-Ladenetz errichtet.

Smarte Speicherlösungen für die Energiezukunft

Mit zunehmender Reichweite der E-Autos steigen auch die benötigten Ladeleistungen. Was die E-Autofahrer freut, ist mit großen Herausforderungen für das Stromnetz verbunden. Intelligente Lösungen sind gefordert.

Im Projekt SYNERG-E installiert und betreibt VERBUND an Ultraschnellladestandorten in Österreich und Deutschland insgesamt zehn lokale Pufferspeicher, welche die benötigte Ladeleistung von je 0,5 MW zur Verfügung stellen. Dadurch werden die Spitzen bei der Netzbelastung signifikant abgeschwächt und Netzkosten deutlich reduziert. Im SYNERG-E-Projekt wird somit eine Sektorkoppelung von Energie und Mobilität realisiert.

Grüner Wasserstoff birgt großes Potenzial für die Industrie

Im H2FUTURE-Projekt unternimmt VERBUND mit voestalpine, Siemens und drei weiteren Partnern erste wichtige Schritte, um großindustrielle Prozesse im Stahlsektor zu dekarbonisieren. Dazu wird eine Protonen-Austausch-Membran-Elektrolyseanlage mit einer Leistung von 6 MW am Standort der voestalpine in Linz errichtet. Diese erzeugt mit Strom aus erneuerbaren Quellen „grünen“ Wasserstoff. Das Projekt wurde Anfang 2017 gestartet und wird von VERBUND koordiniert. Die Anlage wird nicht nur „grünen“ Wasserstoff erzeugen, sondern auch am Regelenergiemarkt vermarkten. Die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Sektoren – wie etwa auf Raffinerien, auf die Düng- oder die Lebensmittelindustrie – wird ebenfalls im Zuge des Projekts untersucht.

Smart Home Services auf europäischer Ebene

Im Projekt FLEXICIENCY werden neue Services für Endkunden entwickelt und getestet, und der Markt dafür wird europaweit geplant. VERBUND arbeitet an diesem im Jahr 2015 initiierten europäischen Forschungsprojekt maßgeblich mit. 2017 wurde der österreichische Demonstrationsbetrieb erfolgreich gestartet.

Forschung im Bereich Wasserkraft

Im Wasserkraftbereich hat VERBUND durch seine Forschungsaktivitäten im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bereits den Stand der Technik mitgestaltet. Aktuell stehen Details des ganzheitlichen Fischschutzes und hier im Speziellen das Wanderverhalten heimischer Fische im Fokus: So wird das Wanderverhalten von Fischen in einem verzweigten Flusssystem mithilfe spezieller Antennen analysiert. Mit den Ergebnissen können gezielt habitatverbessernde Maßnahmen zum Populationserhalt bzw. -schutz gesetzt werden. VERBUND untersucht auch Anreize zur Auffindbarkeit und Passierbarkeit von Wanderhilfen für Organismen, z. B. mittels Zusatzdotation.

Neben den Auswirkungen von Schwall und Sunk bei den Speicherkraftwerken untersucht VERBUND auch das Sedimentmanagement. Dabei geht es vor allem um die Grundlagenforschung zu den Themen Erosion, Transport, Sedimentation und Remobilisierung.

Um Potenziale für die vom Strommarkt zunehmend geforderte Flexibilität des Kraftwerkseinsatzes zu finden, analysiert VERBUND an zwei Standorten Batteriespeicher mit unterschiedlichen Anforderungen.

Digitalisierung im Bereich Wasser- und Windkraft

Derzeit laufen im Bereich Wasserkraft zwei Digitalisierungsinitiativen. Das Projekt „Digital Workforce Management“ beschäftigt sich mit der digitalen Unterstützung der administrativen und operativen Arbeitsprozesse zur Umsetzung von Verbesserungspotenzialen in den bestehenden Systemen und zur Ermöglichung neuer, mobiler Arbeitsweisen. Im Projekt „Digital Hydro Power Plant“ sollen durch Testung in einem Pilotkraftwerk neue, für die Wasserkraft geeignete digitale Technologien identifiziert werden, die zukünftig zur Unterstützung im Betrieb und letztlich zur Effizienzsteigerung gewinnbringend eingesetzt werden können.

Im Windkraftbereich stand das Jahr 2017 bei VERBUND ganz im Zeichen der Digitalisierung der Instandhaltung: Dazu wurden die Arbeitsabläufe von der Planung der Serviceeinsätze bis hin zur Durchführung der Störungsbehebungen optimiert und in die bestehende Betriebsführungssoftware integriert. In Zukunft werden die Servicetechniker die Möglichkeit haben, detaillierte Informationen zur Störungsbehebung via Smartphone oder Tablet-PC direkt in der Windkraftanlage abzurufen. Inspektionsprotokolle inklusive Mängeldokumentation werden digital abgearbeitet.

Verbesserte Prognosen im Stromhandel

Auch im Jahr 2017 arbeitete VERBUND an der Weiterentwicklung der Zuflussprognose und der Optimierung der Speicherbewirtschaftung. Räumlich hochaufgelöste Vorhersagewerte sowie moderne stochastische Optimierungsmethoden erlauben heute eine optimierte Bewirtschaftung der Speicherseen. Durch die Vielzahl der bisher erarbeiteten Ergebnisse – insbesondere auch der statistischen Verteilungen – steht eine bessere Basis zur Einschätzung von Prognoseunsicherheiten samt ihren Auswirkungen auf den Kraftwerkseinsatz zur Verfügung. Zudem ist VERBUND für den Fall von Hochwässern noch besser gerüstet. Darüber hinaus forciert VERBUND die Entwicklung neuer Produkte mit erneuerbaren Energien

und Zertifikaten sowie neue Vermarktungsmöglichkeiten von virtuellen Pumpspeichern und Flexibilität in der Stromerzeugung.

Analyse von Big Data im Stromnetz

Unsere unabhängige Stromnetztochter APG war 2017 an 25 Forschungsprojekten – davon drei internationalen – beteiligt. Im Rahmen von WEDDA-S (Weather Driven Demand and Supply Analysis) wurde ein System zur weiteren Verbesserung der Photovoltaikleistungsprognose entwickelt. Indem Österreich in verschiedene Regionen unterteilt wird, können die Vorhersagen für die einzelnen Photovoltaikanlagencluster erheblich genauer erstellt und Zusammenhänge besser analysiert werden.

Das Projekt EN2VA (Visual Analytics for Energy and Engineering Applications) entwickelte ein Tool, um große Datenmengen (Big Data) besser visualisieren bzw. deren gegenseitige Abhängigkeiten genauer darstellen zu können. Diese Methode kommt etwa bei der Datenanalyse in den Bereichen Regelenergie, Ten Year Network Development Plan (TYNDP) sowie bei energiewirtschaftlichen Fragestellungen zur Anwendung.

Nicht zuletzt wurde das Projekt „Wolke-Erde-Blitze“ im Alpenraum gestartet. Es dient der Früherkennung von Blitzeinschlägen sowie der schnelleren Störungsaufklärung bei Leitungsausfällen.

Bezüglich weiterer Informationen sowie weiterer Angaben zu Innovation, Forschung und Entwicklung verweisen wir auf den Integrierten Konzerngeschäftsbericht 2017.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie gesellschaftliche Verantwortung

Nachhaltiges Kostenmanagement

Die erkennbaren Verbesserungen in der Kostenstruktur bestätigen die Richtigkeit der vom Konzernvorstand beschlossenen und umgesetzten Effizienzsteigerungsmaßnahmen seit 2013. Die Restrukturierungsanstrengungen bzw. Desinvestitionen im thermischen Kraftwerksbereich sowohl im In- als auch im Ausland, die Investitionsreduktionen sowie die signifikante Stellenreduktion im Rahmen der Effizienzsteigerungsprogramme stellten notwendige Schritte dar, um die Kostenstruktur des Konzerns zu verbessern und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Das im Rahmen der beschlossenen Effizienzsteigerungsprogramme festgelegte Gesamtreduktionspotenzial mit den dazugehörigen definierten Maßnahmen wird geordnet abgewickelt. Mit Unterstützung der mit der Belegschaftsvertretung akkordierten Schritte gelingt es, für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen zu finden. Die Entwicklung des Personalstands zeigt das Ergebnis der Abbauprogramme. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 sank der arbeitsrechtliche Personalstand zum 31.12.2017 um 133 auf 2.819 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insgesamt wurden seit Beginn der Effizienzsteigerungsprogramme rund 730 Stellen reduziert.

VERBUND ist de facto beinahe ausschließlich in Mitteleuropa – einer Region mit hohen arbeits- und sozialrechtlichen Standards – tätig. Die Beschäftigung von hoch und höchstqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist mit entsprechenden Personalkosten verbunden. Hierbei ist zu beachten, dass VERBUND bei der Produktivität im Spitzenfeld der besten europäischen Energieversorgungsunternehmen liegt. Neben den angeführten Effizienzsteigerungsprogrammen ist es daher für VERBUND

unerlässlich, dass die bestehenden Entlohnungsstrukturen auf Betriebs- und Branchenebene modernisiert und an die Marktgegebenheiten angepasst werden. Zusätzlich zu einer Adaptierung der internen Richtlinien zur Gehaltsfindung beteiligt sich der Konzern auf Branchenebene federführend an der Neugestaltung des Kollektivvertrags für Elektrizitätsunternehmen in Österreich. Ziel ist es, einen fairen und gleichzeitig dem modernen Arbeitsleben angepassten Kollektivvertrag für die Energiebranche zu gestalten. Leasingkräfte werden temporär für befristete Karenzvertretungen und als Ausgleich für Kapazitätsspitzen sowie gezielt für Positionen mit besonders flexiblen Anforderern eingesetzt. Dies betrifft insbesondere die Umsetzung neuer Geschäftsmodelle, den Vertrieb und das Projektgeschäft der APG für Leitungsbauprojekte. Leasingkräfte erhalten marktkonforme Gehälter und werden bezüglich ihrer Entlohnungsstrukturen gemäß den gesetzlichen Regelungen den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von VERBUND gleichgestellt.

Analog zum aktuellen Pensionskassenmodell des VERBUND-Konzerns in Österreich wurde 2017 für neueintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaften in Deutschland ein beitragsorientiertes Pensionskassenmodell eingeführt. Das Modell finanziert sich durch laufende Beiträge des Unternehmens, wodurch der Betriebsaufwand kalkulierbar wird und keine bilanziellen Vorsorgen getroffen werden müssen.

Personalplanung und -management

VERBUND setzt auf ein modernes und einfach zu bedienendes Planungs- und Reporting-Instrument für Personaldaten, für das VERBUND 2013 mit dem SAP Quality Award „Bronze Winner – Large implementation“ ausgezeichnet wurde. Die integrierte Personalstands- und -aufwandsplanung stellt einen einfachen und transparenten Planungsprozess sicher. Eine konsequente und straffe Personalplanung fördert den optimalen Einsatz der Ressourcen.

Das Personalmanagement bei VERBUND hat Richtlinienkompetenz in allen personalwirtschaftlichen Fragen des VERBUND-Konzerns. Die Schwerpunkte liegen auf den Themen Personalplanung und -entwicklung, Personalcontrolling, Recruiting, Personalmarketing und Employer Branding, Arbeits- und Sozialrecht, Vertretung des Arbeitgebers gegenüber der Arbeitnehmervertretung, Compensation and Benefits, Grundsatzfragen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge sowie Diversity und Inclusion-Management.

Wir prüfen diese Managementansätze mit verschiedenen Verfahren, wie externen Auditierungen, internen Review-Prozessen bzw. Analysen von Kennzahlen inklusive interner und externer Benchmarks. Basierend auf den Ergebnissen dieser Rückmelde- und Leistungsbeurteilungsverfahren werden die Richtlinien regelmäßig evaluiert und bei Bedarf adaptiert.

Leistungsorientiertes, produktives und unternehmerisches Handeln aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht die nachhaltige Absicherung des Kerngeschäfts und die Nutzung neuer Geschäftschancen. Ein Generationen- und Kompetenzmanagement unterstützt dabei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von VERBUND ihre Leistungsfähigkeit erhalten. Im Rahmen des Gesundheitsmanagements sowie der Personalentwicklung setzt VERBUND ganzjährig Maßnahmen. Zur Vereinfachung von Prozessen wird bei einzelnen Leistungen auf Digitalisierungsmaßnahmen gesetzt, wobei die Aspekte des Datenschutzes beachtet werden.

Seit Jahrzehnten sind der Arbeitnehmerschutz und die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für VERBUND äußerst wichtige Anliegen. So haben wir uns bei VERBUND das Ziel gesetzt, die Arbeitssicherheit laufend zu verbessern.

VERBUND legt großen Wert auf eine Unternehmenskultur, die das Fundament für ein konstruktives und erfolgreiches Arbeiten bildet. Auf eine ausgewogene Work Life Balance, eine offene Kommunikation und eine wertschätzende Diskussionskultur wird dabei geachtet. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die Themen Führungskultur und Diversität.

Beschäftigungsformen und Sozialleistungen

Grundsätzlich beschäftigt VERBUND Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Befristete Arbeitsverträge werden nur mit sachlicher Begründung abgeschlossen (z. B. bei Karenzvertretung oder bei Zukunftsthemen wie der Digitalisierung). VERBUND strebt langfristige Dienstverhältnisse an und ermöglicht verschiedene Arbeitszeitmodelle wie Vollzeit, Teilzeit und Elternteilzeit. Zur Überbrückung von Kapazitätsspitzen und für Projektarbeiten werden auch Leiharbeitskräfte beschäftigt. Insbesondere bei abgegrenzten Bau-, Revisions- bzw. Instandhaltungsaufträgen beauftragt VERBUND Fremdfirmen, für deren Personal die gleichen Sicherheitsvorschriften gelten wie für VERBUND-Personal. Diese Personen erhalten daher auch die gleichen Sicherheitsunterweisungen.

VERBUND bietet allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Reihe von freiwilligen oder kollektivvertraglich geregelten Sozialleistungen wie eine Pensionskasse, eine Krankenzusatzversicherung, ein vergünstigtes Mittagessen, eine Kinderzulage und eine Gesundenuntersuchung.

VERBUND bekennt sich zudem zu einer marktkonformen und leistungsgerechten Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein auf individuelle Zielvorgaben und den Unternehmenserfolg ausgerichtetes leistungsorientiertes Entgeltmodell sorgt daher seit 2010 auf allen Ebenen für eine faire Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Um weiterhin die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für VERBUND gewinnen zu können, bleibt die Stärkung der Wettbewerbsposition von VERBUND auf dem Arbeitsmarkt eine wesentliche Aufgabe. Mittels zielgerichteter Personalentwicklung – auch durch E-Learning-Lösungen – sollen gleichzeitig die Kompetenzen bestehender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erweitert werden.

Stärkung der Position auf dem Arbeitsmarkt – Employer Branding

Mit der gezielten Investition in ausgewählte Employer-Branding-Maßnahmen wirkte VERBUND auch 2017 dem Risiko entgegen, seine hohe Arbeitgeberattraktivität am Arbeitsmarkt zu verlieren. VERBUND zeigte mit einem weiterhin reduzierten Mitteleinsatz klare Präsenz auf dem Arbeitsmarkt – beispielsweise auf Bildungs- und Karrieremessen, in Print- und Onlinemedien sowie im Social-Media-Bereich mit Fokus auf die Zielgruppen IT-Fachkräfte und Lehrlinge.

Im Jahr 2017 lagen die strategischen Schwerpunkte im Employer Branding auf der langfristigen Netzwerkpflge mit Topstudierenden der TU Wien und auf Frauenförderungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang wurden auch bestehende Maßnahmen weitergeführt. Dazu zählen u. a. die jährliche Vergabe des VERBUND-Frauenstipendiums, die Teilnahme am Wiener Töchterttag, die Initiative FIT – Frauen in die Technik und Girls! Tech up sowie die Organisation eines Alumni-Events aller Frauenstipendiatinnen.

VERBUND beteiligte sich 2017 erneut als Service-Learning-Partner an der Sustainability Challenge, bei der rund 60 Studierende der vier großen Wiener Universitäten (WU, TU, BOKU und Uni Wien) interdisziplinäre Fragestellungen zum Thema „Nachhaltigkeit findet Stadt“ unter dem Blickpunkt der UN Sustainable Development Goals als Chance für urbanen Wandel erforschten. Dies stärkt unsere Position als attraktiver Arbeitgeber für Absolventinnen und Absolventen der teilnehmenden Universitäten.

Recruiting

Um darüber hinaus für interne und externe Bewerberinnen und Bewerber weiterhin attraktiv zu bleiben, wurde der Karriereauftritt von VERBUND auch im Jahr 2017 laufend aktualisiert. Die 2016 implementierte Bewerberplattform stellte dazu eine optimale Ergänzung dar. VERBUND strebt kontinuierlich danach, den hohen Professionalisierungsgrad der Recruitingqualität zu halten und auch in der digitalen Welt auf dem technologisch letzten Stand zu sein.

Dies wurde im Berichtszeitraum mit der Verleihung des goldenen Siegels der „Career's Best Recruiters“-Studie 2017 und dem in der Kategorie „Energie“ erzielten ersten Platz honoriert.

Personalentwicklung

VERBUND legt großen Wert auf die Entwicklung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2017 nahm jede Mitarbeiterin bzw. jeder Mitarbeiter durchschnittlich 36 Stunden an Bildungsmaßnahmen teil. Schwerpunkte der Personalentwicklung bildeten Schulungen in den Bereichen Sicherheit, Technik sowie Organisations- und Teamentwicklung. In den Bereichen Technik und Sicherheit sind überwiegend Männer tätig. Das spiegelt sich auch in den durchschnittlichen Weiterbildungsstunden, die bei Männern mit 36,7 Stunden leicht über denen der Frauen mit 34,6 Stunden liegen.

Im Rahmen des internen Effizienzsteigerungsprogramms ist die Weiterbildung für die sozial verträgliche Umsetzung der Maßnahmen wesentlich. Unter anderem schaffen gezielte Umschulungen neue Perspektiven für bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

e-Training – Digitalisierung von Lernlösungen

Lernen zielt immer mehr auf die eigene Kompetenzentwicklung ab und findet häufig im Prozess der Arbeit statt. Daher schafft VERBUND Lernräume und Lernmöglichkeiten, um individuelles und organisationales Lernen zu ermöglichen. Die Schulungen zur Standard-Client-Umstellung auf Windows 10 und Office 2016 erfolgten mittels Einsatz digitaler Lernmedien.

Die VERBUND-spezifischen e-Trainings sowie die Intranet Community unterstützen und begleiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umstellung. Das e-Training „Resilienz4Business“ führt Schritt für Schritt durch die wichtigsten Bereiche der psychischen Gesundheit und zeigt Wege auf, wie kritische Faktoren im Bereich der psychischen Belastungen erkannt und die eigene Widerstandskraft aufgebaut und weiterentwickelt werden können. In einem Modul für Führungskräfte werden Handwerkszeuge angeboten, um erste Anzeichen von psychischen Belastungen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erkennen, anzusprechen und frühzeitig darauf zu reagieren.

Über erworbene Lizenzen der Lernplattform „Lynda“ mit mehr als 2.500 Kursangeboten bietet VERBUND seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusätzlich die Möglichkeit des flexiblen Lernens unter der Devise „was, wann und wo man will“. Der Zugang zu Kursinhalten ist durch die zeitliche und räumliche Unbeschränktheit für die verschiedensten Lerntypen geeignet. Der Lernstil und die Lerngeschwindigkeit können individuell angepasst werden.

Lehrlingsausbildung

Wesentliche Bereiche bei VERBUND stellen die Instandhaltung und der Betrieb unserer Anlagen dar. Um den sicheren Betrieb zu gewährleisten, setzt VERBUND seit 1983 als eines der ersten Unternehmen Österreichs auf eine vierjährige Doppelberufsausbildung (Elektrotechnik und Metalltechnik) seiner Lehrlinge. Dabei handelt es sich um gefragte Doppelberufe mit ausgezeichneten Zukunftschancen. Ab dem zweiten Lehrjahr sind die Lehrlinge von VERBUND in einem der VERBUND-Kraftwerke tätig, um dort das nötige

Anlagenwissen zu erwerben. Damit wird der Know-how-Transfer im technisch-gewerblichen Bereich gesichert.

Im Jahr 2017 wurden in Österreich und Deutschland 37 Lehrlinge neu aufgenommen. Die hohe Qualität der Lehrlingsausbildung zeigte sich nicht nur bei den ausgezeichneten Erfolgen im Zuge der Lehrabschlussprüfungen, sondern auch in der vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft verliehenen Auszeichnung für VERBUND als „staatlich ausgezeichnete Ausbildungsbetrieb“.

Traineeprogramm

Um den aktuellen aber auch zukünftigen Anforderungen im Rahmen der Digitalisierung gerecht zu werden, startete VERBUND 2017 ein Traineeprogramm für IT-Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger. Acht Trainees (vier Frauen, vier Männer – davon ein Gehörloser) durchlaufen innerhalb von 24 Monaten jeweils drei Stationen in den unterschiedlichen IT-Bereichen des Unternehmens (IT-Anforderungsmanagement, agile Softwareentwicklung, Netzwerktechnologie etc.).

Weiterentwicklung der Unternehmenskultur

Bereichsübergreifend arbeiten in der Digital Unit

Die Entwicklung und Veränderung der Kerngeschäftsbereiche von VERBUND erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Unternehmenskultur. Zur Förderung neuer Arbeitsformen stellt die Gründung einer Digital Unit als Pilotprojekt einen Schritt in Richtung agile Unternehmenskultur dar. Als interdisziplinäres Team arbeiten 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Unternehmensbereichen außerhalb der Linie bereichs- und gesellschaftsübergreifend zusammen. Ziel ist es, zum Thema Digitalisierung querzudenken und aus dem breiten Spektrum an Digitalisierungsmöglichkeiten nutzbare Ideen für VERBUND zu entwickeln.

Die Anwendung neuer Methoden unterstützt das smarte Arbeiten und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Bei VERBUND werden neuartige Methoden eingesetzt, um die notwendigen Geschäftsmodellinnovationen voranzutreiben. Zum Einsatz kommen beispielsweise die Projektmanagementmethode SCRUM sowie Design Thinking und Prototyping mit Mock-ups. So zählen Methodenseminare zur agilen Produktentwicklung und zur flexiblen Projektarbeit ebenfalls zum Portfolio des Angebots an Aus- und Weiterbildungen bei VERBUND.

Führungskultur

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Führungskräfte dient der weiteren Verbesserung der Führungsqualität und somit der Sicherstellung des Unternehmenserfolgs. VERBUND setzt Maßnahmen zur laufenden Weiterentwicklung der Führungskultur.

Eine Maßnahme stellt dabei das regelmäßige Führungsfeedback dar. Im Rahmen eines – im Abstand von zwei Jahren stattfindenden – Feedbackprozesses wird das (Führungs-)Verhalten aus Sicht des direkten Arbeitsumfelds (Vorgesetzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kolleginnen und Kollegen) eingeschätzt und mit der jeweiligen Selbsteinschätzung verglichen. Diese strukturierten und ganzheitlichen Rückmeldungen geben wertvolle Hinweise für die Kompetenzentwicklung der Führungskräfte. Ziel ist es, durch Abweichungen im Selbst- und Fremdbild bzw. durch den Vergleich zur letzten Erhebung neben Stärken und Handlungsfeldern auch die persönliche Entwicklung aufzuzeigen. Daraus werden dann zielgenaue und an die Bedürfnisse angepasste individuelle Maßnahmen für die einzelnen Führungskräfte abgeleitet.

Als weitere Maßnahme – basierend auf den Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung, den VERBUND-Führungsfeedbacks sowie der Evaluierung der psychischen Belastungen – wird ein maßgeschneidertes, bedarfsorientiertes, kompaktes Format der verpflichtenden Führungskräfteentwicklung durchgeführt. Ziel dieses Programms ist es, den Führungskräften neue Ansätze, Impulse, Techniken und Instrumente für die tägliche Praxis zu bieten. So soll ihre Rolle als Entscheider im digitalen Wandel gestärkt und der Erfolg des Unternehmens nachhaltig gesichert werden.

Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben hat bei VERBUND Tradition. Seit 2009 ermöglicht das Audit „berufundfamilie“ eine bessere Strukturierung der Maßnahmen. Damit werden bedarfsorientiert weitere Möglichkeiten geschaffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Im Netzwerk Unternehmen für Familien zeigt VERBUND sein Engagement als familienfreundliches Unternehmen. 2017 setzte VERBUND zudem interne Regelungen zur Inanspruchnahme eines Papamonats in Kraft.

Auch die zuletzt durchgeführte Mitarbeiterbefragung in 2015 bestätigt: Seit 2008 steigt die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben in unserem Unternehmen laufend.

Diversity Management

Die 2016 festgelegte Diversity-Strategie wurde 2017 konsequent verfolgt. Mit der Zertifizierung ZukunftVIELFALT® setzte VERBUND einen weiteren Schritt zur kontinuierlichen Verbesserung im Umgang mit Vielfalt. ZukunftVIELFALT® ist ein Managementkonzept zur Weiterentwicklung eines ganzheitlichen Diversity Managements sowie eine Auszeichnung für Organisationen mit einem ganzheitlichen Diversity Management. Ziel ist es, die Diversitätsstrategie nachhaltig im Konzern zu verankern und strukturiert weiterzuentwickeln. Damit fördert VERBUND die Vielfalt im Unternehmen und stellt die Gleichbehandlung sicher. VERBUND erhielt diese Auszeichnung 2017 erstmalig.

Die Bestrebungen zur Förderung von Diversität und Inklusion werden kontinuierlich fortgesetzt. Diese haben mit Initiativen wie der Verankerung der Gleichbehandlung im Unternehmensleitbild, der Bestellung einer Gleichbehandlungsbeauftragten und Diversity und Inclusion Managerin, der Premium-Mitgliedschaft der „Charta der Vielfalt“ sowie der Bestellung einer Accessibility Managerin begonnen.

Vor allem in den Schwerpunktdimensionen „Alter“, „Geschlecht“ und „Behinderung“ wurden geplante Maßnahmen im Jahr 2017 umgesetzt.

Schwerpunkt „Alter“

VERBUND strebt eine ausgewogene Altersstruktur an. Das Management des demografischen Wandels soll Wissen im Unternehmen erhalten und Leistungsträger an das Unternehmen binden.

Im Berichtszeitraum setzte sich die bereits seit Jahren zu beobachtende demografische Entwicklung fort. Rund 7% der VERBUND-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter gehen in den nächsten fünf Jahren in Pension. In den nächsten zehn Jahren werden es 29% sein. Zum Teil werden diese Stellen im Rahmen der Effizienzsteigerungsprogramme nicht nachbesetzt. Ein erheblicher Prozentsatz der Abgänge betrifft jedoch betriebsnotwendige Stellen, die zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs erforderlich sind und daher nachbesetzt werden müssen.

Um VERBUND-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter länger gesund im Arbeitsprozess zu halten und um zu einem reibungslosen Generationenwechsel beizutragen, wird seit Jahren auf ein betriebliches Gesundheitsmanagement gesetzt. Die Initiative „Fit & Gesund bei VERBUND“ soll einen gesunden

Lebensstil fördern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden motiviert, auf freiwilliger Basis etwas für ihre Gesundheit zu tun. Außerdem ermöglicht VERBUND allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über ein Employee-Assistance-Programm kostenlose Beratung bei beruflichen oder privaten Problemen.

Schwerpunkt „Geschlecht“

Im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Geschlecht“ soll der Frauenanteil bis 2020 insgesamt auf 20% erhöht werden – so wie auch der Frauenanteil in den einzelnen Führungsebenen ansteigen soll.

Der Anteil von Frauen ist in einem technisch geprägten Unternehmen wie VERBUND traditionell eher gering. Deshalb setzt VERBUND Maßnahmen, um den aktuellen Anteil von 17,5% bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. 2017 lag der Frauenanteil bei den Neuaufnahmen bei 15,4%.

Im Rahmen der Erarbeitung von Maßnahmen auf Basis der Ergebnisse aus der Mitarbeiterbefragung wurden auch konkrete Aktivitäten zur Frauenförderung vereinbart. Um Frauen sichtbarer zu machen, sollen insbesondere bei der Besetzung von Gremien oder Projektleiterpositionen verstärkt Frauen berücksichtigt werden. Frauen bei VERBUND können ihr grundsätzliches Interesse an einer Führungsposition durch eine freiwillige Selbstnominierung im Rahmen der periodisch aktualisierten Nachfolgeplanung bekunden. 2017 erklärten rund 11% der Frauen ihr Interesse, eine Führungsposition übernehmen zu wollen. Rund die Hälfte davon war noch nicht in der Nachfolgeplanung berücksichtigt. Das Ziel, unbekanntes Potenzial aufzudecken, wurde damit erreicht. 2017 wurden mit den Führungskräften der ersten Managementebene Ziele zur Förderung von Frauen vereinbart, um weiteres Bewusstsein für die Gleichbehandlung von Frauen zu schaffen.

VERBUND achtet zudem auf ausgewogene Gehälter. Diese basieren auf der strikten kollektivvertraglichen Einstufung sowie auf einem leistungsorientierten Gehaltsmodell. VERBUND hat auch 2017 wieder einen Einkommensbericht erstellt, der Auskunft über die Durchschnittsgehälter von Frauen und Männern gibt. Das Verhältnis der Grundgehälter von Frauen und Männern von 1:1,07 hat sich gegenüber der letzten Berichtsperiode verbessert. Dennoch sind die gesellschaftspolitischen und kulturellen Themen wie vermehrte Teilzeitarbeit bei Frauen, eine geringe Anzahl von Frauen in technischen Berufen und die Schwierigkeit für Frauen, in höher bezahlte (Führungs-)Funktionen zu gelangen, nach wie vor auch bei VERBUND erkennbar.

VERBUND ist es ein Anliegen, Frauen für technische Berufe zu begeistern. Daher beteiligt sich VERBUND an mehreren Initiativen wie dem Wiener Töchterttag, FIT – Frauen in die Technik und dem amaZone-Award. So vergibt unser Unternehmen seit 2009 das VERBUND-Frauenstipendium an vielseitig engagierte Studentinnen mit technischer Ausbildung. Das unternehmensinterne VERBUND-Frauen Netzwerk unterstützt die Frauen bei VERBUND.

Seit 14 Jahren beteiligt sich VERBUND am Wiener Töchterttag. Diese Aktion der Stadt Wien, der Wirtschaftskammer Wien und des Wiener Stadtschulrats möchte das Interesse von Mädchen für Technikberufen wecken. 2017 nahmen insgesamt 16 Mädchen an unterschiedlichen Workshops und Führungen teil und lernten das Kraftwerk Greifenstein kennen.

FIT soll ebenfalls das Interesse von Mädchen für technische Berufe wecken, motiviert Maturantinnen zum Technikstudium und stellt erfolgreiche Frauen in technischen Berufen als Role Models vor. Damit sollen Berührungspunkte gegenüber technischen oder naturwissenschaftlichen Ausbildungen abgebaut werden.

Die Lehrlingsausbildung von VERBUND ist seit 2014 mit dem amaZone-Award ausgezeichnet, und VERBUND beteiligt sich auch weiterhin jährlich daran. Der Verein Sprungbrett zeichnet damit jene Be-

triebe aus, die sich besonders dafür engagieren, Frauen in handwerklichen und technischen Berufen auszubilden.

Seit 2009 fördert VERBUND durch die Vergabe des VERBUND-Frauenstipendiums zudem vielseitig engagierte Studentinnen bei ihrer technischen Ausbildung. Ein weiteres Ziel ist es, mehr technisch qualifizierte Frauen für das Unternehmen zu begeistern und sie im Idealfall als Mitarbeiterinnen zu gewinnen. 2017 wurde das VERBUND-Frauenstipendium zum neunten Mal vergeben. Die drei Gewinnerinnen erhielten ein Stipendium im Wert von jeweils 5.000 € für ein Studienjahr. Der Preis soll eine zusätzliche persönliche und fachliche Weiterbildung über den Uni-Alltag hinaus ermöglichen.

Schwerpunkt „Menschen mit Behinderungen“

VERBUND übernimmt die soziale Verantwortung, als Unternehmen für Chancengleichheit zu sorgen. Um ein sichtbares Zeichen zu setzen, ist es erklärtes Ziel von VERBUND, die Quoten gemäß Behinderteneinstellungsgesetz weiterhin zu erfüllen bzw. darüber hinaus Menschen mit Behinderung zu rekrutieren und zu beschäftigen.

So übererfüllt VERBUND die in Österreich und Deutschland gesetzlich vorgegebenen Quoten für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen. Für VERBUND beträgt die Pflichtzahl in Österreich 105. Es werden jedoch 139 begünstigt Behinderte gemäß Behinderteneinstellungsgesetz bei VERBUND beschäftigt. In Deutschland beträgt die entsprechende Pflichtzahl 18, und es werden 23 Menschen mit Behinderung beschäftigt.

Das Diversity Management achtet gemeinsam mit dem Accessibility Management auf die laufende Weiterentwicklung der Beschäftigung von Personen mit Behinderung. Durch gezielte Maßnahmen will VERBUND Berührungsängste abbauen und den selbstverständlichen Umgang mit Menschen mit Behinderung in der Unternehmenskultur verankern. Da Führungskräfte wesentlich zur Veränderung der Unternehmenskultur beitragen, hat Gregor Demblin (Co-Gründer des Social Enterprise MyAbility und selbst Rollstuhlfahrer) die VERBUND-Führungskräfte der ersten Ebene über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung informiert. In einzelnen Tochtergesellschaften gab es ebenfalls Schulungen von Führungskräften.

Im Sommer 2017 absolvierten drei Personen mit Behinderung ein Ferialpraktikum bei VERBUND. Im Oktober 2017 begann ein Trainee mit Behinderung seine Tätigkeit bei VERBUND. Im Rahmen der Mitgliedschaft im DisAbility-Wirtschaftsforum tauscht sich VERBUND zudem mit anderen Unternehmen aus und erweitert laufend sein Wissen zur Beschäftigung von Personen mit Behinderung.

Gesundheit & Sicherheit

Äußerst wichtige Anliegen von VERBUND sind der Arbeitnehmerschutz, die Gesundheit und die Arbeitnehmersicherheit.

Unfallgeschehen 2017

Die Basis für die Berechnung der Arbeitssicherheitskennzahlen bildet der arbeitsrechtliche Personalstand plus Leasingkräfte und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von anteilig einbezogenen Beteiligungen. Ende 2017 betrug dieser Wert 3.030 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In dieser Zahl sind 117 Leasingkräfte und die gesamten Belegschaften der Ennskraftwerke Aktiengesellschaft, der VUM Verfahren Umwelt Management GmbH und der VERBUND Tourismus GmbH enthalten.

Leider ereigneten sich 2017 mehr Unfälle als im Vorjahr. Auch die unfallbedingten Ausfallstage sind um etwa ein Drittel angestiegen, was auf einige sehr schwere Unfälle zurückzuführen ist, deren Folgen bis ins Jahr 2018 reichen.

Für die Interpretation des Unfallgeschehens müssen die absoluten Zahlen der Unfälle in Relation zum Personalstand (Unfallhäufigkeit) und zu den Ausfalltagen je Unfall (Unfallschwere) gesetzt werden. Ab 2017 wird für die Bewertung des Unfallgeschehens der LTI (Lost Time Injury) verwendet. Es werden nun alle Arbeitsunfälle ab dem ersten Ausfalltag erfasst und berichtet. Damit ist es möglich, sich auch mit internationalen Benchmarks zu messen.

Ein Vergleich der VERBUND-Unfallrate (meldepflichtige Unfälle ab dem vierten Krankentag) von 13,07 mit der durchschnittlichen Arbeitsunfallrate der österreichischen Energieversorger von 13,45 pro 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigt den hohen technischen Standard im Bereich Arbeitnehmerschutz sowohl bei VERBUND als auch im gesamten Sektor (Quelle: Unfallstatistik Oesterreichs Energie).

Eine Gegenüberstellung der VERBUND-Unfallhäufigkeit (LTIF) von 10,1 Arbeitsunfällen pro 1 Mio. Arbeitsstunden mit anderen nationalen und internationalen Konzernen zeigt aber noch ein Verbesserungspotenzial. Aus diesem Grund wurde das Projekt „Sicherheitskultur“ bei VERBUND gestartet.

Auch die Arbeitsunfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Fremdfirmen an unseren Standorten werden erfasst, im Berichtsjahr waren dies sieben Fremdfirmenunfälle. Darunter war leider ein tödlicher Unfall eines Mitarbeiters eines Subunternehmens, der sich bei Straßenbauarbeiten an einer Leitschiene im Bereich der Malta-Hochalmstraße ereignete.

Aus der Analyse jedes einzelnen Unfalls im Konzern und bei beschäftigten Fremdfirmen werden Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet und umgesetzt. Wie in den Jahren zuvor konnte auch im Jahr 2017 bei keinem Arbeitsunfall ein Fremdverschulden oder ein organisatorischer Mangel als Ursache identifiziert werden. Dies zeigt, dass die Sicherheitsstandards im Konzern sehr hoch sind und die Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer optimal umgesetzt werden.

Unfallprävention

Die Maßnahmen zur Prävention basieren auf der Analyse der VERBUND-Arbeitsunfallstatistik. Den Schwerpunkt der jährlichen Weiterbildungsmaßnahmen bildete 2017 die Fortsetzung der Schulungen „Arbeiten in Behältern“, „Neophyten“, „Handy am Arbeitsplatz“ und „Umgang mit Blaulichtorganisationen und Behörden“. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die praktische Umsetzbarkeit im Arbeitsalltag gelegt.

Die gesetzlich vorgesehenen Sicherheitsunterweisungen werden jedes Jahr entweder persönlich oder über E-Learning mit anschließendem Test von nahezu 100 % der Belegschaft erfolgreich absolviert – so auch im Geschäftsjahr 2017.

Für den Bereich Arbeitssicherheit gibt es eine Vielzahl von internen Regelungen, die laufend aktualisiert und bei gesetzlichen Änderungen rasch angepasst werden. Diese Regelungen betreffen beispielsweise die nachfolgenden Themen: Arbeitsstoffmanagement, Unfallmeldungen und Verhalten nach Unfällen, Information und Unterweisung, Brandschutz, persönliche Schutzausrüstung, Koordinierung auf Baustellen und bei Projekten und Umgang mit Fremdfirmen sowie Koordination und Aufgaben des Arbeitsmedizinischen Dienstes. Mit diesen Regelungen soll gewährleistet werden, dass konzernweit derselbe Standard zur Verfügung steht und angewendet wird.

Sicherheitskultur

Die Unfallkennzahlen der letzten Jahre weisen konstant niedrige Werte aus, stagnieren allerdings seit mehreren Jahren auf diesem Niveau. Eine weitere Reduzierung der Unfallkennzahlen ist aus jetziger Sicht ohne neue Maßnahmen nicht zu erwarten, da das Potenzial des technischen Arbeitnehmerschutzes nahezu ausgeschöpft ist. Deshalb sollen das Projekt „Sicherheitskultur“ ab 2018 mit dem Fokus auf „Arbeitnehmerschutz, Gesundheit und Sicherheit“ und ein vertieftes Sicherheitsbewusstsein zu einer erneuerten Unternehmenskultur führen und eine weitere Reduktion des Unfallgeschehens möglich machen.

Dazu muss am Verhalten und den Denkweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gearbeitet werden. Hauptziel ist die Entwicklung und Umsetzung von persönlichen Verhaltensweisen, die es ermöglichen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesund zur Arbeit kommen, sicher arbeiten und gesund nach Hause gehen.

Gesundheitsförderung bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Die Initiative „Fit & Gesund“ bei VERBUND soll einen gesunden Lebensstil fördern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden motiviert, auf freiwilliger Basis etwas für ihre Gesundheit zu tun. Mit Seminaren zum Thema „Mentale Fitness“ rückte die psychosoziale Gesundheit weiter in den Vordergrund.

Darüber hinaus waren Ernährung und Bewegung, Stressmanagement und aktives Muskelcoaching wichtige Schwerpunkte im Gesundheitsmanagement. Der direkte Zusammenhang zwischen Gesundheit und Leistungsfähigkeit in einem sich ständig wandelnden Arbeitsumfeld wird dabei ins Bewusstsein gerufen.

Gesellschaftliche Verantwortung

VERBUND übernimmt Verantwortung gegenüber einer Gesellschaft, die sauber erzeugten, verlässlich verfügbaren Strom auch als Faktor der Lebensqualität wahrnimmt. In seiner gesellschaftlichen Mitverantwortung unterstützt VERBUND mehrere karitative Organisationen und stärkt das Bewusstsein von Kindern für den sorgsamen Umgang mit Energie.

Caritas und Diakonie

Energiearmut und ihre negativen Folgeerscheinungen treten dort am ehesten auf, wo Einkommen sehr niedrig und Wohnverhältnisse schlecht sind.

Der VERBUND-Stromhilfefonds der Caritas hilft rasch, unbürokratisch und vor allem dauerhaft durch finanzielle Soforthilfe zur Begleichung offener Stromrechnungen, professionelle Energieberatung vor Ort und gratis Austausch alter, stromfressender Elektrogeräte. Seit Beginn des Projekts im Jahr 2009 profitierten insgesamt 3.700 Haushalte mit insgesamt 8.700 in den Haushalten lebenden Personen vom Angebot des VERBUND-Stromhilfefonds. In der achten Periode vom 1.1.2017 bis 31.12.2017 wurden 350 Haushalte (die in den Sozialberatungsstellen der Caritas Hilfe suchten) an den VERBUND-Stromhilfefonds der Caritas weitervermittelt.

Weiters wurden im Jahr 2017 – mit Mitteln aus dem VERBUND-Empowerment-Fund der Diakonie – 700 Menschen mit Behinderung zu unterstützender Kommunikation und assistierenden Technologien direkt beraten. 100 Menschen mit Behinderung bekamen bei der Anschaffung von Kommunikationshilfen eine direkte Unterstützung. Dafür wendete der Soforthilfefonds wie im Vorjahr rund 60.000 € auf. Der Fonds hilft seit 2009.

VERBUND-Klimaschule des Nationalparks Hohe Tauern

Schülerinnen und Schüler werden durch das von Rangern des Nationalparks Hohe Tauern vermittelte Wissen zu Klimaschützerinnen und -schützern. Ziel ist es, bis zum Ende des Schuljahres 2018/19 weitere 9.000 Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Ab 2018 wird das Angebot der VERBUND-Klimaschule auch im gesamten deutschen Sprachraum online zur Verfügung gestellt.

Die VERBUND-Stromschule macht Lust auf Technik

Mit aktualisierten Lernunterlagen, einem State-of-the-Art-Spiel und Angeboten rund um das Thema Erneuerbare Energien ermöglicht VERBUND einen spannenden und interaktiven Physikunterricht für die nächste Generation. Im Rahmen der VERBUND-Stromschule besuchten 2017 mehr als 1.400 Schülerinnen und Schüler das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug. Die Führungen sind für Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Unterrichtsveranstaltungen gratis. Im Bereich der Speicherkraftwerke nutzten rund 2.600 Schülerinnen und Schüler das Angebot für Schulführungen.

Menschenrechte

Grundsätze

VERBUND orientiert sich bei der Beurteilung seiner Verantwortung in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte am DIN-ISO-26000-Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung:

„Menschenrechte sind die grundlegenden Rechte, auf die alle Menschen einen Anspruch haben. Es gibt im Wesentlichen zwei Kategorien von Menschenrechten. Die erste Kategorie umfasst Bürgerrechte und politische Rechte; sie beinhaltet Rechte wie das Recht auf Leben und Freiheit, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die zweite Kategorie bezieht sich auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Sie beinhaltet Rechte wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Nahrung, das Recht auf das jeweils erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, das Recht auf Bildung und das Recht auf soziale Sicherheit.“

Im Zuge der Wesentlichkeitsanalyse hat VERBUND die Aspekte „Gleichbehandlung“ und „Vereinigungsfreiheit“ als wesentliche Menschenrechtsthemen im direkten Einflussbereich identifiziert. Die vorgelagerte Lieferkette wurde 2017 durch eine Hotspot-Analyse auf Risiken hin untersucht.

Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung

Im VERBUND-Verhaltenskodex ist die Gleichbehandlung von allen Menschen – ohne Ansehen von Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion, Kultur, Hautfarbe, Bildung, gesellschaftlicher Herkunft, sexueller Orientierung oder Nationalität festgeschrieben. VERBUND tritt in diesem Zusammenhang jeder Form von Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung entschieden entgegen. Bei der Führungskräfteentwicklung wird besonderes Augenmerk auf die Vermittlung dieser Werte gelegt.

Seit 2011 gibt es bei VERBUND eine Gleichbehandlungsbeauftragte, und im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Diversitäts- und Inklusionsmanagement eingeführt. In diesem Bereich werden alle damit zusammenhängenden Aktivitäten im Konzern gebündelt. Die Entwicklung, Implementierung sowie Umsetzung der Gleichstellungsziele und -maßnahmen wird hier ebenfalls von den verantwortlichen Personen wahrgenommen und dokumentiert.

Die 2016 beschlossene Diversity-und-Inclusion-Strategie ermöglicht VERBUND eine noch strukturiertere Förderung von Diversität. Die Zertifizierung ZukunftVIELFALT® bestätigt die Implementierung eines nachhaltigen Diversity-Management-Systems bei VERBUND.

Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen

In Österreich stellt die Sozialpartnerschaft eine historisch gewachsene Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dar. Sie besteht darin, dass die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertreter gemeinsam wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen vorbereiten und durchführen. Die Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Bedürfnisse ist dabei oberstes Gebot.

Die Kollektivverträge werden durch die Gewerkschaften mit den jeweiligen Arbeitgeberverbänden abgeschlossen. Durch die im Arbeitsrecht festgelegte Außenseiterwirkung unterliegen alle Beschäftigten dem Geltungsbereich der Kollektivverträge – unabhängig davon, ob sie selbst der Gewerkschaft angehören oder nicht. Der Kollektivvertrag hat besondere Wirkungen auf die Arbeitsverhältnisse innerhalb des Geltungsbereichs. Betriebsvereinbarungen und Dienstverträge müssen den Kollektivvertrag beachten und dürfen grundsätzlich keine schlechteren Regelungen treffen. Der Kollektivvertrag regelt unter anderem Mindestgehälter, Arbeitszeiten und Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld). In Betrieben mit fünf oder mehr Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern ist nach den Bestimmungen des österreichischen Arbeitsrechts ein Betriebsrat zu wählen, der die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertritt. Analoges gilt für Deutschland, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Deutschen Tarifwerk unterliegen. Damit gelten vergleichbare Sozialleistungen, aber z. B. nicht das leistungsorientierte Gehaltssystem von VERBUND.

Im Arbeitsrecht sind viele Informations-, Mitwirkungs- bzw. Zustimmungsrechte des Betriebsrats sowie Mindestmitteilungsfristen bezüglich betrieblicher Veränderungen festgelegt. Diese werden bei VERBUND selbstverständlich vollinhaltlich erfüllt.

Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat findet unter anderem in den vierteljährlichen Wirtschaftsgesprächen statt, in denen der Vorstand die Belegschaftsvertretung über die wirtschaftliche Lage, alle personalwirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige aktuelle Entwicklungen im Unternehmen informiert. Im Rahmen dieser Wirtschaftsgespräche können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über den Betriebsrat ihre Vorschläge, Anliegen und Empfehlungen an den Vorstand herantragen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind entsprechend dem Arbeitsverfassungsgesetz in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften über den Betriebsrat vertreten. So sind auch bei VERBUND ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder Belegschaftsvertreter, die in Aufsichtsratssitzungen dem Vorstand gegenüber sitzen und die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Entscheidungen des Aufsichtsrats einbringen können.

Bezüglich weiterer Informationen sowie weiterer Angaben zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie gesellschaftlicher Verantwortung verweisen wir auf den Integrierten Konzerngeschäftsbericht 2017.

Bericht über die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten

Chancen- und Risikomanagement

Schon seit Beginn der Liberalisierung des österreichischen Strommarkts im Geschäftsjahr 2000 ist das Chancen- und Risikomanagement bei VERBUND eigenständiger Bestandteil des umfassenden Steuerungskonzepts. Die VERBUND-Strukturen, -Abläufe und -Produkte wurden im Rahmen des „Unternehmensweiten Risikomanagements“ laufend weiterentwickelt. Schwerpunkt der Tätigkeit des Risikomanagements in den letzten Jahren war insbesondere die Weiterentwicklung der Risk-Return-Betrachtung im Unternehmen. Damit umfassen die Risikomanagementagenden sowohl strategische Entscheidungen, das Projektmanagement sowie die Steuerung der laufenden Geschäftstätigkeit.

Insbesondere aufgrund der – sowohl für die gesamte Energiebranche als auch für VERBUND mit Herausforderungen verbundenen – Energiewende wird das Risikomanagement laufend an die geänderten internen und externen Erfordernisse angepasst. Zudem wird vom VERBUND-Wirtschaftsprüfer jährlich die Funktionsfähigkeit im Vergleich mit den Empfehlungen des Referenzmodells ISO 31000:2009 bestätigt.

Da die Geschäftstätigkeit von VERBUND aufgrund seiner Investitionsstruktur auf einen langen Zeitraum ausgelegt ist, binden diese Aktivitäten hohe Finanzmittel. Die Anlagenverfügbarkeit im Netz stellt dabei einen ganz wesentlichen Faktor dar. VERBUND-Anlagen müssen zudem höchste umwelttechnische Anforderungen erfüllen. Eine erfolgreiche Realisierung von VERBUND-Projekten ist nur aufgrund einer frühzeitigen Einbindung aller Stakeholder, der Einhaltung der regulatorischen Rahmenbedingungen sowie eines effektiven Projektmanagements möglich. Der Betrieb und die Erhaltung dieser über lange Jahre genutzten Vermögenswerte erfordern hochqualifizierte Mitarbeiter.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor in diesem Zusammenhang ist ein gesicherter Zugang zum Kapitalmarkt. Die Republik Österreich als mehrheitlicher Eigentümer von VERBUND sowie die kostengünstige, umweltfreundliche Wasserkrafterzeugung und das regulierte Netz werden von den Ratingagenturen als wesentliche und stabilisierende Elemente hervorgehoben.

Die Entwicklung hin zu steigender Digitalisierung zeigt sich als besondere Herausforderung und gleichzeitig Chance für VERBUND. Im Rahmen der Energiewende sieht sich VERBUND mit Themen wie der möglichen Auktionierung von Leitungskapazitäten an der deutsch-österreichischen Grenze konfrontiert. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit durchgehend gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang dient u. a. das Gaskraftwerk Mellach als wesentliche Stütze zur Stabilisierung des Stromnetzes. Die dezentrale Erzeugung gewinnt zunehmend an Bedeutung, und Themen wie die Elektromobilität stellen neue mögliche Geschäftsfelder für VERBUND dar. Die Stärkung des ETS-Systems durch die Europäische Union führt zu neuen Möglichkeiten, aber auch Erschwernissen. So bewirkt dieser Umbau des europäischen Energiesystems eine maßgebliche Veränderung der nicht direkt beeinflussbaren Risikofaktoren aus den Bereichen Politik, Volkswirtschaft, Energiewirtschaft sowie Soziales. Die zukünftige Energiewelt fordert von den Energieversorgungsunternehmen eine starke Anpassung ihrer Geschäftsmodelle und veränderte Investitionsentscheidungen. Diese könnten hohe Wertanpassungen (d. h. sprunghafte Veränderungen bilanzierter Vermögenswerte bzw. Schulden) zur Folge haben. Die hohe Regulierung sowie die Überkapazitäten in Europa haben die marktwirtschaftlichen Regeln der Preisbildung (Einsatz nach variablen Produktionskosten) außer Kraft gesetzt. Andererseits eröffnen sich mit dem Geschäftsmodell der energienahen Dienstleistungen neue Opportunitäten, aber auch Risiken

für VERBUND. In diesem Zusammenhang sind datenschutzrechtliche Themen wie die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung zusätzlich zu berücksichtigen.

VERBUND – als der führende Stromerzeuger aus regenerativen Quellen – ist nicht beeinflussbaren Wetterereignissen wie Regen und Wind stark ausgeliefert, insbesondere die VERBUND-Speicherkraftwerke und teilweise auch die APG-Höchstspannungsleitungen in hochalpinen Gebieten. Der Klimawandel kann langfristig betrachtet das saisonale wie auch das jährliche Wasser- und Windangebot beeinflussen. Auch geologische Rahmenbedingungen können sich maßgeblich verändern. So können Naturereignisse wie Hochwasser, Sturm oder Lawinen in Zukunft einen ungeplanten Ausfall von Anlagen der Stromerzeugung oder -übertragung verursachen und auch Folgeschäden nach sich ziehen. Die Erzeugung aus Laufkraftwerken unterliegt der saisonal schwankenden Wasserführung der Flüsse und kann nur im geringen Ausmaß gesteuert werden (Schwellbetrieb). Die Speicherkraftwerke werden Netz-optimierend pro Tag, Monat oder Jahr eingesetzt. Als neues Geschäftsmodell haben sich aufgrund der Volatilitäten die auf dem Markt absetzbaren flexiblen Produkte herauskristallisiert. Neue Ertragschancen erwachsen zudem aus der Abdeckung des kurzfristigen Strombedarfs aufgrund der volatilen Erzeugung aus Wind und Photovoltaik: So können Energiemengen zusätzlich erzeugt bzw. in Pumpspeicherkraftwerken „zwischengeparkt“ sowie Netze durch flexible Kraftwerksleistung (Engpassmanagement) stabilisiert werden. Diese flexiblen Ergebnisbeiträge hängen wesentlich von der Häufigkeit und dem absoluten Ausmaß kurzfristiger Preisschwankungen auf den Strommärkten ab. Sie können einen Verfall der Großhandelspreise für Strom jedoch nicht vollständig kompensieren.

Moderne Informations- und Kommunikationssysteme unterstützen verstärkt die Geschäftstätigkeit von VERBUND. Den steigenden Risiken aus dem Cyberbereich für kritische Infrastruktur begegnet VERBUND mit vorbeugenden Sicherheitsstrategien, internen Richtlinien und entsprechend abgesicherten Prozessen. Ein besonders hohes Augenmerk legt VERBUND auf die Sicherheit der Leittechnik bei Kraftwerken und beim Höchstspannungsnetz. Der Schutz der Verwaltungsgebäude von VERBUND und der dezentralen Werke erfolgt durch bauliche Maßnahmen und elektronische Überwachungssysteme.

Dem Kontrahentenrisiko in Form von möglichen Leistungs- und Zahlungsausfällen seiner Geschäftspartner begegnet VERBUND durch ein effektives Finanzmanagement. Unter Wahrung des Vier-Augen-Prinzips werden Kontrahentenlimits zentral vergeben und überwacht. Neben den Geldflüssen aus dem operativen Geschäft verfügt VERBUND über ausreichend hohe Kreditlinien, mit denen sich liquide Mittel kurzfristig bereitstellen lassen. Langfristige Verträge wurden mit Kunden, Lieferanten sowie Miteigentümern und Mitbenutzern einzelner Kraftwerke abgeschlossen. Die geänderten Rahmenbedingungen beeinflussten jedoch die Wirtschaftlichkeit einiger dieser Vereinbarungen, sodass sie entsprechend adaptiert wurden. In mehreren Effizienzsteigerungsprojekten optimierte VERBUND seine internen Strukturen. Dabei kam es zu Schließung von Standorten, einer Beendigung von Abnahme- und Lieferverträgen sowie auch zur Umsetzung sozial verträglicher Personalprogramme. VERBUND bildet in Übereinstimmung mit den internationalen und lokalen Rechnungslegungsstandards (IFRS, UGB) Rückstellungen für vertraglich vereinbarte Aufwendungen aus laufenden Reorganisationsprogrammen, für Pensionen und Abfertigungen sowie für den Zeitraum nach der Stilllegung von Erzeugungsanlagen (z. B. für Abbruchkosten). Eine Abweichung der aktuellen Situation von den Annahmen für die Bildung dieser Rückstellungen kann zu Ergebnisschwankungen führen. Dem möglichen Schlagendwerden gegebener Sicherheiten wird laufend gegengesteuert. Dazu zählen auch mögliche Auswir-

kungen einer Änderung des Ratings der VERBUND AG auf eine noch aufrechte, außerbücherlich geführte Cross-Border-Leasing-Transaktion.

Finanzinstrumente

Zu den originären Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen wie Wertpapiere, Ausleihungen und Beteiligungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, verbriefte und nicht verbriefte Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Derivatgeschäfte dienen grundsätzlich ausschließlich zur wirtschaftlichen Absicherung von bestehenden Währungs- und Zinsänderungsrisiken. Die Wertschwankungen dieser Sicherungsgeschäfte werden durch die Wertschwankungen der gesicherten Geschäfte ausgeglichen. Die Wertveränderungen der Geschäfte, für die kein Hedge Accounting erfolgt, werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Weitere Angaben zur Bilanzierung und Bewertung finden sich im Kapitel IV (2) des Anhangs.

Für das Jahr 2018 sind per 15.2.2018 keine Risiken zu erkennen, die für die VERBUND AG einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken bestandsgefährdende Auswirkungen haben könnten.

Bericht über Zweigniederlassungen

Im Geschäftsjahr gab es keine Zweigniederlassungen.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

nach § 243a Abs. 2 UGB

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die internen Kontroll- und Risikomanagementsysteme für den Rechnungslegungsprozess sind nach § 243a Abs. 2 UGB zu beschreiben. Das Interne Kontrollsystem von VERBUND umfasst sämtliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Zuverlässigkeit, der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit dieses Prozesses sowie zur Einhaltung externer Vorschriften. Der Aufbau des Risikomanagementsystems wird im „Disclosures on Management Approach“ (DMA) und die Risikolage im Kapitel „Chancen- und Risikomanagement“ des Integrierten VERBUND-Geschäftsberichts ausführlich erläutert.

Organisatorischer Rahmen

VERBUND trägt Verantwortung gegenüber zahlreichen Stakeholdern und der Umwelt. Die Konzernführung handelt nach den im Unternehmensleitbild festgelegten Prinzipien. Der Vorstand ist für die Einrichtung und Gestaltung des gesamten Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems verantwortlich, dessen Wirksamkeit vom Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats überwacht wird.

Grundlagen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der umfassende Rechnungslegungsprozess von VERBUND ist durch konzernweite Richtlinien und Vorgaben geregelt. Die Durchführung, die Kontrolle und die Überwachung der Geschäftsvorgänge sind strukturell voneinander getrennt. Dadurch wird sichergestellt, dass kein einzelner Mitarbeiter alle Prozessschritte eines Geschäftsfalls vom Beginn bis zum Ende allein durchführen kann. Eine Prüfung von Berechtigungen ist in die systemtechnische Abwicklung der Geschäfte integriert. Die Einhaltung und die Wirksamkeit dieser Kontrollen werden periodisch überprüft. Auf Basis der Prozesslandkarte von VERBUND werden Geschäftsprozesse und darin enthaltene Risiken sowie Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses systematisch analysiert und dokumentiert. Die Dokumentation der Kontrollen, der Ablauforganisation und der Prozesslandkarte erfolgt regelmäßig im aktualisierten Prozesshandbuch. VERBUND passt seine Organisation laufend an geänderte interne sowie externe Rahmenbedingungen an.

Berichtswesen unter Einhaltung von Unbundling-Bestimmungen

Die VERBUND-Quartalsberichte und der Integrierte VERBUND-Geschäftsbericht vereinen Informationen aus Controlling, Unternehmensrechnung und dem Finanz- und Risikomanagement. Alle Berichte beruhen auf konzernweit einheitlichen Erstellungs- und Bewertungsvorschriften. Der liberalisierte europäische Energiemarkt fordert die Trennung (Unbundling) des Netzes von Erzeugung, Handel und Vertrieb von vormals integrierten Energieversorgungsunternehmen. Die VERBUND-Tochter APG tritt seit 2012 als unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber am Markt auf. Ein externer Gleichbehandlungsbeauftragter überwacht die Einhaltung der vertraglich fixierten Unbundling-Bestimmungen.

Periodische Überwachung

Die Interne Revision prüft die Abwicklung der Geschäftsprozesse sowie das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem. Die einzelnen Prüfungen erfolgen auf Basis des vom VERBUND-Vorstand verabschiedeten Revisionsprogramms und werden um Sonderprüfungen ergänzt. Die Revisionsberichte umfassen Empfehlungen und Maßnahmen. Eine periodische Nachverfolgung stellt die Umsetzung vorgeschlagener Verbesserungen sicher. Als unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber verfügt die APG seit März 2012 über eine eigene Revision.

Aktionärsstruktur und Angaben zum Kapital

Angaben gemäß § 243a Abs. 1 UGB

1. Das eingeforderte und eingezahlte Grundkapital der VERBUND AG setzte sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:
170.233.686 Stückaktien (Inhaberaktien Kategorie A), das sind 49% des Aktienkapitals, und 177.182.000 Stückaktien (Namensaktien Kategorie B), das sind 51% des Aktienkapitals, beurkundet durch einen beim Bundesministerium für Finanzen hinterlegten Zwischenschein zugunsten der Republik Österreich. Zum Bilanzstichtag befanden sich 347.415.686 Aktien in Umlauf. Abgesehen von der unter Punkt 2. beschriebenen Stimmrechtsbeschränkung haben alle Aktien die gleichen Rechte und Pflichten.
2. Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem die Eigentumsverhältnisse an den Unternehmen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft geregelt werden (BGBl. I 1998/143 Art. 2), sowie der darauf basierenden Satzungsbestimmung besteht die folgende Stimmrechtsbeschränkung: „Mit Ausnahme von Gebietskörperschaften und Unternehmungen, an denen Gebietskörperschaften mit mindestens 51% beteiligt sind, ist das Stimmrecht jedes Aktionärs in der Hauptversammlung mit 5% des Grundkapitals beschränkt.“ Weitere Beschränkungen, welche die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind der VERBUND AG nicht bekannt.
3. Die Aktionärsstruktur der VERBUND AG ist wesentlich vom Mehrheitseigentum der Republik Österreich geprägt. 51% des Grundkapitals befinden sich, verfassungsrechtlich verankert, im Eigentum der Republik Österreich. Mehr als 25% des Grundkapitals sind im Eigentum eines Syndikats der Landesenergieunternehmen Wiener Stadtwerke GmbH und EVN AG. Mehr als 5% befinden sich im Eigentum der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG. Weniger als 20% des Grundkapitals sind im Streubesitz.
4. Es gibt keine Aktien mit besonderen Kontrollrechten.
5. Bei VERBUND bestehen keine Mitarbeiterbeteiligungsmodelle.
6. Entsprechend der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ist eine Nominierung zum Vorstand letztmalig vor Vollendung des 65. Lebensjahres möglich. Gemäß dem Österreichischen Corporate Governance Kodex (ÖCGK) ist im Aufsichtsrat ein Nominierungsausschuss eingerichtet, der für den Aufsichtsrat die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorbereitet. Die Regeln des ÖCGK betreffend die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden eingehalten. Darüber hinaus bestehen keine nicht unmittelbar aus dem Gesetz ableitbaren Bestimmungen hinsichtlich der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie bezüglich der Änderung der Satzung.
7. Im Zuge einer Ermächtigung zum Aktienrückenwerb (abgelaufen mit 17.10.2015) hat die Hauptversammlung mit Beschluss vom 17.4.2013 den Vorstand für die Dauer von fünf Jahren (also bis 17.4.2018) auch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine andere Art der Veräußerung eigener Aktien als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot – auch unter Ausschluss des Wiederkaufsrechts (umgekehrtes Bezugsrecht) der Aktionäre – zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen bzw. mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss herabzusetzen. Mangels eigener Aktien ist diese Ermächtigung gegenstandslos. Darüber hinaus bestehen keine Befugnisse des Vorstands i. S. d. § 243a Abs. 1 Z. 7 UGB.

8. Es bestehen keine bedeutenden Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, mit Regelungen, die sich auf den im § 243a Abs. 1 Z. 8 UGB geregelten Sachverhalt beziehen. Im Übrigen ist ein öffentliches Übernahmeangebot aufgrund des Verfassungsgesetzes unwahrscheinlich.

9. Entschädigungsvereinbarungen i. S. d. § 243a Abs. 1 Z. 9 UGB bestehen nicht.

Der konsolidierte Corporate Governance Bericht ist im Integrierten Konzerngeschäftsbericht 2017 auf der VERBUND-Website abrufbar.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick

Gemäß der Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Jänner 2018 soll sich im Euroraum das Wirtschaftswachstum 2018 leicht abschwächen und +2,2% nach +2,4% im Jahr 2017 erreichen. Die Geldpolitik, der voranschreitende Schuldenabbau im öffentlichen und privaten Sektor und die gute Arbeitsmarktlage werden die Wirtschaftsentwicklung in Europa weiterhin stützen. Eine dämpfende Wirkung auf das Exportwachstum wird vom stärkeren Euro erwartet. Der Brexit stellt ein zusätzliches Risiko für die Entwicklung der exportorientierten Wirtschaft innerhalb des Euroraums dar.

Für Deutschland wird 2018 ein Wirtschaftswachstum von +2,3% vorhergesagt (Vergleichswert 2017: +2,5%). Der private Konsum könnte etwas an Dynamik verlieren. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten sich dagegen verstärken. Der akute Bedarf an zusätzlichem Wohnraum und die anziehenden Investitionen der öffentlichen Hand stützen weiterhin die Bautätigkeit.

Österreichs Wirtschaft soll im Jahr 2018 um real 3,0% zulegen (Vergleichswert 2017: +3,0%; Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2017). Die solide Einkommensentwicklung und das hohe Konsumentenvertrauen lassen eine Fortsetzung der positiven Entwicklung des privaten Konsums in Österreich erwarten. Die ausgezeichneten Unternehmenserwartungen und die hohe Kapazitätsauslastung sollen auch in 2018 für ein weiteres kräftiges Wachstum bei den Ausrüstungsinvestitionen sorgen. Auch die Bauinvestitionen werden – wenngleich schwächer als 2017 – neuerlich zulegen. Die Güterexporte könnten 2018 um 5,0% (nach einem Wachstum von +5,5% im Jahr 2017) steigen.

Der Ölmarkt wird durch die Verlängerung des Förderkürzungsabkommens unterstützt. Die Ölproduzenten stimmten am 30.11.2017 einer Verlängerung der Förderbeschränkung bis Ende 2018 zu. Die Vereinbarung zwischen der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und Nicht-OPEC-Mitgliedern unter der Führung Russlands galt ursprünglich bis März 2018. Zudem lässt das ständige Wiederaufflammen von geopolitischen Spannungen die Gefahr neuer Konflikte wachsen.

Das NCG- und das Kohle-Frontjahr verteuerten sich 2017 deutlich. Der Preis am europäischen Gas-handelspunkt NCG folgte den Vorgaben vom Ölmarkt. Mit zunehmender Bedeutung von LNG nimmt die Korrelation zwischen Öl- und Gaspreis wieder zu. Für den starken Anstieg der Kohlepreise waren vor allem politische Eingriffe in China verantwortlich, was die Bedeutung des Landes für den internationalen Kohlehandel unterstreicht. Auch die CO₂-Preise legten kräftig zu. Am 9.11.2017 konnte eine Einigung über eine Reform des EU-ETS erzielt werden.

Der Ausbau der geförderten Stromerzeugung aus neuen erneuerbaren Energieträgern wird sich 2018 fortsetzen, und der Stromverbrauch wird aufgrund steigender Stromeffizienz stagnieren.

Die Grundlastpreise für Stromlieferungen im Marktgebiet Deutschland/Österreich im kommenden Jahr (Frontjahr-Base) notierten mit 32,4 €/MWh im Durchschnitt des Jahres 2017 um 21,8% über jenen des Vorjahres. Frontjahr-Peak verteuerte sich im Jahr 2017 um 20,9% auf 40,5 €/MWh.

Im Rahmen der Diskussion um eine mögliche Trennung der deutsch-österreichischen Preiszone kam es zwischen den beiden Energieregulatoren – der deutschen Bundesnetzagentur und der österreichischen E-Control – im Mai 2017 zu einer bilateralen Kompromisslösung: Der derzeit unbegrenzte Handel am deutsch-österreichischen Strommarkt soll mit 1.10.2018 auf 4,9 GW (Net Transfer Capacity, NTC) beschränkt werden. Ob es tatsächlich zur Trennung der deutsch-österreichischen Preiszone kommt, ist noch nicht final entschieden. Die europäischen Prozesse – vor allem der Bidding-Zone-Review-Prozess – laufen voraussichtlich noch bis Ende März 2018.

Die EEX hat aufgrund der Pläne, den deutsch-österreichischen Strommarkt trennen zu wollen, im Lauf des Jahres 2017 Futures für das Liefergebiet Deutschland und das Liefergebiet Österreich aufgelegt. Ungeachtet der Maßnahmen zur Bekämpfung der Trennung der Preiszone hat VERBUND vorsorglich Vorbereitungen für eine eventuelle Preiszonentrennung (durch eine Anpassung der Handelssysteme, eine Anpassung der Verträge/der Beschaffung, die Vorbereitung von Systemen und Ressourcen für den Grenzhandel) getroffen.

Als kostengünstiger, umweltfreundlicher Grünstromanbieter mit Flexibilitätsprodukten auf Basis eines flexibel einsetzbaren Kraftwerksparks mit Pumpspeicherkraftwerken und dem GDK Mellach sieht sich VERBUND - unter den durch die Energiewende grundlegend veränderten Rahmenbedingungen - bestens aufgestellt. Die Bedeutung des flexibel einsetzbaren Kraftwerksparks von VERBUND steigt. Als Inhaber und Betreiber eines der technisch führenden Übertragungsnetze in Europa nimmt die 100-%-Tochter APG eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit ein. Mit seinen innovativen Produkten und Dienstleistungen bietet VERBUND seinen Kunden schon heute Lösungen für die Energiezukunft.

Die rechtzeitig, konsequent umgesetzten Maßnahmen im Zuge der Restrukturierungsprogramme der letzten Jahre stärken die Widerstandsfähigkeit unseres Unternehmens, sodass VERBUND den weiteren Entwicklungen im Energiesektor mit Zuversicht entgegenblicken kann.

Investitionsplan 2018 bis 2020

Der aktualisierte Investitionsplan von VERBUND für den Zeitraum 2018 bis 2020 sieht 1.123 Mio. € an Investitionen vor. Davon entfallen rund 528 Mio. € auf Wachstumsinvestitionen und rund 596 Mio. € auf Instandhaltungen. Der Großteil der Wachstumsinvestitionen fließt in den Ausbau des regulierten österreichischen Hochspannungsnetzes (rund 338 Mio. €). Zudem investiert VERBUND vor allem in ausgewählte Wasserkraftwerksprojekte sowie in die Effizienzsteigerung bestehender Kraftwerksanlagen. Zu nennen ist hier insbesondere das Laufwasserkraftwerk Töging in Deutschland. Die Investitionen betreffen die VERBUND-Heimmärkte Österreich und Deutschland. Im Geschäftsjahr 2018 plant VERBUND, insgesamt rund 357 Mio. € zu investieren – davon rund 149 Mio. € in Wachstum und rund 208 Mio. € in Instandhaltungen.

Ergebnisausblick 2018

Die Entwicklung des VERBUND-Ergebnisses hängt maßgeblich von folgenden Faktoren ab: den Großhandelspreisen für Strom, der Eigenerzeugung aus Wasserkraft und Windkraft, dem Ergebnisbeitrag der Flexibilitätsprodukte und der weiteren energiewirtschaftlichen Entwicklung.

Zum 31.12.2017 waren bereits rund 73% der geplanten Eigenerzeugung für das Jahr 2018 kontrahiert. Der erzielte Preis lag rund 3,5 €/MWh unter dem im Jahr 2017 erzielten Absatzpreis. Für die noch nicht abgesicherten Mengen kalkuliert VERBUND mit den aktuellen Marktpreisen.

Auf Basis der Vorschau zu Jahresbeginn erwartet die VERBUND AG für das Geschäftsjahr 2018 ein klar positives Ergebnis vor Steuern.

Wien, am 15.2.2018

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber
Vorsitzender des Vorstands

Dr. Johann Sereinig
Vorsitzender-Stv. des Vorstands

Dipl.-Ing. Dr. Günther Rabensteiner
Mitglied des Vorstands

Dr. Peter F. Kollmann
Mitglied des Vorstands

Bilanz

AKTIVA		in Tsd. €	
	Erläuterung im Anhang	2016	2017
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)	19.940,3	32.673,0
II. Sachanlagen		22.903,8	22.811,3
III. Finanzanlagen	(2)	4.828.474,3	4.328.802,0
		4.871.318,4	4.384.286,2
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(3)	94,9	36,4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(4)	296.577,7	71.017,9
davon mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		0,0	0,0
III. Kassenbestand	(5)	16,1	16,3
		296.688,8	71.070,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
D. Aktive latente Steuern	(6)	76.827,0	72.468,0
	(7)	228.928,6	162.883,4
		5.473.762,8	4.690.708,2
Rückgriffsrechte			
	(8)	991.226,2	866.579,0
ab Rückhaftungen Cross Border Leasing		-462.748,8	-390.937,2
		528.477,3	475.641,8
PASSIVA		in Tsd. €	
	Erläuterung im Anhang	2016	2017
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital	(9)	347.415,7	347.415,7
II. Kapitalrücklagen	(10)	971.720,3	971.720,3
III. Gewinnrücklagen	(11)	1.045.294,4	732.300,7
IV. Bilanzgewinn	(12)	100.750,5	145.914,6
davon Gewinnvortrag		0,0	0,0
		2.465.181,0	2.197.351,3
B. Rückstellungen			
C. Verbindlichkeiten			
	(13)	372.744,1	201.332,2
	(14)	2.634.507,4	2.290.742,8
davon mit Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		584.298,3	435.759,1
davon mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		2.050.209,1	1.854.983,7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	(15)	1.330,3	1.281,9
		5.473.762,8	4.690.708,2
Eventualverbindlichkeiten			
	(16)	991.226,2	866.579,0
ab Rückhaftungen Cross Border Leasing		-462.748,8	-390.937,2
		528.477,3	475.641,8

Gewinn- und Verlustrechnung

		in Tsd. €	
	Erläuterung im Anhang	2016	2017
1. Umsatzerlöse	(17)	420.886,4	281.990,7
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen		- 14,4	0,0
3. Sonstige betriebliche Erträge	(18)	516,1	368,9
4. Betriebsleistung (Zwischensumme aus Z. 1 bis 3)		421.388,1	282.359,6
5. Aufwendungen für Strom-/Gas-/Netz-/ Emissionszertifikatebezug und sonstige bezogene Herstellungs- und Dienstleistungen		- 331.111,5	- 184.151,2
6. Personalaufwand	(19)	- 25.757,7	- 23.702,1
7. Abschreibungen	(20)	- 1.861,3	- 1.727,3
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(21)	- 35.085,5	- 33.976,2
9. Betriebserfolg (Zwischensumme aus Z. 4 bis 8)		27.572,0	38.802,9
10. Erträge aus Beteiligungen		437.913,3	382.592,5
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		51.441,3	39.881,9
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.889,1	2.781,9
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen		8.432,7	28.453,9
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen		- 172.493,0	- 526.037,5
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		- 89.750,1	- 80.225,9
16. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z. 10 bis 15)	(22)	239.433,3	- 152.553,2
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z. 9 und Z. 16)		267.005,3	- 113.750,4
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(23)	5.501,5	- 53.328,8
19. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		272.506,8	- 167.079,2
20. Auflösung von Gewinnrücklagen		0,0	312.993,7
21. Zuweisung zu Gewinnrücklagen		- 171.756,3	0,0
22. Bilanzgewinn		100.750,5	145.914,6

Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand 1.1.2017	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Gewerbliche Schutzrechte, Strombezugsrechte, Benützungsentgelte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	340.102,9	13.075,1	169,3	0,0
	340.102,9	13.075,1	169,3	0,0
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund				
a. mit Wohngebäuden	77,6	0,0	0,0	0,0
b. mit Betriebsgebäuden und anderen Baulichkeiten	27.071,9	291,9	0,0	0,0
2. Elektrische Anlagen	5.883,8	291,6	65,8	0,0
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.957,3	709,7	311,6	0,0
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,0	20,5	0,0	0,0
	52.990,5	1.313,7	377,5	0,0
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	393.093,4	14.388,8	546,8	0,0
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.580.279,8	1.675,2	2.981,5	2.975,0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.471.551,2	390.000,0	404.462,7	0,0
3. Beteiligungen	287.122,5	0,0	1.484,6	-2.975,0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	45.000,0	20.000,0	0,0	0,0
5. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	8.384,8	0,0	0,0	0,0
6. Sonstige Ausleihungen	59.032,8	0,0	3.869,6	0,0
	5.451.371,1	411.675,2	412.798,4	0,0
Anlagevermögen	5.844.464,5	426.064,0	413.345,2	0,0

in Tsd. €				
Stand 31.12.2017	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2017	Restbuchwert 31.12.2017	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2016	Restbuchwert 31.12.2016
353.008,6	320.335,6	32.673,0	320.162,5	19.940,3
353.008,6	320.335,6	32.673,0	320.162,5	19.940,3
77,6	77,6	0,0	77,4	0,2
27.363,9	18.700,6	8.663,3	18.295,7	8.776,2
6.109,5	3.579,5	2.530,0	3.250,6	2.633,1
20.355,3	8.757,8	11.597,5	8.463,0	11.494,3
20,5	0,0	20,5	0,0	0,0
53.926,8	31.115,5	22.811,3	30.086,7	22.903,8
406.935,4	351.451,1	55.484,3	350.249,3	42.844,1
3.581.948,5	1.109.006,6	2.472.941,8	595.050,0	2.985.229,8
1.457.088,5	0,0	1.457.088,5	0,0	1.471.551,2
282.663,0	12.168,9	270.494,1	27.451,5	259.671,0
65.000,0	0,0	65.000,0	0,0	45.000,0
8.384,8	270,4	8.114,3	395,3	7.989,4
55.163,2	0,0	55.163,2	0,0	59.032,8
5.450.247,9	1.121.445,9	4.328.802,0	622.896,9	4.828.474,3
5.857.183,3	1.472.897,0	4.384.286,2	973.146,1	4.871.318,4

Entwicklung der Abschreibungen des Anlagevermögens

	Kumulierte Abschreibungen 1.1.2017	Zugänge aus planmäßigen Abschreibungen
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Gewerbliche Schutzrechte, Strombezugsrechte, Benützungsentgelte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	320.162,5	333,8
	320.162,5	333,8
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund		
a. mit Wohngebäuden	77,4	0,2
b. mit Betriebsgebäuden und anderen Baulichkeiten	18.295,7	404,9
2. Elektrische Anlagen	3.250,6	394,3
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.463,0	594,2
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,0	0,0
	30.086,7	1.393,6
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	350.249,3	1.727,3
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	595.050,0	0,0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,0	0,0
3. Beteiligungen	27.451,5	0,0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0
5. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	395,3	0,0
6. Sonstige Ausleihungen	0,0	0,0
	622.896,9	0,0
Anlagevermögen	973.146,1	1.727,3

					in Tsd. €
Zugänge aus außerplanmäßigen Abschreibungen	Abgänge	Zuschreibungen	Umbuchungen		Kumulierte Abschreibungen 31.12.2017
0,0	160,7	0,0	0,0		320.335,6
0,0	160,7	0,0	0,0		320.335,6
0,0	0,0	0,0	0,0		77,6
0,0	0,0	0,0	0,0		18.700,6
0,0	65,4	0,0	0,0		3.579,5
0,0	299,4	0,0	0,0		8.757,8
0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
0,0	364,8	0,0	0,0		31.115,5
0,0	525,5	0,0	0,0		351.451,1
526.037,5	0,0	12.080,9	0,0		1.109.006,6
0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
0,0	0,0	15.282,7	0,0		12.168,9
	0,0				
0,0		0,0	0,0		0,0
0,0	0,0	124,9	0,0		270,4
0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
526.037,5	0,0	27.488,4	0,0		1.121.445,9
526.037,5	525,5	27.488,4	0,0		1.472.897,0

Fristigkeitspiegel 2017

	in Tsd. €			
	bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	Restlaufzeit zum 31.12.2017 mehr als 5 Jahre	Summe
Ausleihungen				
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	378.628,9	350.405,4	728.054,2	1.457.088,5
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	65.000,0	0,0	65.000,0
3. Sonstige Ausleihungen	3.536,7	51.625,1	1,3	55.163,2
	382.165,7	467.030,5	728.055,5	1.577.251,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	31.785,9	0,0	0,0	31.785,9
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	25.035,6	0,0	0,0	25.035,6
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.671,3	0,0	0,0	13.671,3
4. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	525,2	0,0	0,0	525,2
	71.017,9	0,0	0,0	71.017,9
Verbindlichkeiten				
1. Anleihen	26.699,2	887.339,4	627.823,0	1.541.861,5
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	192.429,4	157.372,1	182.445,8	532.247,3
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	41.367,0	3,5	0,0	41.370,5
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	171.329,6	0,0	0,0	171.329,6
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.934,0	0,0	0,0	3.934,0
	435.759,1	1.044.714,9	810.268,8	2.290.742,8

Fristigkeitspiegel 2016

in Tsd. €

	bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	Restlaufzeit zum 31.12.2016 mehr als 5 Jahre	Summe
Ausleihungen				
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	382.062,7	497.876,8	591.611,7	1.471.551,2
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	45.000,0	0,0	45.000,0
3. Sonstige Ausleihungen	3.869,0	14.037,3	41.126,4	59.032,8
	385.931,8	556.914,1	632.738,2	1.575.584,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.763,3	0,0	0,0	12.763,3
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	250.264,9	0,0	0,0	250.264,9
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	33.053,4	0,0	0,0	33.053,4
4. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	496,1	0,0	0,0	496,1
	296.577,7	0,0	0,0	296.577,7
Verbindlichkeiten				
1. Anleihen	41.257,7	892.988,5	627.823,0	1.562.069,1
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	288.674,0	313.543,4	215.811,7	818.029,1
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.387,4	3,5	39,0	15.429,9
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	233.312,2	0,0	0,0	233.312,2
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5.667,0	0,0	0,0	5.667,0
	584.298,3	1.206.535,4	843.673,7	2.634.507,4

Anhang zum
Jahresabschluss

Anhang – Erläuterungen

I. Allgemeine Erläuterungen

Der vorliegende Jahresabschluss wurde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) in der geltenden Fassung erstellt.

Im Interesse einer klaren Darstellung werden in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten sind im Anhang gesondert erläutert. Der Ausweis der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Form und Inhalt entsprechend den konzerneinheitlichen Erfordernissen von VERBUND vorgenommen.

Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr einen Betrag aufwiesen, wurden gemäß § 223 Abs. 7 UGB nicht angeführt. Die Postenbezeichnungen wurden gemäß § 223 Abs. 4 UGB auf die tatsächlichen Inhalte verkürzt bzw. erweitert, soweit dies zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses zweckmäßig erschien.

Werden im Vergleich zum Vorjahr Änderungen im Ausweis vorgenommen oder sind die Vorjahresbeträge nicht vergleichbar, so werden die Vorjahresbeträge gemäß § 223 Abs. 2 UGB angepasst und in der entsprechenden Position erläutert.

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten, dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen. Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Anlagevermögen

Die Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen.

Bei Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen, die im Wirtschaftsjahr länger als sechs Monate genutzt werden, erfolgt die Abschreibung mit einer vollen Jahresrate, bei solchen, die kürzer als sechs Monate genutzt werden, mit einer halben Jahresrate.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bewertet und – soweit abnutzbar – entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

In den Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene mittelbar zurechenbare Material- und Fertigungsgemeinkosten aktiviert. Auf die Ausübung des Bewertungswahlrechts hinsichtlich Einbeziehung der sozialen Aufwendungen, Abfertigungen und betrieblichen Altersversorgung im Sinne des § 203 Abs. 3 UGB sowie die Aktivierung der Fremdkapitalzinsen (§ 203 Abs. 4 UGB) wird verzichtet. Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Folgejahr als Anlagenabgang dargestellt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. mit den ihnen beizulegenden niedrigeren Werten angesetzt. Wertpapiere und Wertrechte des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten bzw. mit den ihnen beizulegenden niedrigeren Zeitwerten bewertet.

Verzinsliche Ausleihungen werden mit ihrem Nennwert bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden als Ausleihungen im Finanzanlagevermögen ausgewiesen.

Für die unterlassenen Zuschreibungen aus Vorjahren wurde im Jahr 2016 steuerrechtlich eine Zuschreibungsrücklage gemäß § 124b Z. 270 lit. a Einkommensteuergesetz (EStG) gebildet, die gemäß § 906 Abs. 32 UGB in der Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert wird.

Der Katalog über die einheitlichen Abschreibungssätze bei VERBUND sieht im Wesentlichen folgende Abschreibungssätze vor:

	Abschreibungssatz in %	Nutzungsdauer in Jahren
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Rechte an Telekomanlagen	10	10
Rechte an Softwareprodukten	25	4
Sonstige Rechte	5	20
Bauten		
Wohn- und Geschäftsgebäude	2 bzw. 3	33,3 bzw. 50
Betriebsgebäude	3	33,3
Technische Anlagen und Maschinen		
Maschinelle Anlagen	4 bzw. 5	20 bzw. 25
Elektrische Anlagen	5	20
Telekomanlagen	10	10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10–25	4–10

Noch nicht abrechenbare Leistungen sind zu Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die Material- und Fertigungseinzelkosten sowie angemessene mittelbar zurechenbare Material- und Fertigungsgemeinkosten. Auf die Ausübung des Bewertungswahlrechts hinsichtlich der Einbeziehung von sozialen Aufwendungen sowie Fremdkapitalzinsen (§ 203 Abs. 3 und 4 UGB) wird verzichtet.

Die Bewertung der nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren erfassten Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet, soweit nicht im Falle erkennbarer Einzelrisiken ein niedrigerer Zeitwert anzusetzen ist. Forderungen in Fremdwährungen sind mit dem Devisenmittelkurs zum Zeitpunkt ihres Entstehens bzw. zum niedrigeren Devisenreferenzkurs der Europäischen Zentralbank (EZB) des Bilanzstichtags (sofern nicht anderweitig kursgesichert) bewertet.

Auf Fremdwährung lautende Guthaben bei Kreditinstituten sind ebenso mit dem Devisenreferenzkurs der EZB unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Umlaufvermögen

Aktive latente Steuern

Soweit in Folgejahren Steuerentlastungen zu erwarten sind, werden gemäß § 198 Abs. 9 UGB seit dem Geschäftsjahr 2004 Abgrenzungsposten für latente Steuern auf der Aktivseite der Bilanz gebildet, wobei die auf die Gruppenmitglieder entfallenden Steuerlatenzen entsprechend den Steuerumlagen beim laufenden Ergebnis in deren Bilanz ausgewiesen sind. Vom Wahlrecht zur Bildung einer Steuerlatenz auf Verlustvorträge wird ab dem Geschäftsjahr 2016 Gebrauch gemacht.

Dieser Abgrenzungsposten resultiert aus Unterschieden zwischen der Unternehmens- und Steuerbilanz bei Posten, deren Aufwandsbelastung erst in Zukunft steuerlich verrechenbar sein wird.

Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, die einem bereits abgeschlossenen Geschäftsjahr zuzuordnen sind, und umfassen jene Beträge, die nach bestmöglicher Schätzung des Erfüllungsbetrags notwendig waren. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit einem marktüblichen Zinssatz abgezinst.

Die Rückstellungen für Abfertigungen sind unter Zugrundelegung der in der internationalen Rechnungslegung üblichen Projected-Unit-Credit-Methode im vollen versicherungsmathematischen Ausmaß dotiert. Der Ansparzeitraum bei den Abfertigungsrückstellungen beträgt 25 Jahre. Für alle nach dem 31.12.2002 beginnenden Arbeitsverhältnisse besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers auf gesetzliche Abfertigung gegen den Arbeitgeber. Für diese Arbeitsverträge zahlt der Arbeitgeber monatlich 1,53% des Entgelts in eine Mitarbeitervorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt werden. Über die gesetzlichen Ansprüche hinausgehende Bestimmungen des EVU-Kollektivvertrags werden in den Rückstellungen für Abfertigungen berücksichtigt.

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen und Verträgen besteht die Verpflichtung, an Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Diesen leistungsorientierten Verpflichtungen steht teilweise für diesen Zweck gebundenes Pensionskassenvermögen der APK Pensionskasse AG gegenüber. Die gemäß der in der internationalen Rechnungslegung üblichen Projected-Unit-Credit-Methode ermittelte Rückstellung wird mit dem Pensionskassenvermögen saldiert ausgewiesen. Soweit diese leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen durch die APK Pensionskasse AG zu erfüllen sind, besteht eine Nachschussverpflichtung vonseiten des Arbeitgebers.

Die Rückstellungen für laufende Pensionen, Anwartschaften auf Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen werden nach der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Der Zinsaufwand wird, wie international üblich, im Finanzergebnis ausgewiesen.

Als Rechnungsgrundlagen werden die „AVÖ 2008-P - Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung - Pagler & Pagler“ herangezogen.

Den Berechnungen zum 31.12.2017 und 2016 liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

	in %	
	2016	2017
Zinssatz:		
Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen	1,50 bzw. 1,75	1,50 bzw. 1,75
Abfertigungen	1,50	1,50
Trend:		
Pensionssteigerungen	1,75	1,75
Gehaltssteigerungen	1,75	1,75
Zuschusszahlungen zu pensionsähnlichen Verpflichtungen – Altverträge	6,50	6,50
Zuschusszahlungen zu pensionsähnlichen Verpflichtungen – Neuverträge	4,00	4,00
Fluktuation	0,00–3,30	0,00–3,30
Pensionsalter Frauen	56,5–65 J.	56,5–65 J.
Pensionsalter Männer	61,5–65 J.	61,5–65 J.
Erwartete langfristige Verzinsung des Fondsvermögens	1,50	1,50

Für die erwartete Rendite des Planvermögens wird derselbe Zinssatz herangezogen, der für die Berechnung der dazugehörigen Rückstellung verwendet wird. Die Abzinsungssätze werden sowohl entsprechend den Restlaufzeiten der Verpflichtungen als auch äquivalent zu dem darin enthaltenen Bestand (Aktive und Pensionisten) differenziert.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden zum Devisenreferenzkurs der EZB des Bilanzstichtags – sofern dieser über dem Entstehungskurs liegt – bewertet.

Verbindlichkeiten aus Fremdwährungsanleihen und -krediten werden zu dem am Bilanzstichtag gültigen Devisenreferenzkurs der EZB bewertet, sofern dieser über dem Entstehungskurs liegt. Das Ergebnis dieser Bewertung wird unter den entsprechenden Verbindlichkeiten ausgewiesen. Disagios bzw. Geldbeschaffungskosten und Bereitstellungsprovisionen wurden in den Geschäftsjahren 1994 und 2014 aktiviert und werden planmäßig getilgt. Die im Zuge der Verschmelzung der VERBUND International Finance GmbH im Geschäftsjahr 2014 übernommenen Disagios und Geldbeschaffungskosten werden bei den Finanzverbindlichkeiten ausgewiesen und getilgt.

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten wird ab dem Jahr 2016 steuerrechtlich eine Zuschreibungsrücklage gemäß § 124b Z. 270 lit. a EStG gebildet, die gemäß § 906 Abs. 32 UGB in der Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen wird.

Bei einzelnen externen Finanzierungen wurden zur Absicherung des Zahlungsstroms Zinsswaps (variabel auf fix) abgeschlossen. Für konzerninterne Absicherungen von Zahlungsströmen und Wertansätzen wurden ebenfalls einzelne Zinsswaps vereinbart (variabel auf fix).

Verbindlichkeiten

**Rechnungs-
abgrenzungsposten**

**Derivative
Finanzinstrumente**

Steuern vom Einkommen

Die VERBUND AG ist Gruppenträger im Sinne des § 9 Abs. 8 KStG 1988.

Vom Gruppenträger werden an die Gruppenmitglieder die von diesen verursachten Körperschaftsteuerbeträge mittels Steuerumlagen belastet (Steuerumlagesatz 25 %) bzw. im Verlustfall gutgeschrieben (Steuerumlagesatz im Ausmaß von 25 %, 20 % bzw. 15 % abhängig vom voraussichtlichen Zeitpunkt zukünftiger Gewinne des Gruppenmitglieds). Durch die Verrechnung von Steuerumlagen erfolgt eine Kürzung bzw. Erhöhung des Steueraufwands in der Gewinn- und Verlustrechnung des Gruppenträgers. Bei nachträglichen Abweichungen werden die Steuerverrechnungen gegenüber den Gruppenmitgliedern nur bei Wesentlichkeit angepasst.

III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erläuterungen zu Aktiva

A. Anlagevermögen

Details siehe gesonderte Aufstellung „Entwicklung des Anlagevermögens“. Der Grundwert der Grundstücke beträgt 3.340,7 Tsd. € (Vorjahr: 3.340,7 Tsd. €).

(1) I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Restbuchwert der von verbundenen Unternehmen erworbenen Benützungrechte an Anlagen beträgt 572,9 Tsd. € (Vorjahr: 859,3 Tsd. €).

(2) III. Finanzanlagen

Die Angaben gemäß § 238 Abs. 1 Z. 4 UGB sind in einer gesonderten Aufstellung „Angaben zu den Beteiligungen gemäß § 238 Abs. 1 Z. 4 UGB“ dargestellt.

Die Entwicklung und Struktur der Beteiligungen, Ausleihungen und der Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens ist der gesonderten Anlage „Entwicklung des Anlagevermögens“ zu entnehmen.

Ausleihungen Details siehe gesonderte Aufstellung „Fristigkeitspiegel“.

Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens Diese bestehen überwiegend aus österreichischen Investmentfondsanteilen und Anleihen. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind in Höhe von 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €) verpfändet.

B. Umlaufvermögen

(3) I. Vorräte

	in Tsd. €	
	2016	2017
Handelswaren	94,9	36,4

(4) II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Details siehe gesonderte Aufstellung „Fristigkeitspiegel“. In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 349,4 Tsd. € (Vorjahr: 26,5 Tsd. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 24.686,2 Tsd. € (Vorjahr: 250.238,5 Tsd. €) sonstige Forderungen. In den Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen 13.590,8 Tsd. € (Vorjahr: 12.961,9 Tsd. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 80,4 Tsd. € (Vorjahr: 20.091,5 Tsd. €) sonstige Forderungen.

	in Tsd. €	
	2016	2017
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	2016	2017
Zinsabgrenzungen und Provisionen aus Anleihen und Darlehen	419,7	393,3
Finanzämter	7,4	16,4
Personalverrechnung	4,2	4,3
Geleistete Anzahlungen	1,9	1,9
Sonstige	63,0	109,3
	496,1	525,2

	in Tsd. €	
	2016	2017
(5) III. Kassenbestand		
Kassenbestand	16,1	16,3

	in Tsd. €	
	2016	2017
(6) C. Rechnungsabgrenzungsposten		
Strombezugsakontierungen	23.695,5	21.963,1
Disagio, Begebungs- und Bereitstellungskosten bei Anleihen und langfristigen Krediten	7.463,2	6.540,7
Sonstige	45.668,4	43.964,3
	76.827,0	72.468,0

	in Tsd. €	
	2016	2017
(7) D. Aktive latente Steuern		
Sozialkapital	6.918,5	6.236,0
Wertansätze Sachanlagevermögen	3,6	-5,5
Steuerliche Sonderabschreibungen	-281,4	-273,6
Sonstige	222.287,9	156.926,4
Latente Steuererstattungsansprüche (+) bzw. Steuerschulden (-) saldiert	228.928,6	162.883,4

Die aktive Steuerlatenz resultiert aus Unterschieden zwischen den unternehmensrechtlichen und steuerlichen Ergebnissen bei Posten, deren Aufwandsbe- oder -entlastung erst in Zukunft steuerlich verrechenbar sein wird. Der Berechnung wurde ein Steuersatz von 25% zugrunde gelegt.

Die sonstigen Steuerlatenzen betreffen Unterschiede im unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Ansatz bei Geldbeschaffungskosten, langfristigen Rückstellungen und im Beteiligungsbereich.

(8) Rückgriffsrechte

Die Rückgriffsrechte betragen insgesamt 866.579,0 Tsd. € (Vorjahr: 991.226,2 Tsd. €). Neben den Rückgriffsrechten gegenüber Konzernunternehmen bestehen vorwiegend Rückgriffsrechte gegenüber Finanzinstituten, Landesgesellschaften und Gebietskörperschaften aus den bei der VERBUND Hydro Power GmbH abgeschlossenen Cross-Border-Leasing-Transaktionen in Höhe von 390.937,2 Tsd. € (Vorjahr: 462.748,8 Tsd. €). Siehe auch Erläuterungen (16) Eventualverbindlichkeiten.

**Erläuterungen
zu Passiva**

A. Eigenkapital

(9) I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital

Zum Bilanzstichtag befinden sich 347.415.686 Aktien im Umlauf.

Zusammensetzung	Stück	Anteil
Inhaberaktien Kategorie A	170.233.686	49 %
Namensaktien Kategorie B	177.182.000	51 %
beurkundet durch Zwischenschein zugunsten der Republik Österreich (hinterlegt beim Bundesministerium für Finanzen)		
	347.415.686	100 %

Im Zuge einer Ermächtigung zum Aktienrückenwerb (abgelaufen mit 17.10.2015) hat die Hauptversammlung mit Beschluss vom 17.4.2013 den Vorstand für die Dauer von fünf Jahren (also bis 17.4.2018) auch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine andere Art der Veräußerung eigener Aktien als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot – auch unter Ausschluss des Wiederkaufsrechts (umgekehrtes Bezugsrecht) der Aktionäre – zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen bzw. mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss herabzusetzen. Mangels eigener Aktien ist diese Ermächtigung gegenstandslos.

Es bestehen keine wechselseitigen Beteiligungen gemäß § 241 Z. 6 UGB.

(10) II. Kapitalrücklagen

Die Kapitalrücklagen bestehen zur Gänze aus gebundenen Kapitalrücklagen. Die gebundenen Kapitalrücklagen und die gesetzliche Gewinnrücklage ergeben in Summe 991.604,3 Tsd. €, das sind mehr als 10% des Grundkapitals.

(11) III. Gewinnrücklagen

	in Tsd. €	
	2016	2017
Gesetzliche Rücklage	19.884,0	19.884,0
Freie Rücklagen	1.025.410,5	712.416,7
	1.045.294,4	732.300,7

(12) IV. Bilanzgewinn

	in Tsd. €
Zum 31.12.2016	100.750,5
Ausschüttung	– 100.750,5
Gewinnvortrag	0,0
Jahresfehlbetrag	– 167.079,2
Rücklagenveränderungen	312.993,7
Zum 31.12.2017	145.914,6

(13) B. Rückstellungen**1. Rückstellungen für Abfertigungen**

in Tsd. €

	2016	2017
Deckungskapital aufgrund versicherungsmathematischer Berechnung	9.335,3	8.322,3
Versteuerter Teil der Rückstellungen	9.335,3	8.322,3

Im Jahr 2002 wurde die Rückstellung gemäß § 14 EStG auf eine als versteuert geltende Rücklage steuerfrei übertragen (§ 124b Z. 68 EStG).

2. Rückstellungen für Pensionen

in Tsd. €

	2016	2017
Pensionsrückstellung	31.403,1	29.654,4
davon pensionsähnliche Verpflichtungen	6.572,3	6.472,1

3. Steuerrückstellungen

in Tsd. €

	2016	2017
Körperschaftsteuer (inklusive Vorperioden)	46.960,7	93.333,6
Sonstige Steuerrückstellungen	1.186,1	956,4
	48.146,8	94.290,0

4. Sonstige Rückstellungen

in Tsd. €

	2016	2017
Noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen	1.456,8	2.640,9
Sonstige	273.310,5	57.895,7
	274.767,3	60.536,6

In den Rückstellungen betreffen 57.895,7 Tsd. € (Vorjahr: 273.310,5 Tsd. €) verbundene Unternehmen aufgrund der Ausstattungsverpflichtung der VERBUND AG im Zusammenhang mit der Abwicklung der Liquidation der VERBUND Thermal Power GmbH & Co KG in Liqu.

	2016	2017
Sonstige personalbezogene Rückstellungen		
Prämien	4.092,3	3.940,9
Nicht konsumierte Urlaube	2.990,7	2.767,6
Urlaubszuschüsse	704,9	616,6
Sterbegeld	505,6	507,2
Vorpensionen	291,0	165,5
Zeitguthaben	106,4	98,8
Sonstige	400,7	432,2
	9.091,6	8.528,8

(14) C. Verbindlichkeiten

Details siehe gesonderte Aufstellung „Fristigkeitspiegel“

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 170.016,0 Tsd. € (Vorjahr: 231.758,6 Tsd. €) Finanzverbindlichkeiten sowie 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

	in Tsd. €	
Sonstige Verbindlichkeiten	2016	2017
Aus Steuern	1.161,1	1.959,9
Personalverrechnung	203,1	338,7
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	297,8	288,0
Aus Finanzierungsbeiträgen	1.601,7	243,4
Sonstige	2.403,3	1.104,0
	5.667,0	3.934,0

(15) D. Rechnungsabgrenzungsposten

	in Tsd. €	
(15) D. Rechnungsabgrenzungsposten	2016	2017
Baukostenbeiträge	701,7	666,6
Zuschreibungsrücklage	508,5	508,5
Aus dem Stromgeschäft	106,7	93,4
Sonstige	13,4	13,4
	1.330,3	1.281,9

In den Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €) verbundene Unternehmen.

(16) Eventualverbindlichkeiten

Bei den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Patronatserklärungen und Haftungen für Tochtergesellschaften im Rahmen der zentralen Finanzierung durch die VERBUND AG sowie um sonstige Haftungsübernahmen exklusive der Eventualverbindlichkeiten in Zusammenhang mit Cross-Border-Leasing-Transaktionen in Höhe von insgesamt 27.924,0 Tsd. € (Vorjahr: 33.873,9 Tsd. €). Von diesen betreffen 27.920,5 Tsd. € (Vorjahr: 28.617,4 Tsd. €) verbundene Unternehmen und 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 1.725,0 Tsd. €) Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die Tochtergesellschaft VERBUND Hydro Power GmbH hat in den Geschäftsjahren 1999 bis 2001 mehrere Cross-Border-Leasing-Transaktionen abgeschlossen. Die in der Bilanz der VERBUND Hydro Power GmbH ausgewiesenen Werte notieren zur Gänze in USD. Bei allen Transaktionen ist eine vollständige bilanzielle Deckung der Verpflichtungen durch die entsprechende Anschaffung von Wertpapieren oder durch Ausleihungen an Finanzinstitutionen gegeben.

Beginnend im Jahr 2009 und in der Berichtsperiode 2010 wurden, auch im Zuge der Finanzmarktkrise, rund 85 % des ursprünglichen Volumens der Transaktionen wieder aufgelöst. Die letzte noch verbleibende Transaktion (Kraftwerk Freudenuau) hat eine bilanzexterne Finanzierungsstruktur. Die Auflösung der Transaktionen erfolgte zum Teil als vollständige Auflösung, das heißt, es wurden auch alle dazugehö-

rigen Verbindlichkeiten getilgt. Zum Teil erfolgten partielle Auflösungen, bei denen die Transaktionen mit den Investoren und die dazugehörigen A-Loans rückgeführt, die bestehenden B-Loans sowie die entsprechenden Veranlagungen aber von der VERBUND Hydro Power GmbH fortgeführt werden.

Die VERBUND AG hat im Zusammenhang mit diesen Cross-Border-Leasing-Transaktionen Garantieerklärungen für die VERBUND Hydro Power GmbH abgegeben, welche im Wesentlichen für die nicht aufgelöste Transaktion sowie für die an die VERBUND Hydro Power GmbH übertragenen Verbindlichkeiten weiterhin in Höhe von insgesamt 838.655,1 Tsd. € (Vorjahr: 957.352,2 Tsd. €) bestehen. Von den Rückgriffsrechten gegen die Hauptschuldner sind 390.937,2 Tsd. € (Vorjahr: 462.748,8 Tsd. €) durch Rückhaftungen von Finanzinstituten, Landesgesellschaften und Gebietskörperschaften (aus Gewährträgerhaftung) gesichert. Diese Rückhaftungen sind unter den gesamten Rückgriffsrechten (siehe Erläuterung 8) ausgewiesen. Als Eventualverbindlichkeiten aus Cross-Border-Leasing-Transaktionen nach Abzug dieser Rückhaftungen verbleiben somit insgesamt 447.717,8 Tsd. € (Vorjahr: 494.603,4 Tsd. €).

In den Verträgen mit den Kreditgebern bzw. mit dem Eigenkapitalinvestor sind für den Garanten Mindestratings vorgesehen.

Durch die in der Berichtsperiode 2016 erfolgte Herabstufung der Bonitätsbewertung durch Standard&Poor's und Moody's ist bei der einzig verbliebenen Cross-Border-Leasing-Transaktion ein sogenannter Head Lease Filing Trigger (Urkundenhinterlegung) schlagend geworden. Für die geschätzten zukünftigen Aufwendungen, die aus dem Schlagendwerden des Head Lease Filing Triggers resultieren, wurde bei der VERBUND Hydro Power GmbH in Form einer Rückstellung vorgesorgt. Da im Berichtsjahr wieder ein Upgrade der Bonitätsbewertung seitens Standard & Poor's erfolgte, liegt nun ein unterschiedliches Ratingniveau bei den beiden Instituten vor, und es fällt damit der Head Lease Filing Trigger weg. Daher wurde die für diesen Umstand gebildete Rückstellung wieder aufgelöst.

Darüber hinaus besteht weiterhin das Risiko, dass bei einer Ratingverschlechterung von veranlagenden Finanzinstituten unter einen bestimmten Schwellenwert die veranlagenden Finanzinstitute auszutauschen oder zusätzliche Sicherheiten durch die VERBUND Hydro Power GmbH bereitzustellen sind. Gleiches gilt bei zwei vorzeitig beendeten Transaktionen, bei denen die Finanzverbindlichkeiten fortgeführt wurden, wenn das veranlagende Finanzinstitut oder die VERBUND AG eine bestimmte Verschlechterung im Rating erfährt.

Die Ratings der Vertragspartner bzw. das Rating der VERBUND AG lagen zum 31.12.2017 mit Ausnahme des oben beschriebenen Sachverhalts über den vertraglich vereinbarten Schwellenwerten. Für die VERBUND AG bzw. die VERBUND Hydro Power GmbH besteht daher derzeit kein Handlungsbedarf, einzelne Vertragspartner oder Veranlagungen auszutauschen. Dieses Risiko ist nicht zuletzt auch dadurch herabgemindert, dass zum Teil Gewährträgerhaftungen durch Gebietskörperschaften für einzelne Vertragsparteien bestehen.

Im Zuge der Umstrukturierungen des Telekombereichs bei VERBUND wurden Haftungen gegenüber der ehemaligen tele.ring Telekom Service GmbH und der KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft übernommen.

**Erläuterungen zur
Gewinn- und
Verlustrechnung**

(17) 1. Umsatzerlöse

in Tsd. €

		2016	2017
Erlöse aus Stromlieferungen			
Inland ¹	Energieversorgungsunternehmen	44.283,3	35.650,1
	Industrie- und Endkunden	217.094,6	84.263,1
	Sonstige Kunden	106.888,2	114.474,0
		368.266,2	234.387,1
Netztarifverrechnung; Benützungs- und Betriebsführungsentgelte			
		2.983,8	3.064,9
Sonstige Erlöse (inkl. Gashandel)			
		49.636,3	44.538,7
		420.886,4	281.990,7

¹ davon aus weiterverrechneten Netzgebühren 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 131.706,7 Tsd. €)

Mit 1.1.2017 erfolgte die Anwendung des sogenannten Rückläufermodells. In diesem Modell wurde das Ausfallrisiko mit den österreichischen Netzbetreibern neu geregelt. Ab 2017 trägt das Ausfallrisiko hauptsächlich der Netzbetreiber. Durch die geänderten Rahmenbedingungen werden daher ab 2017 die Netzbezüge und die dazugehörigen Netzerlöse in der Gewinn- und Verlustrechnung saldiert ausgewiesen (2017: 135.489,8 Tsd. €).

(18) 3. Sonstige betriebliche Erträge

in Tsd. €

		2016	2017
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen		2,0	10,4
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		42,8	18,9
c) Übrige		471,3	339,6
		516,1	368,9

(19) 6. Personalaufwand

in Tsd. €

	2016	2017
a) Gehälter	20.773,0	18.944,1
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen		
Abfertigungszahlungen	824,8	1.118,2
Beitragszahlungen Mitarbeitervorsorgekasse	170,2	159,2
Veränderung der Abfertigungsrückstellung	-218,4	-1.144,0
Aufwendungen/Erträge Übernahmen/Übertritte Konzern	-1,7	378,9
	775,0	512,4
c) Aufwendungen für Altersversorgung		
Vorpensionen und Pensionszahlungen	2.299,8	2.270,3
Veränderung der Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen	-2.674,5	-2.214,3
Aufwendungen/Erträge Übernahmen/Übertritte Konzern	9,5	97,2
Veränderung der Rückstellungen für Vorpensionen	-364,1	-126,1
Pensionskassenbeiträge (einschließlich Nachschussverpflichtung)	1.161,9	858,7
	432,7	885,8
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	3.561,0	3.158,8
e) Sonstige Sozialaufwendungen	216,0	201,0
	25.757,7	23.702,1

(20) 7. Abschreibungen

in Tsd. €

	2016	2017
a) Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	1.822,8	1.667,6
Sofortabschreibung geringwertiger Vermögensgegenstände gemäß § 13 EStG	38,5	59,7
	1.861,3	1.727,3

(21) 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Tsd. €

	2016	2017
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen	162,2	182,6
b) Übrige		
Werbungs- und Markterschließungskosten	10.703,9	10.271,0
Übriger Verwaltungsaufwand für Administration	5.929,8	5.422,0
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	3.011,0	3.227,4
Betriebskosten für Baulichkeiten, Mieten und Leasing	3.225,7	3.168,7
IT-Support, EDV	2.859,6	2.380,8
Mitgliedsbeiträge	1.194,9	709,1
Aushilfsarbeiten und Personalabstellungen	315,6	608,7
Telekomleistungen, Datendienste	574,1	549,1
Aus- und Weiterbildung	436,9	476,9
Sonstige	6.672,1	6.979,9
	34.923,4	33.793,6
	35.085,5	33.976,2

(22) 16. Finanzergebnis

in Tsd. €

	2016	2017
Erträge aus Beteiligungen		
aus verbundenen Unternehmen	419.235,6	363.811,7
davon aus Gewinngemeinschaften	9.436,4	14.762,4
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		
aus verbundenen Unternehmen	48.885,8	37.480,1
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
aus verbundenen Unternehmen	3.615,2	2.427,5
Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen		
Abgang von Anteilen an verbundenen Unternehmen	2.444,3	0,0
Zuschreibung zu Anteilen an verbundenen Unternehmen	20,0	12.080,9
Aufwendungen aus Finanzanlagen		
Abschreibungen verbundene Unternehmen	167.032,8	526.037,5
Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen	5.460,2	0,0
davon aus Gewinngemeinschaften	5.460,2	0,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
davon Zinskomponente für langfristige Personalrückstellungen	861,0	610,8
aus verbundenen Unternehmen	18.227,5	17.308,0

(23) 19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in Tsd. €

	2016	2017
Steuern vom Einkommen der Unternehmensgruppe	20.252,6	57.072,3
davon an Gruppenmitglieder weiterbelastet ¹	-79.858,9	-82.098,5
Aufwand für künftige Nachversteuerungen von Verlustübernahmen ausländischer Gruppenmitglieder	18.925,1	12.346,3
Nachträge/Gutschriften aus Vorperioden	-34.828,5	-36,5
Veränderung latenter Steuern	70.008,2	66.045,2
	-5.501,5	53.328,8

¹ Steuerumlagesatz 15 % bzw. 25 %**IV. Sonstige Angaben**

		in Tsd. €	
Wesentliche Posten	Gesamtverpflichtung	2018	2018–2022
Miet- und Leasingverträge, Versicherungen	¹	4.239,3	14.262,7
Bestellobligo	4.996,1	4.375,1	4.996,1
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	¹	6,8	34,2

¹ Die Gesamtverpflichtung ist aufgrund unbestimmter Vertragsdauer betragsmäßig nicht ermittelbar.

Mit der Ennskraftwerke Aktiengesellschaft besteht ein Strombereitstellungsvertrag, wonach die in deren Kraftwerken erzeugte Energie abzüglich der Strombezugsrechte anderer beteiligter Partner an die VERBUND AG gegen Ersatz der buchmäßigen Aufwendungen zuzüglich einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals zu liefern ist.

Mit der Österreichisch-Bayerische Kraftwerke Aktiengesellschaft und der Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft bestehen Stromlieferverträge, wonach die Hälfte der in deren Kraftwerken erzeugten Energie an die VERBUND AG gegen Ersatz der buchmäßigen Aufwendungen zuzüglich einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals zu liefern ist.

Gemäß einem Stromliefervertrag ist die Innwerk AG verpflichtet, die Hälfte der erzeugten Energie der Kraftwerke Ering und Obernberg der VERBUND AG zu den um den vereinbarten Gewinnzuschlag erhöhten Selbstkosten zu liefern.

Mit der VERBUND Services GmbH besteht ein Vertrag für die Verrechnung von Dienstleistungen in den Bereichen Informatik, Versicherung, Beschaffung, Finanzbuchhaltung, Personalverrechnung, Telekommunikation sowie administrative Services.

Mit der VERBUND Finanzierungsservice GmbH besteht ein Vertrag für die Verrechnung von Dienstleistungen bezüglich Zahlungsverkehrsabwicklung und Cash Management.

Im Segment Absatz bestehen Auftragsverträge mit der VERBUND Trading GmbH und der VERBUND Sales GmbH.

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen und Verträgen besteht die Verpflichtung, an Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Soweit diese Pensionsverpflichtungen durch die APK Pensionskasse AG zu erfüllen sind, besteht eine Nachschussverpflichtung vonseiten des Arbeitgebers. Aufgrund der Entwicklung auf den Finanzmärkten

1. Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

wurde von der APK Pensionskasse AG zur Abdeckung leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €) gemeldet.

Zum Bilanzstichtag hatte kein Dienstnehmer einen Treuebrief (Vorjahr: ein Dienstnehmer), der einen erhöhten Kündigungsschutz bietet. Voraussetzung dafür waren eine 20-jährige Tätigkeit bei VERBUND und die Vollendung des 45. Lebensjahres.

Es bestehen offene Einzahlungsverpflichtungen im Beteiligungsbereich in Höhe von 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 1.025,0 Tsd. €).

2. Angaben zu Finanzinstrumenten

Finanzbereich

Für variabel verzinsten Finanzverbindlichkeiten mit einem zum 31.12.2017 aushaftenden Nominalbetrag in Höhe von 115.312,5 Tsd. € (Vorjahr: 369.937,5 Tsd. €) bestehen Sicherungsgeschäfte zur Absicherung gegen Zinssatzsteigerungen. Diese Zinssicherungsgeschäfte bilden eine Bewertungseinheit mit den zugrunde liegenden Krediten. Da eine dokumentierte Sicherungsstrategie und eine ausführliche Hedge-Dokumentation vorliegen sowie laufend Effektivitätsmessungen vorgenommen werden, kann eine gesonderte Bilanzierung einer Drohverlustrückstellung für negative Zeitwerte in Höhe von 10.628,9 Tsd. € (Vorjahr: 15.960,7 Tsd. €) unterbleiben. Die durch diese Sicherungsgeschäfte abgesicherten künftigen Zinszahlungen werden in den folgenden neun Jahren (2018 bis 2026) eintreten und dabei entsprechend ergebniswirksam werden.

Zur Vermeidung von Schwankungen der künftigen Zins-Cashflows von an Konzernunternehmen gewährten Ausleihungen mit variabler Zinsvereinbarung in Höhe von insgesamt nominale 159.025,0 Tsd. € (Vorjahr: 177.450,0 Tsd. €) wurden Ende 2012 und im ersten Halbjahr 2013 mit Kreditinstituten Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen. Gleichzeitig wurden die aushaftenden Kreditverträge mit den an diesem Absicherungsgeschäft beteiligten Konzernunternehmen auf die mit dem jeweiligen Kreditinstitut vertraglich fixierte Fixzinskondition umgestellt. Da auch hier eine dokumentierte Sicherungsstrategie und eine ausführliche Hedge-Dokumentation vorliegen sowie laufend Effektivitätsmessungen vorgenommen werden, darf auf eine gesonderte Bilanzierung einer Drohverlustrückstellung für negative Zeitwerte verzichtet werden. Die Stichtagsbewertung dieser Geschäfte ergab zum 31.12.2017 einen negativen Zeitwert in Höhe von 7.968,0 Tsd. € (Vorjahr: 11.003,7 Tsd. €).

3. Personalstand

Durchschnitt	2016	2017
Angestellte	140	123

4. Aufwand für Abfertigungen und Pensionen

	in Tsd. €	
	2016	2017
Vorstandsmitglieder, ausgeschiedene Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene ¹	439,9	155,3
Andere Arbeitnehmer ¹	1.207,7	1.242,9
	1.647,6	1.398,2

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst (Vorjahr: -439,9 bzw. 1.647,6 Tsd. €).

Die betriebliche Altersversorgung besteht für die Mitglieder des Vorstands im Wege einer beitragsorientierten Pensionskassenregelung. Im Geschäftsjahr 2017 wurden für den Vorstand Pensionskassenbeiträge in der Höhe von 219.681 € (Vorjahr: 217.045 €) bezahlt.

In Bezug auf die Ansprüche der Vorstandsmitglieder bei Beendigung ihrer Funktion kommen die gesetzlichen Regelungen unter Berücksichtigung der Anforderungen des ÖCGK (Regel 27a) zur Anwendung. Im Geschäftsjahr 2017 sind 361.817 € (Vorjahr: 361.210 €) für Pensionen und 0 € (Vorjahr: 0 €) für Abfertigungen zugunsten von Anspruchsberechtigten zur Auszahlung gelangt.

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung (Vergütung nach Beendigung des Vertragsverhältnisses) betragen 4.718 € (Vorjahr: 100.750 €). Die Aufwendungen für Altersversorgung für ehemalige Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betragen 150.573 € (Vorjahr: 339.132 €).

Die Angaben über die Organe der Gesellschaft (Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder) sind vor dem Lagebericht angeführt.

5. Organe der Gesellschaft

Vergütung für den Vorstand

			in €
Name	Fixe Bezüge	Variable Bezüge ¹	Gesamt
Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber	827.375	499.972	1.327.347
Dr. Johann Sereinig	790.919	342.214	1.133.133
Dipl.-Ing. Dr. Günther Rabensteiner	587.845	254.348	842.193
Dr. Peter F. Kollmann	783.585	339.040	1.122.625

¹ Die Auszahlung der variablen Bezüge erfolgt im Folgejahr, da die Zielerreichung erst zum Jahresende ermittelt werden kann. Dargestellt sind daher die an die Vorstandsmitglieder in der Berichtsperiode 2017 gewährten variablen Bezüge für die Berichtsperiode 2016.

Die Bezüge der vier Mitglieder des Vorstands betragen im Jahr 2017 insgesamt 4.485.156 € (Vorjahr: 4.293.724 €), darin enthalten 59.858 € (Vorjahr: 150.381 €) an Sachbezügen.

Die variablen Bezüge sind erfolgsabhängig und mit einem bestimmten Prozentsatz der jeweiligen Fixbezüge limitiert. Für das Geschäftsjahr 2016 (sowie für das aktuelle Geschäftsjahr 2017) betrug dieser Prozentsatz zwischen 50 % und 70 %. Die Höhe der erfolgsabhängigen Bezugsbestandteile richtet sich nach dem Grad der Erreichung von für das Geschäftsjahr vereinbarten Zielen. Die Zielvereinbarung beruhte im Geschäftsjahr 2016 zu 50 % auf der Erreichung des Konzernergebnisses, zu 30 % auf der Erreichung des Free Cashflows (dreijähriges Ziel) und zu 20 % auf anderen mittelfristigen (zweijährigen, qualitativen) Zielen, wie der Abarbeitung von sogenannten Altlasten (beispielsweise der Beendigung von Streitthemen wie anhängigen Klagen und Schiedsverfahren) und der Optimierung und Anpassung von Strukturen, Prozessen und Geschäftsmodellen an die technische Entwicklung (Digitalisierung) und die disruptive Veränderung im Wettbewerb in der Energiewirtschaft. Die Grundsätze für die Erfolgsbeteiligung des Vorstands waren gegenüber dem Vorjahr unverändert.

An die Leitungsorgane des Konzerns und deren Tochterunternehmen wurden wie im Vorjahr keine Kredite oder Vorschüsse ausbezahlt. Es gibt bei VERBUND wie im Vorjahr keine Aktienoptionsprogramme für den Vorstand oder leitende Angestellte.

Die Vergütungen der Mitglieder des Aufsichtsrats (inklusive Ersatz verrechneter Spesen/Reisekosten) betragen insgesamt 380.801 € (Vorjahr: 387.329 €).

Vergütungsschema für Aufsichtsratsmitglieder (gemäß Regel 51 des Österreichischen Corporate Governance Kodex):

	in €	
	2016	2017
Vorsitzender	25.000	25.000
Vorsitzender-Stellvertreter (zwei)	15.000	15.000
Mitglieder	10.000	10.000
Sitzungsgeld	500	500

Diese Regelung findet auch für den Arbeitsausschuss und den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats analog Anwendung.

6. Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Zustimmungspflichtige Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern bzw. mit Unternehmen, die einzelnen Mitgliedern des Aufsichtsrats nahestehen (gemäß Regel 49 des Österreichischen Corporate Governance Kodex):

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine nicht fremdüblichen Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern zw. Unternehmen, die einzelnen Mitgliedern des Aufsichtsrats nahestehen, abgeschlossen. Es wurden Leistungen für verschiedene Konzerngesellschaften von VERBUND erbracht, diese Verträge wurden vom Aufsichtsrat genehmigt.

7. Konzernbeziehungen

Die VERBUND AG ist das konsolidierungspflichtige Mutterunternehmen von VERBUND. Gemäß § 238 Abs. 1 Z. 18 UGB nimmt die Gesellschaft die Befreiung der Angaben zu den Aufwendungen für den Abschlussprüfer in Anspruch.

Mit der VERBUND Finanzierungsservice GmbH, der VERBUND Services GmbH, der VERBUND Sales GmbH, der VERBUND Solutions GmbH und der VERBUND Trading GmbH bestehen Ergebnisabführungsverträge.

8. Angaben gemäß § 8 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz

VERBUND hat die bereits bestehende Aufteilung in Geschäftsfelder (formales Unbundling) im Geschäftsjahr 1999 durch ein rechtliches Unbundling ergänzt, d. h. durch die weitere Errichtung von gesellschaftsrechtlich eigenständigen Unternehmen mit getrennten Geschäftsleitungen und Rechnungswesen.

Geschäfte im Sinne des § 8 Abs. 3 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) werden insbesondere mit folgenden Gesellschaften getätigt:

Stromlieferungen Ennskraftwerke Aktiengesellschaft, Innwerk AG, Österreichisch-Bayerische Kraftwerke Aktiengesellschaft, Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft, KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

Strom-/Gasvertrieb VERBUND Trading GmbH, VERBUND Sales GmbH

Telekommunikation VERBUND Services GmbH

Dienstleistungen VERBUND Services GmbH

Finanzierung VERBUND Finanzierungsservice GmbH

Personalabstellungen VERBUND Hydro Power GmbH, VERBUND Trading GmbH, VERBUND Services GmbH, VERBUND Sales GmbH

Der Vorstand stellt den Antrag (gemäß § 96 Abs. 1 AktG), zulasten des verteilungsfähigen Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2017 auf die 347.415.686 Stückaktien eine Dividende von 0,42 € pro Aktie, das sind in Summe 145.914.588,12 €, auszuschütten.

Zwischen dem Bilanzstichtag am 31.12.2017 und der Freigabe zur Veröffentlichung am 15.2.2018 gab es keine angabepflichtigen Ereignisse.

Ergebnis der Stromkennzeichnung	Anteil	2017 kWh
Wasserkraft	100,0%	1.454.420.459
Sonnenenergie	0,0%	9.329
Summe der in Österreich an Endkunden für deren eigene Verwendung abgegebenen Strommenge	100,0%	1.454.429.788

100% der für die Stromkennzeichnung verwendeten Herkunftsnachweise stammen aus Österreich.

Umweltauswirkung der Stromproduktion für die an Endkunden für deren eigene Verwendung abgegebene Strommenge	2017
Radioaktiver Abfall mg/kWh	0,0
CO ₂ -Emissionen g/kWh	0,0

Wien, am 15.2.2018
Der Vorstand

Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber
Vorsitzender des Vorstands

Dr. Johann Sereinig
Vorsitzender-Stv. des Vorstands

Dipl.-Ing. Dr. Günther Rabensteiner
Mitglied des Vorstands

Dr. Peter F. Kollmann
Mitglied des Vorstands

9. Gewinnverwendungs-vorschlag

10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

11. Angaben gem. § 78 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz

Angaben zu den Beteiligungen

gemäß § 238 Abs. 1 Z. 4 UGB

	Sitz	Kapitalanteil in % per 31.12.2017	Letzter Jahres- abschluss	(+) (-)	Jahresüber- schuss/ -fehlbetrag	Eigenkapital ¹
in Tsd. €						
Verbundene Unternehmen						
konsolidiert²						
Austrian Power Grid AG	Wien	100,00	2017	+	40.260,9	441.742,1
Innwerk AG	Stammham	100,00	2017	+	24.940,6	152.590,0
VERBUND Finanzierungsservice GmbH	Wien	100,00	2017	+	331,3	218,1
VERBUND Sales GmbH	Wien	100,00	2017	+	2.891,2	10.353,9
VERBUND Services GmbH	Wien	100,00	2017	+	9.521,3	7.420,6
VERBUND Solutions GmbH	Wien	100,00	2017	+	2.018,5	11.933,5
VERBUND Thermal Power GmbH	Neudorf ob Wildon	100,00	2017	+	1.042,6	5.278,8
VERBUND Trading GmbH	Wien	100,00	2017	+	63.214,7	209.625,6
VERBUND Wind Power Deutschland GmbH	Wörrstadt	100,00	2017	+	6,2	31,2
VERBUND Thermal Power GmbH & Co KG in Liqu.	Neudorf ob Wildon	99,99	2017	+	215.414,8	-57.895,7
VERBUND Wind Power Romania S.R.L. ^{3,4}	Bukarest	99,98	2017	-	2.255,6	116.017,7
Windpark Dichtelbach GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	+	177,7	3.007,1
Windpark Dörrebach GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	-	82,0	3.051,4
Windpark Eichberg GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	+	152,6	5.050,5
Windpark Ellern GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	-	290,5	5.284,9
Windpark Hochfels GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	-	72,0	3.291,8
Windpark Rheinböllen GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	+	135,2	5.027,3
Windpark Schönborn GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	-	227,6	4.746,6
Windpark Seibersbach GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	+	647,5	5.347,7
Windpark Stetten I GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	+	229,1	4.630,3
Windpark Utschenwald GmbH & Co. KG	Wörrstadt	95,00	2017	-	79,3	1.559,1
Infrastruktur Oberheimbach I GmbH & Co. KG	Wörrstadt	81,00	2017	-	0,4	68,2
VERBUND Hydro Power GmbH	Wien	80,54	2017	+	149.773,1	1.555.020,3
VERBUND Innkraftwerke GmbH	Töging	70,27	2017	+	10.474,5	296.392,5
Infrastrukturgesellschaft Bischheim GmbH & Co. KG	Wörrstadt	61,26	2017	+	0,0	43,4

						in Tsd. €
	Sitz	Kapitalanteil in % per 31.12.2017	Letzter Jahres- abschluss	(+) (-)	Jahresüber- schuss/ -fehlbetrag	Eigenkapital ¹
Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft	Passau	50,00	2017	+	844,8	15.737,4
Grenzkraftwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Simbach	50,00	2017	+	2.158,0	10.963,2
Österreichisch-Bayerische Kraftwerke Aktiengesellschaft	Simbach	50,00	2017	+	3.170,8	58.278,6
Verbundene Unternehmen						
nicht konsolidiert						
AQUANTO GmbH	Unterföhring	100,00	2016	-	2.000,7	545,1
Assoziierte Unternehmen						
Ennskraftwerke Aktiengesellschaft ⁵	Steyr	50,00	2017	+	394,9	26.776,8
KELAG-Kärntner Elektrizitäts- Aktiengesellschaft ⁶	Klagenfurt	35,17	2016	+	74.898,0	807.611,2

¹ Eigenkapitalbegriff entsprechend § 224 Abs. 3 lit. A UGB oder lokalem Recht // ² Vollkonsolidierung gemäß § 253-261 UGB // ³ Jahresabschluss nach lokalem Recht // ⁴ Werte wurden mit dem Stichtagskurs umgerechnet // ⁵ anteilmäßige Konsolidierung gemäß § 262 UGB // ⁶ Konsolidierung „at equity“ gemäß § 263a-264 UGB

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der VERBUND AG, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr sowie dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31.12.2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG).

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

Sachverhalt und Problemstellung

Die VERBUND AG weist zum 31.12.2017 Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von rd. 2.472,9 Mio. € aus. Aufgrund der aktuellen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Gesellschaft die Werthaltigkeit der Beteiligungsansätze untersucht.

In die zur Werthaltigkeitsüberprüfung herangezogenen Bewertungsmodelle auf Basis kapitalwertorientierter Verfahren fließen zahlreiche Inputfaktoren zur Markteinschätzung ein. Aufgrund der daraus resultierenden Komplexität, der Abhängigkeit der Ergebnisse von der Einschätzung der Marktdaten durch die gesetzlichen Vertreter und der Sensitivität hinsichtlich der Kapitalkosten und der Annahmen zur mittel- und langfristigen Strom- und Erdgaspreisentwicklung für Energiemärkte handelt es sich um einen besonders bedeutsamen Prüfungssachverhalt.

Details zu den Werthaltigkeitsprüfungen und den wesentlichen Bewertungsannahmen sind im Anhang im Abschnitt II Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfungen angesetzten Parameter mit unternehmensspezifischen Informationen sowie branchenspezifischen Marktdaten bzw. -erwartungen aus externen und internen Datenquellen verglichen und die angewendeten Bewertungsmodelle hinsichtlich ihrer Angemessenheit beurteilt. Die Evaluierung der Annahmen zur mittel- und langfristigen Preisentwicklung auf den Energiemärkten wurde anhand der Preisnotierungen an den Strombörsen sowie darüber hinaus verfügbaren Preisprognosen vorgenommen. Zur Plausibilisierung der Kapitalkosten mittels Vergleichsanalyse haben wir interne Experten hinzugezogen.

Die Konsistenz der bei den Berechnungen verwendeten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse haben wir durch Abgleich der darin verwendeten Plandaten mit den vom Aufsichtsrat genehmigten Mittelfristplannungen, vertraglichen Grundlagen sowie VERBUND-spezifischen Strompreisszenarien beurteilt.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde die den Werthaltigkeitsprüfungen zugrunde gelegte Bewertungsmethodik dahingehend adaptiert, dass die finanziellen Überschüsse bei einem dauerhaften Bestand eines Kraftwerksstandortes nach dem Ende des Vorliegens verfügbarer Preisprognosen mittels Terminal-Value-Berechnung berücksichtigt sind. Gegenüber dem Vorjahr haben sich zudem Veränderungen durch die gestiegenen Kapitalkosten sowie durch Anpassung der angesetzten Strompreisszenarien an die internen Erwartungen hinsichtlich der langfristigen Strompreisentwicklung ergeben.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den darauf erteilten Bestätigungsvermerk. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt die sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf abgeben. Bezüglich Lagebericht verweisen wir auf den Abschnitt „Bericht zum Lagebericht“.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, die oben angeführten sonstigen Informationen zu lesen und dabei abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Jahresabschluss stehen oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG) ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden,

es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Die Abschlussprüfung umfasst keine Zusicherung des künftigen Fortbestands der geprüften Gesellschaft oder der Wirtschaftlichkeit oder Wirksamkeit der bisherigen oder zukünftigen Geschäftsführung.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir berücksichtigen bei der Durchführung unserer Prüfung gemäß den anzuwendenden Prüfungsstandards den gesetzlichen und sonstigen regulatorischen Rechtsrahmen der Gesellschaft, sind aber nicht dafür verantwortlich, Verstöße der Gesellschaft gegen Gesetze und andere Rechtsvorschriften zu verhindern oder aufzudecken. Das aufgrund der inhärenten Grenzen einer Abschlussprüfung bestehende unvermeidbare Risiko, dass einige wesentliche falsche Darstellungen im Abschluss möglicherweise nicht aufgedeckt werden, obwohl die Prüfung ordnungsgemäß geplant und durchgeführt wurde, ist bei Verstößen gegen sonstige Rechtsvorschriften größer. Dies unter anderem deshalb, da es viele, hauptsächlich auf die betrieblichen Aspekte einer Gesellschaft bezogene Gesetze und andere Rechtsvorschriften gibt, die nicht von den rechnungslegungsbezogenen Informationssystemen der Gesellschaft erfasst werden und diesbezügliche Verstöße mit einem Verhalten zu deren Verschleierung einhergehen können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 der EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 5.4.2017 als Abschlussprüfer für das am 31.12.2017 endende Geschäftsjahr gewählt und am 26.7.2017 vom Aufsichtsrat mit der Durchführung der Abschlussprüfung beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem am 31.12.2007 endenden Geschäftsjahr Abschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Jahresabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art 5 Abs 1 EU-VO erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der Gesellschaft gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Gerhard Marterbauer.

Wien, am 15.2.2018

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Mag. Gerhard Marterbauer
Wirtschaftsprüfer

Mag. Christof Wolf
Wirtschaftsprüfer

I

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Glossar

EBIT (Earnings before Interest and Tax)

Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inkl. personalbezogener Zinsen) und Steuern.

Eigenkapitalquote

Eigenkapital im Verhältnis zum Gesamtkapital.

FFO (Funds from Operations)

Operatives Ergebnis zuzüglich Abschreibungen, Zinsertrag und effektiver Steuern.

Fiktive Schulden-tilgungsdauer

Verhältnis der Schulden zum Mittelüberschuss aus dem Ergebnis vor Steuern.

Gearing

Nettoverschuldung im Verhältnis zum Eigenkapital.

Nettogeldfluss

Saldo aus dem Zufluss und dem Abfluss von liquiden Mitteln; wird üblicherweise gegliedert in Nettogeldflüsse aus der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Nettoumlaufvermögen

Kurzfristiges Vermögen (inkl. kurzfristiger Ausleihungen und kurzfristiger Rechnungsabgrenzungsposten) abzüglich kurzfristiger Schulden (inkl. kurzfristiger Rechnungsabgrenzungen).

Nettoverschuldung

Zinsbelastetes Fremdkapital abzüglich liquider Mittel (inkl. Position Wertpapiere und Anteile des Umlaufvermögens), bereinigt um aktiv- und passivseitig geschlossene Positionen (z. B. bei Cross-Border-Leasing-Geschäften).

RCF (Retained Cashflow)

Funds from Operations (FFO) abzüglich gezahlter Dividende.

ROCE (Return on Capital Employed)

Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inkl. personalbezogener Zinsen) abzüglich darauf entfallender Steuern im Verhältnis zum durchschnittlich eingesetzten Kapital.

ROE (Return on Equity)

Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum Eigenkapital am Beginn des Geschäftsjahres.

ROI (Return on Investment)

Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inkl. personalbezogener Zinsen) und Steuern im Verhältnis zum Gesamtkapital am Beginn des Geschäftsjahres.

ROS (Return on Sales)

Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inkl. personalbezogener Zinsen) und Steuern im Verhältnis zu den Umsatzerlösen.

IMPRESSUM

Herausgeber: VERBUND AG
Am Hof 6a, 1010 Wien

Satz: inhouse produziert mit firesys
Kreativkonzept und Design: Brains
Konzept und Beratung: Grayling
Übersetzung und Sprachberatung:
ASI GmbH – Austria Sprachendienst
International

Kontakt: VERBUND AG
Am Hof 6a, 1010 Wien
Telefon: + 43(0)50313-0
Fax: + 43(0)50313-54191
E-Mail: info@verbund.com
Homepage: www.verbund.com
Firmenbuchnummer: FN 76023z
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien
UID-Nr.: ATU14703908
DVR-Nr.: 0040771
Unternehmenssitz: Wien, Österreich

Investor Relations:
Andreas Wollein
Telefon: + 43(0)50313-52604
E-Mail: investor-relations@verbund.com

Konzernkommunikation:
Beate McGinn
Telefon: + 43(0)50313-53702
E-Mail: media@verbund.com

